

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919**

34 (10.7.1919)

# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen des Badischen Landtags.

Nr. 34.

Karlsruhe, den 10. Juli

1919.

### 34. öffentliche Sitzung

am Mittwoch, den 2. Juli 1919, vormittags 9 Uhr.

#### Tagesordnung.

Anzeige neuer Eingänge.

1. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. (Druckf. Nr. 19).
2. Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über
  - a. die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Ver-  
ordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Au-  
gust 1918, die Erhebung von Lagen für die staatliche  
Genehmigung zur Ausgabe von Zeitschuldverschrei-  
bungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von  
Aktiengesellschaften usw. betr. (Druckf. Nr. 33),  
und damit in Verbindung über
  - b. den Antrag (Gesetzesvorschlag) der Abgg. Dr. Ver-  
nauer u. Gen., die Ergänzung des Verwaltungsges-  
bührgesetzes betr. (Druckf. Nr. 32a),  
Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg.
3. Begründung und Beantwortung der Interpellationen
  - a. der Abgg. Weber-Heidelberg u. Gen., den Schutz  
der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Er-  
werbslosigkeit betr. (Druckf. Nr. 31),
  - b. der Abgg. Weichaupt u. Gen., die Sonntagsruhe  
betr. (Druckf. Nr. 34).
4. Mündliche Berichte der Kommission für Justiz und Ver-  
waltung und Beratung über
  - a. den Antrag der Abgg. Weichaupt u. Gen., die  
Landwirtschaftskammer betr. (Druckf. Nr. 8e),  
Berichterstatter Abg. Vierneisel,
  - b. die Bitte der Vereinigung technischer Vereine in Karls-  
ruhe, die Techniker in den städt. Verwaltungen betr.,  
Berichterstatter Abg. Dr. Leser,
  - c. die Bitte des Bad. Landeswohnungsvereins und des  
Bad. Landesverbands deutscher Bodenreformer, die  
Organisation für das Wohnungswesen betr.,  
Berichterstatter Abg. Ged.
5. Berichte der Petitions-Kommission und Beratung über  
die Petitionen
  - a. des Michael Ruhn in Friedrichsfeld um vorzeitige  
Enthlassung seines Sohnes aus der Schule,  
Berichterstatter Abg. Jhrig,
  - b. des Adam Weber in Oberdiesbach im gleichen Be-  
treff,  
Berichterstatter Abg. Jhrig,
  - c. des früheren Radschuhlegers Heinrich Kraft in  
Sedenheim um Wiederberwendung im Eisenbahn-  
dienst,  
Berichterstatter Abg. Wechtold.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Wirth,  
Minister für Kultus und Unterricht Hummel und Geh. Over-  
regierungsrat Dr. Schworer.

Präsident Kopf eröffnet um 9¼ Uhr die Sitzung und gibt  
folgende Eingänge bekannt:

1. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 27. Juni  
1919 zu der Interpellation der Abgg. Seubert u. Gen., die  
Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch betr. (Druckf. Nr. 35), wonach  
über die Zustände der Anstalten Erhebungen angeordnet sind,  
und es beabsichtigt ist, mit der Beantwortung der Inter-  
pellation zuzuwarten, bis die Erhebungen abgeschlossen sind.
2. Schreiben des Arbeitsministerium vom 1. Juli 1919 mit  
einem Gesetzentwurf, die Durchführung von Kulturverbesser-  
ungen betr., samt Vertretungsauftrag.  
Die Vorlage wird an die Kommission für Justiz  
und Verwaltung überwiesen.
3. Schreiben des Syndikus des Landesverbandes der Flug-  
Genossenschaften vom 28. Juni 1919 mit Abdrucken einer Ein-  
gabe an das Ministerium des Innern in Betreff der Zwangs-  
bewirtschaftung des Obstes.  
Diese Abdrücke gelangen zur Veretilung.
4. Verhinderungsanzeige der Abg. Otto.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das  
Wort:

Finanzminister Dr. Wirth:

Wir haben uns in der Haushaltskommission bereits in  
kurzen Zügen über die gegenwärtige Finanz-  
lage des badischen Staates unterhalten. Ich  
habe damals versprochen, im Plenum des Landtages  
die Ausführungen zu ergänzen und eine einiger-  
maßen übersichtliche Darstellung über die Verhältnisse  
der badischen Finanzen vorzubereiten. Ich benütze heute die  
Gelegenheit, um Ihnen diese Übersicht zu geben. Ich verweise  
in manchen Einzelheiten selbstverständlich auf meine früheren  
Ausführungen in diesem hohen Hause. Es ist mir aber ein  
Bedürfnis, einige Zahlen öffentlich zu nennen, damit sie im  
Lande draußen bekannt werden. Denn man wird wohl die  
Hoffnung hegen dürfen, daß die Einsicht in die Finanzlage des  
Staates Baden wie des Reiches manche in ihren politischen  
Entscheidungen mehr als bisher beeinflussen sollten. Ich bin ge-  
nügig und sage, man kann die Hoffnung aussprechen und  
weil ich glaube, durch die Einsicht politische Wirkungen erzielen  
zu können, beginne ich mit dem Sorgenkinde unseres Staates,  
das ist die Eisenbahnverwaltung, die badische Staatsbahn.

Der Wirtschaftsnachweis der Eisenbahnbe-  
triebsverwaltung für das erste Vierteljahr 1919  
schließt ab mit einer voraussichtlichen Jahresausgabe von  
242 500 000 M und einer voraussichtlichen Jahreseinnahme  
von 180 Millionen Mark, also mit einem zum Eisenbahnbe-  
trieb notwendigen Zuschuß von rund 82 500 000 M. (Abg. Dr.  
Schofer: Hör! Hör!), sowie einem Betriebszahlenverhältnis  
der Ausgaben zu den Einnahmen von 151 Prozent gegen  
das vor dem Krieg schlechteste von 86,92 Prozent im Jahre  
1908 (Abg. Dr. Schofer: Hör! Hör!).

Das soeben ausgesprochene „Hört, Hör!“ kann nur ein vorläufiges sein (Abg. Dr. Schofer: Oho!). Es muß nachher potenziert werden mit dem, was in diesem Jahre dazu kommt. In der geschätzten — ich betone geschätzten Gesamtjahresausgabe von 242,5 Millionen Mark fehlt noch die Wirkung des Lohnarbeitsvertrages, die zu etwa 52½ Millionen Mark jährlich anzunehmen und für 10 Monate 1919 mit 44,2 Millionen im IV. Nachtrag, angefordert ist. Zweitens fehlt der Aufwand für die Neuregelung der Dienst- und Ruhezeit, der im V. Nachtrag mit einem Betrag von 5 Millionen Mark angefordert ist. Drittens fehlt der Betrag einiger sachlicher Nachforderungen mit etwa 1,1 Millionen Mark, der in dem soeben genannten V. Nachtrag enthalten ist.

Ferner treten hinzu die Ausgaben für die Ausgleichszulagen, die den Beamten im Hinblick auf die den Arbeitern durch den Lohnarbeitsvertrag zuteil gewordenen erheblichen Lohnsteigerungen gegeben werden müssen, und die, soweit sich z. B. übersehen läßt, für die Eisenbahnverwaltung etwa den Betrag von 22 Millionen Mark, für das Jahr gerechnet, und von 18,5 Millionen Mark für 10 Monate des Jahres 1919 erfordern werden. Das ist ein Aufwand, der in einigen Punkten geschätzt ist, von 311,3 Millionen Mark (Abg. Dr. Schofer: Hör! hört!). Mit dem Anwachsen der voraussichtlichen Jahresausgabe um diese nahezu ausschließlich persönlichen Aufwendungen wird es nicht getan sein. Auch die sachlichen Aufwendungen steigen sozusagen täglich, ohne daß sich irgendwo einschränken läßt. Betriebs- und Baustoffe müssen beschafft werden, Unterhaltung und Ergänzung nachgeholt werden. Arbeitsgelegenheit soll geboten und Wohnungsnot soll gemildert werden. Trotz aller Preissteigerungen wie sie fast in allen Bedarfsgegenständen fortgesetzt eintreten und z. B. bei der für den Eisenbahnbetrieb ausschlaggebenden Kohle soeben wieder mit einer weiteren Verteuerung des Brennstoffaufwands für 1919 mit 5 Millionen Mark einzusehen sind. Mit sonstigen sachlichen Ausgabesteigerungen, die zusammen nur auf ebenfalls 5 Millionen Mark geschätzt werden sollen, ergibt sich somit eine voraussichtliche Jahresausgabe für das Jahr 1919 von 321 Millionen Mark, wobei nur die eine Aussicht besteht, daß einige Herstelllungen und Beschaffungen durch den Mangel an Baustoffen über das Rechnungsjahr hinaus verschoben werden.

Ich habe soeben einige wichtige Positionen genannt. Ich resapituliere: Die Arbeitsbeschaffung, die Milderung der Wohnungsnot — das sind Maßnahmen, die nicht nur soziale, sondern auch die höchste politische Bedeutung haben, und der Landtag hat sich bereits in den vergangenen Wochen, wie ich hoffe, ja auch in dem V. Nachtrag auf den Standpunkt gestellt, daß aus sozialen und politischen Gründen mit diesen Arbeiten vorwärts geschritten werden muß, wenn wir nicht den ganzen Staat gefährden wollen.

Bei den Einnahmen hat der Personenverkehr im März ½, im April ¼ Millionen mehr gebracht, so daß, wenn man noch an den sich wohl an die Gefangenentrückkehr knüpfenden Reiseverkehr denken will, voraussichtlich nicht nur die Schätzung erreicht wird, sondern dank nachträglicher Militärergebnisse aus den Vorjahren mit einer Erhöhung um 7 Millionen Mark gerechnet werden kann.

Weniger günstig läßt sich der Güterverkehr an, der im März 1,2, im April 1,4 Millionen mehr gebracht, 1 Million Mark weniger geliefert hat, als im Vorjahre. Man wird deshalb zufrieden sein müssen, wenn die Einnahme nicht erheblich hinter der Schätzung zurückbleibt. Bei der derzeitigen völligen Unklarheit der politischen Lage ist keine zuverlässige Schätzung der weiteren Einnahmeentwicklung möglich. Ich darf ja nur auf die Möglichkeit von Streiks hinweisen, um diesen Satz ohne weiteres zu rechtfertigen. Wird die voraussichtliche Jahreseinnahme um die erwähnten 7 Millionen höher, also mit 167 Millionen angenommen, so ergibt sich gegenüber der voraussichtlichen Jahresausgabe —, nun darf ich Sie bitten, die Sache mit besonderer Aufmerksamkeit entgegenzunehmen — so ergibt sich gegenüber der voraussichtlichen Jahresausgabe von 321 Millionen Mark ein Fehlbetrag von 154 Millionen Mark und eine Betriebszahl von 102 v. H. Dazu kommt aber noch das Erfordernis für die Verzinsung der Eisenbahnschuld, von der Tilgung ganz zu schweigen. Nehmen Sie das Erfordernis für die Tilgung dazu, dann stehen Sie am Ende des Jahres vor einem sogenannten — ich sage mit Absicht: sogenannten — Fehlbetrag von annähernd 200 Millionen Mark in der Eisenbahn allein (Hört! hört! beim Zentrum).

Es ist von verschiedenen Seiten gewünscht worden, daß Aufschluß gegeben werden soll einmal über den Stand an Fahrzeugen und dann über die Betriebs- und Verkehrslage. Ich komme diesem Wunsche gerne nach. Es sind eine Reihe von interessanten Einzelheiten darin, die mit dem Waffenzustand zusammenhängen.

Durch die Abgabe von 107 leistungsfähigen und gut erhaltenen Lokomotiven an die Entente ist der Lokomotivbestand erheblich geschwächt worden. Er beträgt im ganzen z. B. 867 eigene Lokomotiven, wozu noch einige wenige Leihlokomotiven der Schweizer Bundesbahnen kommen, deren Rückgabe kurz bevorsteht. Der Durchschnittszustand der infolge des Krieges stark herabgewirtschafteten eigenen Lokomotiven kann nicht als gut bezeichnet werden; denn der Anteil an schadhafte Lokomotiven hält sich, mit zeitweise geringen Schwankungen nach unten immer noch in der Nähe von 45 Prozent, gegenüber 22 bis 24 Prozent in Friedenszeiten. 16 Lokomotiven sind als im besetzten Gebiet verloren gegangen oder noch nicht daraus zurückgeholt zu rechnen.

Auch bei den Personenwagen hat die Abgabe von 427 Stück oder rund 14 Prozent des Sollbestandes von 3000 Stück an die Entente umso empfindlicher gewirkt, als dieser Sollbestand nicht voll vorhanden ist —, nach der letzten Zahlung vom 10. Mai d. J. fehlen außer den an die Entente abgegebenen Wagen noch weitere 321 Stück —, also über 9 Proz. des Sollbestandes sind in der Hauptsache als im Kriegsgebiet verloren gegangen zu betrachten. 617 Wagen, also etwa 26 Prozent des derzeitigen gleich dem Bestand von 2342 Stück sind schadhafte, davon rund 9 Prozent schwer, die übrigen leichter beschädigt, somit nur 1725 Wagen betriebsfähig.

Von den an die Entente abgegebenen Güterwagen entfallen etwa 4500 Stück oder 16,88 Prozent des Sollbestandes auf Baden. Der Bestand an Lokomotiven und Personenwagen ist schon bei den derzeitigen beschränkten Verkehrsverhältnissen sehr knapp. Dabei entspricht der Zustand auch der betriebsfähig betrachteten und verwendeten Fahrzeuge im Durchschnitt keineswegs den Ansprüchen, die man im Frieden zu stellen gewohnt und berechtigt war. Besserung ist, soweit es sich um schadhafte Fahrzeuge handelt, nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, den Bestand an solchen dauernd ganz erheblich zu vermindern. Das ist aber leider in nennenswertem Umfang bis jetzt nicht erzielbar gewesen, obwohl von der Eisenbahnverwaltung durch Einstellung zahlreicher, den Friedensstand weit überwiegender Arbeitskräfte, Einlegung von Doppelschichten in den Werkstätten, fortgesetzte, mit sehr erheblichen Kosten verbundene Verbesserungen der Werkstatteinrichtungen und gleichfalls recht kostspielige Abgabe von schadhafte Fahrzeugen zur Instandsetzung an die Privatindustrie, alles der Sachlage nach Mögliche geschehen ist. Die hierdurch erzielte Steigerung der Leistung wird aber durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, den Wegfall der Stücklohnarbeit, die mangelnde Vertraulichkeit der zahlreichen neu eingestellten Arbeitskräfte und die vielfach leider noch zu beobachtende geringe Arbeitslust nahezu aufgehoben (Hört! hört! beim Zentrum).

Auf sehr große Schwierigkeiten stößt auch die Beschaffung neuer Fahrzeuge. Derzeit sind trotz der außerordentlich hohen Preise 17 Schnellzuglokomotiven, 82 Güterzuglokomotiven und 43 Tenderlokomotiven, durchweg Fahrzeuge von hoher Leistungsfähigkeit, insgesamt also 142 Stück oder nahezu 17 % des heutigen Bestandes von 857 Lokomotiven vergeben. An Personenwagen sind 5 Stück vierachsige Kastenbalgwagen, 60 Stück breitachsige Abteilwagen, 80 Stück zweiachsige Durchgangswagen, zusammen also 145 Wagen, alle mit Holzbänken ausgerüstet, ferner 40 Stück zweiachsige Packwagen, teils, und zwar manche seit längerem, vergeben, teils schweben hierwegen zur Zeit Verhandlungen. An Güterwagen sind zusammen 3871 Stück vergeben. Die Lieferung der Lokomotiven und Wagen vollzieht sich aber wegen des Mangels an Heiz- und sonstigen Rohstoffen, der Einwirkung von Umständen usw. äußerst schleppend, so daß mit auch nur annähernder Einhaltung der vereinbarten Lieferfristen nicht zu rechnen ist. Aus solchen Gründen mußte beispielsweise eine Wagfabrik jüngst ihren Betrieb etwa 3 Monate lang einstellen, während die obengenannten schon seit Ende 1916, ich wiederhole: seit Ende 1916 vergebenen 5 Kastenbalgwagen III. Klasse bisher nicht geliefert werden konnten, weil trotz aller Bemühungen wichtige Trägereisen für das Untergerüst lange Zeit nicht aufzutreiben waren. Von den Güterwagen ist noch eine Anzahl rückständig, die bereits im Jahre 1917 bestellt wurden. Wenn Sie sich das durch den Kopf gehen lassen, werden Sie sehen, daß es nicht etwa an den Regierungen fehlt, die hier abstellen und Arbeit schaffen können, sondern es fehlt an der Möglichkeit, Kohle und Eisen beizuschaffen (Zustimmung).

Ich gehe über zur Betriebs- und Verkehrslage. Nach dem seit 1. Juni eingeführten Personenzugfahrplan werden zur Zeit in Baden 46,5 % der im Sommerdienst 1914 geleisteten Zugkilometer gefahren und 5,6 % weniger als im

Sommer 1918. Dem vorhandenen Verkehrsbedürfnis kann durch diesen Fahrplan, wie die oft lebensgefährlich überfülltenzüge und die zahlreichen Fahrplanwünsche, die unberücksichtigt bleiben müssen, beweisen, nicht entsprochen werden. Gleichwohl ist eine wesentliche Verbesserung des Fahrplans nicht durchführbar, solange es nicht gelingt, den Reparaturstand an Fahrzeugen wesentlich herabzubringen und insbesondere auch die Zufuhr von Kohlen wesentlich zu steigern und sicher zu stellen. Wie bekannt war der Kohlenvorrat der Eisenbahnverwaltung durch die letzten Arbeiterausstände im Ruhrgebiet derartig herabgegangen, daß vielfach einschneidende Einschränkungen des Fahrplans vorgenommen werden mußten. In letzter Zeit haben sich die Kohlenzufuhren gebessert; doch besitz auch jetzt die badische Verwaltung erst einen Kohlenvorrat für 7 Tage (Bewegung). Ich mache Sie darauf aufmerksam, was das heißt, wenn ein Streik unser Wirtschaftsleben erschüttern sollte. Die Hemmungen des Verkehrs und die Verkehrsstörungen infolge allgemeiner Verringerung der Betriebslage im unbesetzten Deutschland wesentlich nachgelassen; jedoch wirkt der Umstand, daß wichtige Bahnstrecken rechts des Rheins, die die Brückenkopfgebiete Mainz, Koblenz, Köln berühren und infolgedessen für den Durchgangsverkehr nur beschränkt benutzbar sind, sehr verkehrsschwerend.

Der allerdings nur schwache Güterverkehr konnte bisher im allgemeinen ohne Störungen bewältigt werden. Starke Mängel besteht jedoch an Holzwagen, worunter der sehr rege Holzverkehr stark leidet. Die Ursache liegt darin, daß eine besonders große Anzahl dieser Wagen an die Entente abgegeben werden mußte.

Wenn in Zukunft die Bewältigung der künftigen Verkehrsaufgaben gelingen soll, so hängt das in erster Linie davon ab, ob es gelingt, die Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten wie auch der Fahrzeugbauanstalten wesentlich zu heben und die nötigen Baustoffe, insbesondere Eisen und die erforderlichen Kohlen zu erhalten.

Diese Übersicht ist für Sie, wie für mich und für das ganze badische Volk außerordentlich interessant. Es hängt vom Willen des arbeitenden Volkes ab, ob wir vorwärts und aufwärts kommen können (Sehr richtig!) und nicht vom Willen der Regierung.

Ich halte mich noch für verpflichtet, im Anschluß daran Ihnen noch kurze Auskunft zu geben über den Stand der Eisenbahnschuldentilgungskasse. Im Jahre 1914 war der reine Schuldenstand 588 753 634 M., im Jahre 1915 587 402 746 M., 1916 576 461 337 M., 1917 557 658 416 M. Das sind die schönen Zeiten, wo eine rechnerische, eine eigenartige Abnahme herbeigeführt werden konnte. Im Jahre 1918 ist die Eisenbahnschuld auf 600 908 990 M. gestiegen, und bis zum Ende dieses Jahres wird die Eisenbahnschuld, wenn man die fehlende Verzinsung und Amortisation hinzurechnet, auf den Stand von 796 828 990 Mark zu stehen kommen (Hört, hört!). Das ist keine Gleichgültigkeit für uns, denn wir stehen vor dem Abschluß der Reichsverfassung, und sie wissen, daß in der Reichsverfassung die Reichseisenbahn zum Siege gebracht wird. Wir werden dann auf dem Wege des Vertrags unsere badischen Staatseisenbahnen ins Reich hinüberführen, und das, was viele bei uns gehofft haben, daß wir auf Grund der Tatsache, daß wir in den letzten Jahren unsere Eisenbahnschuld gegenüber dem großen Anlagekapital erheblich getilgt haben, eine namhafte Anzahl von Millionen für unseren badischen Staat herauswirtschaften können, um eventuell damit eine allgemeine Staatsschuld zu decken, diese Hoffnung wird hinfällig. Wie es im Reiche gehen soll, wenn wir Reichseisenbahnen haben, wenn diese Defizitwirtschaft weitergeführt werden soll, das vermag ich nicht mehr zu übersehen. Nach den Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers ist das Defizit der preussischen Staatsbahn zur Zeit schon für dieses Jahr in einer Höhe von über 3 Milliarden festgesetzt (Hört, hört! im Zentrum), und wenn die wahnwitzigen Forderungen der Eisenbahner in Berlin, die ja jetzt in den Streit eingetreten sind, erfüllt würden, so würde das Defizit der preussischen Bahn auf über 7 Milliarden in diesem Jahre hinaufgerückt werden (Bewegung).

Es ist nicht nur die Eisenbahn allein, die dem Reich in der Zukunft Sorgen macht; bei der Post sind bereits ähnliche Verhältnisse zu verzeichnen. Ich habe gehört, daß im Mai das Defizit der Reichspost, soviel ich mich erinnere — ich will mich auf die Zahl nicht festlegen — 225 Millionen beträgt. Wenn Sie das umrechnen auf das ganze Jahr, kommen sie auch bei der Reichspost auf ein Defizit von 2 Milliarden. Ja, wie denkt sich nun die Angestelltenchaft bei der Eisenbahn wie bei der Post die künftige Entwicklung dieser Betriebe? Es bleibt zum Schluß nur eines übrig: den Eisenbahnarbeitern und

Beamten wie denen der Post zu sagen: Da übernehmt doch den Betrieb (Sehr richtig! im Zentrum). Aber das ganze Volk wird und muß es ablehnen. (Abg. Kieselich: Der Krieg ist schuld! Man hätte in guten Zeiten damit kommen müssen, nicht jetzt!) Der Herr Abg. Kieselich übersteht bei dieser Sache Notwendigkeiten. Was er sagt, ist ganz klar, das stellen wir auch in Rechnung. Aber der Herr Abg. Kieselich wird mit mir nicht übersehen, daß das, was zur Zeit in Berlin vor sich geht, mit dem milden Namen „Irrsinn“ nicht mehr genügend gekennzeichnet ist (Lebhaftes Sehr richtig!). Allein die Personalforderungen auch in dem, was ich Ihnen vorhin vorgelesen habe, übersteigen ja bei weitem das, was wir für Material ausgeben müssen. Ich verkenne gar nicht die Notwendigkeit der Lebensmittelbeschaffung. Wenn ich nicht unterbrochen worden wäre, hätte ich in Ruhe fortfahren können, ich hätte das schon zum Ausdruck gebracht. Ich habe wiederholt hier wie im Haushaltsausschuß gesagt: Gewiß an erster Stelle steht die Sorge für die Lebensmittelbeschaffung. Das sage ich ganz offen auch hier: der Wahnsinn des Wuchers und die Auswucherung unseres armen Volkes wird auf die zurückfallen, die diesem Wuchergeist Vorschub geleistet haben (Sehr richtig!). Darüber sind wir uns ganz klar. Aber das enthebt doch die Regierung wie den Finanzminister nicht der Sorge, wie diese Milliarden schließlich einmal zu decken sind und wie diese Defizitwirtschaft aufrecht erhalten werden kann. Sie bricht zusammen. Ich glaube, in Ihrem Namen sagen zu können, wenigstens von meinem Standpunkt aus, daß es unmöglich ist, daß in den nächsten Jahren aus allgemeinen Staatsmitteln heraus für die Eisenbahnen, auch wenn sie Reichseisenbahnen sind, derartig gewaltige Zuschüsse geleistet werden können. Ich sage: das ist eine Unmöglichkeit, und über die Unmöglichkeit hinaus, kann keine auch noch so revolutionäre Arbeiterschaft den Staat — und der ist das Volk! — verpflichten. Wenn man die Reden des Eisenbahnministers, des Herrn Dejer, liest, so wird es auch uns in Baden etwas schül vor den Augen. Ich habe aber eine Hoffnung: Wir sind, wie ich glaube, den Wünschen des Eisenbahnpersonals im Lohnstarif und jetzt wieder den Beamten mit der Ausgleichszulage, wie bei der Regelung der Dienst- und Ruhezeiten, weitgehend entgegenkommen und ich hoffe bestimmt, daß die neue Welle, welche von Berlin aus über das ganze Reich gehen soll, an den Grenzen unseres badischen Heimatlandes Halt machen wird (Zuruf von Zentrumseite: Wir wollen hoffen!) „Wir wollen hoffen!“ Ich erkläre Ihnen aber hier, wie ich das bei dem Lohnstarif getan habe, es ist notwendig, daß man für solche Dinge seine Stellung, seine politische Stellung in die Waagschale einsetzt. Neue Forderungen der Beamten und Arbeiter hinsichtlich der Ausgleichszulage können von mir nicht mehr vertreten werden, und an dem Tag, an dem neue Forderungen kommen sollten, — ich nehme aus den „Ausgleich der Härten“, ihn haben wir bereits in Ziffer 7 der Bestimmungen eingesetzt und darüber werden wir weiter mit uns reden lassen — aber neue Forderungen für die Allgemeinheit sind für das badische Volk in diesem Jahre nicht mehr erträglich (Sehr richtig! rechts). Kommen die Forderungen aber an uns, so werde ich, auch wenn sie mit noch so großer Wucht vertreten werden, in Ihrem Namen unter allen Umständen das „Nein“ aussprechen.

Ich bin mir aber klar, daß mit dem „Nein“ allein die großen sozialen Fragen, die in der Lebensmittelbeschaffung gipfeln, nicht erschöpft sind (Sehr richtig!); darüber müssen wir uns ganz klar sein. Die Leistungsfähigkeit der Menschen in der Lebensmittelbeschaffung ist an ihrer Grenze angelangt. Die Beschaffung wird eine eminente Staatsaufgabe sein. Sie haben gehört, daß das Reich 1½ Milliarden zur Verfügung stellen will; ich setze das Wort „zur Verfügung“ in Anführungszeichen. Das geschieht doch auf Kosten der Notenpresse und nicht etwa auf Kosten von erschafftem Geld. Das Reich will diesen Betrag zur Verfügung stellen, aber unter der Bedingung, daß die Bundesstaaten und Gemeinden einen Teil an diesen Auswendungen tragen. Sie werden also in den kommenden Monaten einige Millionen aufbringen müssen, um uns auch an dieser schweren Aufgabe der Lebensmittelbeschaffung und der Senkung der Lebensmittelpreise zu beteiligen. Ich habe schon früher in diesem hohen Hause wie in der Kommission ausgesprochen, daß es für mich die erste und wichtigste Staatsaufgabe ist, aus Staatsmitteln heraus Beträge bereitzustellen, um die unsinnig hohen Lebensmittelpreise herabzubringen. Es ist ganz klar, daß wir solange billige Lebensmittel aus dem Auslande nicht bekommen können, als unsere Valuta im Allgemeinen die Sachen um das Dreifache verteuert. Gelingt es der Arbeiterschaft und ihrer Führung nicht, bei gleichzeitiger Beschaffung von Lebensmitteln

die Arbeitslust zu erhalten und damit Zahlungsmittel nach außen zu beschaffen, so sind alle unsere Bemühungen, den Volksstaat aufzubauen, vergebens (Sehr richtig!).

Deshalb richte ich auch von dieser Stelle aus an die Arbeiter, an die Eisenbahnerkreise wie an die Beamten der ganzen Staatsverwaltung die Bitte, sie möchten einmal die Reden der deutschen Finanzminister studieren. Denn daran fehlt es stark in unserem Lande (Sehr richtig!). Gewisse interessante Debatten des Landtags — Sozialisierungsdebatte, Unversitätsdebatte — werden beachtet oder auch die Ankündigungen von Zulagen, ja in allen Büros wird diese Sache dann breitgetreten und behandelt; aber wenn hier wie in einem anderen Bundesstaat der Finanzminister über die Finanzen spricht, dann werden Berge von Watte in die Ohren gestopft. Mit dieser Teilnahmslosigkeit weiter Kreise muß gebrochen werden, und Sie dürfen glauben, es wird damit gebrochen werden. Die Gesehtwürfe, die jetzt der Nationalversammlung in Weimar vorliegen, werden tief in den Geldbeutel unseres Volkes greifen und das was durch die neue Regierung des Reiches kommt, durch die Vermögensabgabe, deren Gesetz in diesem Sommer erledigt werden soll, das wird den Leuten zeigen, daß wir nicht nur den Krieg verloren haben, sondern daß wir daran gehen müssen, die letzte Rettungsaktion für das Volk vorzunehmen. Gewiß ist da und dort ungeschickt operiert worden. Es hat uns peinlich berührt, als durch die Zeitungen die Notiz ging, daß etwa im Reich eine neunte Arbeitsstunde eingeführt werden sollte. Das hat uns sehr peinlich berührt. Ehe nicht die Vermögensabgabe erfolgen kann und erfolgt ist, ehe nicht derjenige, der eigentlich den Krieg verloren hat, nämlich der imperialistische Kapitalismus (Sehr gut!) sein Opfer auf den Altar des Vaterlandes geleistet hat, kann man mit solchen Problemen überhaupt nicht kommen (Sehr richtig links) — wenn man unter der jetzigen politischen Konstellation überhaupt in die Erörterung eines solchen Themas eintreten kann. Das Erwähnte hat aufreizend gewirkt und ich muß bedauern, daß es an dieser Stelle zurückgedrängt werden mußte.

Nun aber auch noch ein Wort, gerichtet an die Eisenbahner. Es ist draußen vielfach so die Meinung verbreitet, als ob der Eisenbahnminister, also in Baden der Finanzminister, und im Reich der Finanzminister, etwa Vertreter eines kapitalistischen Systems wären. Es würde mich doch Wunder nehmen, einmal zu erfahren, wie sich denn in manchen Eisenbahnerkreisen die Menschen etwa die Lösung der Frage vorstellen, woher denn der Mehrwert kommen soll, der bei der Eisenbahn herausgewirtschaftet worden ist. Ja, wenn ein Mehrwert herausgewirtschaftet wurde — und wir haben ja Jahre mit schönem Überschuf gehabt —, dann haben wir an der Eisenbahnschuld getilgt. In großen Bundesstaaten wie in Preußen sind ja die 800 Millionen, welche die Eisenbahn dort abgeworfen hat, zu einem namhaften Teil für Kulturausgaben des Staates verwendet worden. Der Mehrwert, welcher bei der Eisenbahn eventuell auf Kosten der Arbeiterschaft herauskommen konnte, ist nicht etwa in die Tasche der Kapitalisten geflossen, sondern der ist in die Allgemeinheit übergegangen. Und nun frage ich Sie: Wenn heute dazu übergegangen wird, die Eisenbahn, die Sie und die übrigen großen Staatsbetriebe in Defizitbetriebe umzuwandeln, glaubt dann jemand, daß bei der Betrachtung dieser Fragen der Begriff des Mehrwerts überhaupt noch eine Rolle spielen kann? Nein!

Ich möchte hoffen und wünschen, daß durch eine in der Form der kommenden Räte gestaltete Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Eisenbahn gerade der Einblick in die Finanzgebarung dieser großen Betriebe auf die Führer dieser Organisationen erleuchtend und mäßigend einwirken werde (Sehr gut!) Ich begrüße die Etablierung dieser Räte in der Verfassung, und die erste Frage, die dann kommen wird, wenn diese Räte zusammentreten, wird die Frage der Finanzlage sein (Abg. Dr. Schofer: Dann werden sie „Nat“ — los sein! — Heiterkeit. — Abg. Rieslich: Dann müssen eben Sie hinein in die Räte! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Schofer: Sie kommen sicher hinein!). Ja, ich würde es auch begrüßen, wenn der Herr Kollege Rieslich kommen würde (Heiterkeit); aber ich möchte nur den Damen und Herren zur Erheiterung eine interessante Tatsache mitteilen, deren ich mich aus den Revolutionstagen erinnere. Als seinerzeit die Kontrolleure in die vorläufige Regierung eingesetzt worden sind oder als die erste Besprechung mit den Herren stattgefunden hat — ich habe es begrüßt, als sie gekommen sind —, da habe ich ihnen gesagt: Wollen Sie nicht auch im Finanzministerium einen Besuch machen, ich würde Ihnen auch gerne Aufschluß geben! und darauf haben sie mir erklärt: Nein, da kommen sie nicht hin (Heiterkeit). Ich hoffe, daß es anders wird; ich hoffe, daß ge-

rade die Einsicht in die zukünftige Finanzierung dieser großen staatlichen Betriebe unsere Arbeiter und Angestellten mäßigend und aufklärend und damit auch politisch bestimmend beeinflussen wird.

Seinerzeit, bei meiner Finanzrede im Frühjahr, habe ich auf ein bekanntes, hier in Betracht kommendes Gesetz nämlich auf das Gesetz, betreffend die Eisenbahnschuldentilgungskasse, vom 10. September 1842 aufmerksam gemacht, das heute, und zwar mit Recht, noch gilt. In Art. VII dieses Gesetzes ist gesagt:

„Soweit die ständige Dotation zu den Bedürfnissen der Eisenbahnschuldentilgungskasse für Zinsen, Tilgungsfonds und Verwaltungskosten nicht hinreicht, soll das Budget jeweils den erforderlichen Zuschuf aus der Staatskasse bestimmen.“

Wie Sie sehen ist es also durch Gesetz bestimmt, daß wir schließlich den Zuschuf für die Eisenbahnschuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln aufbringen müssen — und hier werden sich die Wege scheiden. Ich hoffe, daß wir mit einer verständigen Arbeiter- und Beamtenchaft in Baden in den nächsten Jahren zu tun haben. Dann kann die Rettung auch dieser großen staatlichen Betriebe gelingen.

Ich wende mich mit wenigen Ausführungen zur Finanzlage der allgemeinen Staatsverwaltung. Auch hier sind die Ausführungen nach meiner Überzeugung für das ganze Volk sehr wohl beachtenswert.

Nach den vorläufigen Feststellungen schließt das Rechnungsjahr 1918 für die allgemeine Staatsverwaltung mit folgenden Zahlen ab:

im ordentlichen Etat die Ausgaben mit	114 597 000 M.
im außerordentlichen Etat mit	115 341 000 M.

zusammen mit einer Ausgabe von	229 938 000 M.
Die Einnahmen im ordentlichen Etat mit	158 260 000 M.
im außerordentlichen Etat mit	84 961 000 M.

zusammen also eine Einnahme von	243 221 000 M.
Das bedeutet Mehreinnahmen im ordentlichen Etat von	43 663 000 M.
und Mehrausgaben im außerordentlichen Etat von	30 380 000 M.

jomit bleibt eine reine Mehreinnahme errechnet für die allgemeine Staatsverwaltung im Jahre 1918 von	13 283 000 M.
--	---------------

Sie werden mir sagen: Donnerwetter, das ist aber ein glänzendes Ergebnis! Das ist nur ein rechnerisches Ergebnis. Der nächste Satz wird Sie bald eines Besseren belehren. — Bei diesem scheinbar sehr günstigen Abschluß ist aber zu beachten, daß im Soll der Einnahme (und wir rechnen, wie Sie wissen, stets mit dem Soll) etwa 88 Millionen Mark Familienunterstützungen stehen, die die badische Staatskasse den Gemeinden erweist und die sie vom Reich zurückzuerhalten hat — zurückzuerhalten hat, will ich wiederholen. Ob aber und bis wann das Reich in der Lage sein wird, diesen Betrag an Baden zu ersehen, steht noch dahin. Läßt man ihn unberücksichtigt, so verwandelt sich der Überschuf in einen Fehlbetrag von etwa 70 Millionen Mark für das Jahr 1918.

Für das Jahr 1919 sieht der Staatsvoranschlag und zwar der seinerzeit im letzten Jahr verabschiedete ordentliche Staatsvoranschlag folgende Ausgaben und Einnahmen vor:

Ausgaben im ordentlichen Etat von	118 643 000 M.
im außerordentlichen von	20 962 000 M.
zusammen Ausgaben von	134 605 000 M.
Einnahmen im ordentlichen Etat	118 380 000 M.
und im außerordentlichen Etat	985 000 M.

zusammen Ausgaben von	119 365 000 M.
Damit sind Mehreinnahmen im ordentlichen Etat zu errechnen von	4 737 000 M.
und Mehrausgaben im außerordentlichen Etat von	19 977 000 M.

und es bleibt eine Mehrausgabe von bereits im ordentlichen Etat	15 240 000 M.
---	---------------

In der Zwischenzeit sind aber 4 Nachträge dem Landtag zugegangen, und jetzt haben wir hier soeben über den V. Nachtrag zum Staatsvoranschlag zu beraten. Damit sieht die Sache nun etwas anders aus. Diese 5 Nachträge zusammen sehen an Ausgaben vor im ordentlichen Etat

4 306 000 M.	
im außerordentlichen Etat	132 762 000 M.

zusammen Ausgaben in der Höhe von 137 068 000 M.

an Einnahmen im ordentlichen Etat 12 331 000 M.  
 im außerordentlichen Etat 7 796 000 M.  
 zusammen an Einnahmen im ordentlichen  
 und außerordentlichen Etat 20 127 000 M.  
 Die Mehreinnahmen im ordentlichen Etat  
 sind zu berechnen auf 8 025 000 M.  
 die Mehrausgaben im außerordentlichen  
 Etat auf 124 966 000 M.  
 so daß eine Mehrausgabe feststeht von 116 941 000 M.

Im ganzen stehen also den Mehreinnahmen von 4 737 000 M.  
 und 8 025 000 = 12 762 000 M. Mehrausgaben gegenüber im  
 Betrage von 19 977 000 M. und 124 966 000 M. = 144 943 000  
 M. Zieht man davon die schon im Jahre 1918 verwendeten  
 30 Millionen ab, so ergibt sich für das Jahr 1919 ein Fehlbetrag  
 von 114 943 000 M. oder rund 115 Millionen Mark im außerordentlichen  
 Etat. Demgegenüber steht der Einnahmeüberschuß im ordentlichen  
 Etat mit 12 762 000 M., so daß sich in letzter Linie ein Fehlbetrag von 102 181 000 M. oder rund  
 102 Millionen Mark ergibt.

Dabei ist aber immer zu beachten, daß sich der Voranschlag  
 für das Jahr 1919 zum Teil auf Zahlen aufbaut, die dem  
 Voranschlag für 1918/17 entnommen sind, weil es bei der Un-  
 sicherheit der Verhältnisse an der Möglichkeit einer zuverlässigen  
 Schätzung fehlte.

Man wird deshalb, wenn man die wirkliche Lage der Staats-  
 finanzien finden will, besser von dem Rechnungsergebnis des  
 Jahres 1918 ausgehen. Es ist schon erwähnt worden, daß dies-  
 ses Jahr im ordentlichen Etat einen Einnahmeüberschuß er-  
 gibt von rund 43 Millionen Mark. Man wird davon aus-  
 gehen dürfen, daß die Erträgnisse der Forst- und Domänen-  
 verwaltung im laufenden Jahr ungefähr denen des Vorjahres  
 entsprechen werden. Bei den direkten Steuern werden die Ab-  
 gänge, die sich mit dem Aufhören der Kriegskonjunktur bei  
 vielen Unternehmungen ergeben werden durch die Zugänge in  
 den Veranlagungen der höheren Löhne und Gehalte vorerst noch  
 ausgeglichen werden, so daß man bei vorsichtiger Rechnung viel-  
 leicht noch mit einer Steigerung des Erträgnisses im Betrage  
 des vorjährigen Steuernachtrags, d. h. von etwa 11,5 Mil-  
 lionen Mark wird rechnen dürfen. Man muß aber, hinter  
 diese Millionen ein Fragezeichen machen. Andererseits wird  
 der Schuldendienst der Amortisationskasse, der nach dem Er-  
 gebnis des Rechnungsjahres 1918 5 231 000 M. erfordert hat,  
 im laufenden Jahr eine weitere Steigerung von schätzungs-  
 weise 4 Millionen Mark erfahren.

Darnach würde sich der Einnahmeüberschuß im ordentlichen  
 Etat auf etwa 43 + 11,5 = 54,5 Millionen Mark schätzen  
 lassen. Bei einem Fehlbetrag im außerordentlichen Etat von  
 rund 115 Millionen Mark ergäbe sich damit ein durch Schul-  
 aufnahme oder Beschaffung anderer Mittel zu deckender Be-  
 trag von rund 65 Millionen Mark, wenn ich die unsicheren  
 10 oder 11 Millionen Mark, über die wir nichts Bestimmtes  
 sagen können, hinzuzähle, von rund 75 Millionen Mark. Die  
 müssen für dieses Jahr aufgebracht werden. Ob es bei diesen  
 75 Millionen Mark sein Bewenden haben oder der Betrag nicht  
 noch wesentlich höher steigen wird, läßt sich im Augenblick noch  
 nicht mit voller Sicherheit sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht  
 dafür, daß die Schätzung zu nieder ist.

Die Familienunterstützungen laufen weiter, und  
 wir müssen bei den Familienunterstützungen aller Voraussicht  
 nach auch für dieses Jahr weitere 6 Millionen Mark einstel-  
 len. Dann haben Sie schon einen Betrag von 75 + 6 = 81 Mil-  
 lionen Mark. Ich lege Wert darauf, Ihnen über den Stand  
 der Familienunterstützung noch einige Zahlen zu nen-  
 nen. Ich halte es auch für gut, daß die Zahlen genannt  
 werden, damit sie erweisen, was der Staat und das Volk in  
 den letzten Jahren geleistet hat. Der Stand der Familien-  
 unterstützung hinsichtlich der von uns getätigten Auslagen war  
 am 1. Januar 1918 149 054 273,56 M. Der Aufwand im  
 Jahre 1918 betrug 83 087 745,78 M. Das ist zusammen eine  
 Summe von 232 142 019,29 M. Dann kam eine Ersparleistung  
 des Reiches von 18 986 000 M., so daß der Stand unseres Gut-  
 habens beim Reich am 1. Januar 1919 213 156 019,29 M. be-  
 trägt.

Wir haben ausgegeben bis zum 30. April weitere  
 9 579 815,98 M. im Mai 1919 rund 800 000 M., so daß wir bis  
 Ende Mai ein Guthaben beim Reich zu fordern hatten in  
 Höhe von 223 585 835,22 M.

Jetzt möchte ich eigentlich die Türen und Fenster schließen  
 und Ihnen vertraulich mitteilen, daß wir dann erreicht haben,  
 daß uns das Reich eine Zahlung geleistet hat, — Sie ersehen  
 daraus, daß wir nicht umsonst unsere Energie in Weimar und  
 Berlin verschwendet haben, — das Reich hat uns 38 Millionen  
 zurückgezahlt Anfang Juni, so daß der Stand heute

185 536 845,22 M. ist. Sechs hinzu, das sind 191 Millionen  
 Mark, die wir bis Ende des Jahres vom Reich zu fordern  
 haben werden. Ob es möglich ist, im Laufe dieses Jahres  
 weitere Millionen vom Reich zu bekommen, diese Hoffnung ist  
 nicht groß einzuschätzen. Darüber sind wir aber klar, daß auch  
 eine Belastung für uns — eine Hand wirft ja der anderen  
 den Ball zu — am Ende des Jahres mit einer Schuld, die wir  
 verzinsen müssen und für deren Verzinsung das Reich nicht  
 aufkommt, mit einer Schuld von 191 Millionen Mark rechnen  
 müssen.

Die Schuld, die wir am Ende des Jahres verzinsen müssen,  
 wird etwa sein:

die allgemeine Staatsverwaltung wird ab- schließen mit einem Defizit, das geschätzt wird auf . . . . .	75 Millionen
die Eisenbahn mit einem Defizit von . . .	155 "
Verzinsung und Amortisation vom letzten Jahre geschätzt . . . . .	44 "
Das ist ein eigentliches Defizit von . . .	274 Millionen
Zählen Sie dann das hinzu, was die Fa- milienunterstützung angeht, mit . . .	191 Millionen
so kommen Sie am Ende des Jahres auf eine rechnerische Summe von . . .	465 Millionen

(Große Unruhe). Ich betrachte die Zahl nur als eine formale  
 Zusammenstellung.

Ich freue mich, daß der Herr Abg. Rieslich wieder da ist.  
 Ich habe Sie vorhin einen Augenblick nicht mehr gesehen. Ich  
 lege Wert darauf, Ihnen das zu sagen und zwar aus einem  
 besonderen Grunde: damit auch im Wiesental bekannt wird,  
 daß wir nicht auf Rosen in Baden gebettet sind (Abg. Ries-  
 lich: Das wissen wir schon lange! — Zurufe aus dem Zen-  
 trum Abg. Rieslich: Sie züchten die Spartakisten  
 heute!). Alle scheinen's nicht zu wissen. Vor allen Dingen  
 der Herr Thiergarten scheint's nicht zu wissen, sonst hätte er  
 nicht die Kühnheit und etwas anderes haben können, den  
 Mann, der an der Spitze des Reiches stand, den Herrn Scheide-  
 mann anzugreifen in dem Augenblick, wo er einige Tage Er-  
 holung in der Schweiz sucht. Ich mache Ihnen keine Vor-  
 würfe, Herr Rieslich, aber ich sage, es ist Aufklärung im  
 Wiesental bringend notwendig und ich empfehle Ihnen von  
 dieser Stelle aus . . . (Zuruf des Abg. Rieslich). Das habe ich  
 auch gesagt. Sie haben mit dem Angriff auf Herrn Scheide-  
 mann nichts zu tun. Ich freue mich aber, wenn Sie sich der  
 Aufklärungsarbeit hingeben.

Es ist auch noch wichtig, an dieser Stelle einige Worte über  
 die Anleihekredite der Eisenbahnschuldentil-  
 gungskasse zu sagen. Ich komme damit zum Abschluß.

Nach dem Hauptvoranschlag für die Jahre 1918/19 stehen zur Verfügung . . .	114,7 Millionen M.
dazu laut Gesetz vom 3. April d. J. weitere . . . . .	200 " "
im ganzen . . . . .	314,7 Millionen M.
Davon sind bis jetzt flüssig gemacht worden durch Begebung der neuen 4%igen Anleihe . . . . .	78,5 Millionen M.
durch Begebung von Schatzanweisungen durch Barcinzahlungen auf das Staats- schuldbuch . . . . .	70,9 " "
zusammen sind also verwendet . . .	2,2 " "
Außerdem sind zur Ablösung der Konto- korrentschuld an die Amortisationskasse Schatzanweisungen auszugeben in Höhe von	151,6 Millionen M.
23,4 Millionen M.	
sodas im ganzen verfügt ist über . . .	278 Millionen M.
und damit noch ein Rest bleibt von . .	139,7 Millionen M.

Es wird Sie auch interessieren zu hören, wie es mit dem  
 Kriegskredit steht nach dem Artikel des Finanzgesetzes vom  
 25. März 1918, wo ja 100 Millionen Kredit eröffnet worden  
 sind. Davon ist verfügt über die Summe von 72,8 Millionen,  
 sodas nur ein Restkredit verbleibt von 27,2 Millionen.

Angesichts dieser Lage ist es begreiflich, wenn in der jetzigen  
 Staatsregierung der Gedanke lebendig geworden ist, vor den  
 Landtag mit einer neuen Steuerborlage zu treten. Wir wollen uns  
 leiten lassen von einem Gedanken und den wollen wir bestimmt  
 formulieren und ihn in Baden nachher mit aller Energie zum  
 Siege bringen. Dieser Gedanke ist zu fassen in die Formel:  
 Sofort heraus aus der Schuldenwirt-

schaft! (Lebhafte Zustimmung). Und von diesem Gedanken getragen, legen wir Ihnen die Steuervorlage vor.

Ich will die Einzelheiten der Vorlage hier nicht erörtern. Wir haben Gelegenheit, nachdem die Kommission die Beratungen eröffnet hat, darüber zu verhandeln. Wir wollen dann im einzelnen zu den Forderungen Stellung nehmen. Der Ertrag des Zuschlags zur Einkommensteuer und insbesondere des Zuschlags zur Vermögenssteuer wird geschätzt — ich unterstreiche das Wort „geschätzt“ — auf 47,8 + 66 Millionen Mark = 113,8 Millionen oder rund 114 Millionen Mark. Ob dieses Mehrertragnis allerdings erzielt wird, steht nicht fest. Aber es ist zu hoffen, daß der Betrag von 100 Millionen doch wohl erreicht werden kann.

Wir legen Wert darauf, daß diese Vorlage möglichst bald verabschiedet wird, und zwar leitet uns nicht etwa der Gedanke allein, daß wir im Lande Baden aus der Schuldenwirtschaft herauskommen wollen; es leitet uns auch ein anderer Gedanke. Ich habe in der Kommission ein populäres Bild gebraucht. Wir wollen, solange wir noch die Möglichkeit haben, aus dem Steuertopf mit dem kleinen badischen Löffel zu schöpfen, etwas herausholen, ehe das Reich mit dem großen Schöpflöffel uns diese Möglichkeit genommen hat (Lebhafte Zustimmung im Zentrum). Ich weise insbesondere hin in diesem Zusammenhang auf die neue Reichsverfassung, die in der nächsten Woche in der Deutschen Nationalversammlung voraussichtlich zur Verabschiedung kommen wird. Ich habe das bereits in der Kommission getan und ich will hier wiederholen, was in derselben steht. Es ist mir nämlich gelegentlich von Besprechungen mit einzelnen Leuten in Baden aufgefallen, daß die Leute meinen, wir können in Zukunft, nachdem der Krieg verloren ist und nachdem das Reich auf völlig neuen Grundlagen aufgebaut wird und aufgebaut werden muß, in Baden mit derselben Liberalität wirtschaften wie bisher. Ich verweise auf die gestrigen Debatten und auf die Debatten, die nachher in Bezug auf die Universitäten ihre Fortsetzung finden werden. Es wird sich fragen, was dem Lande Baden in Zukunft für Kulturaufgaben übrig bleibt, nicht, was wir ausgeben wollen, sondern es wird sich darum handeln, was übrig bleibt. Und nach Artikel 11 der Reichsverfassung werden wir uns mit dem begnügen müssen, was übrig bleibt, und es will mir scheinen, daß wir, wenn die Reichsverfassung erledigt ist, in Zukunft allen Stürmern und Drängern im Lande Baden — kommen sie her von welcher Seite sie wollen — folgendes unter die Nase halten müssen. Im Artikel 11 steht: „Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben aufstellen, soweit sie erforderlich sind, um Schädigungen der Einnahmen oder der Handelsbeziehungen des Reiches auszuschließen oder wichtige soziale Interessen der Bevölkerung zu wahren“ (Hört, hört! im Zentrum). Das ist eine Art Kontrollrecht des Reiches über die steuerliche Gesetzgebung der Bundesstaaten (Abg. Dr. Schofer: Vormundschaft!). Sie sagen „Vormundschaft“. Ich will mich dahin äußern: Die Vormundschaft ist insofern vielleicht gegeben, als zunächst der große Mund des Reiches gefüllt werden muß. Wir können uns nicht vorstellen, daß wir das Reich auf Trodene setzen (Sehr richtig!) und den Bundesstaaten zunächst das Leben sichern. Es ist interessant, wenn man jetzt die Welt überschaut, zu sehen, daß eigentlich der Reichsgedanke in seiner vollen Reinheit insbesondere von Arbeiterkreisen erfaßt ist (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Der Arbeiter denkt gewerkschaftlich, und der Gewerkschaftler denkt im Rahmen eines großen Wirtschaftsreiches (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und das Wirtschaftsreich an erster Stelle zu sichern, ist Aufgabe der Deutschen Nationalversammlung. Daß manche Bestimmungen darin sind, die mir, wenn ich als Parteimann einen Zwischensatz sagen darf, zu weit gehen, das werden Sie mir nicht verargen. Es ist ja ein Trostartikel in der Reichsverfassung enthalten. Der Artikel 7 sagt: „Soweit Abgaben und sonstige Einnahmen ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommen werden, hat das Reich die ausschließliche Gesetzgebung. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zustanden, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen. Das ist leider nur allgemein gesagt. Rücksicht zu nehmen auf die Lebensfähigkeit der Länder fällt dem Reich sehr schwer, weil es ja selbst um die Erhaltung seines Lebens kämpfen muß, und wenn man die neuesten Beratungen verfolgt, die in Berlin im Reichsfinanzministerium über die Aufbringung der Steuern gepflogen werden — Sie werden Gelegenheit haben, sich in wenigen Wochen darüber zu äußern —, glaubt dann jemand, daß die sogenannte Kapitalistenklasse allein diese La-

sten tragen kann? Die Arbeitskraft und Opfer durch das ganze Volk werden erforderlich werden, um dieses Ungeheure, was das Reich an Opfern in Aussicht genommen hat, irgendwie erträglich gestalten zu können. Ich habe auf diese Bestimmung der Reichsverfassung hingewiesen, um Ihnen den Rahmen zu zeigen, innerhalb dessen wir in Zukunft noch eine beschränkte Bewegungsfreiheit haben.

Die Steuervorlage, die wir bringen, ist mit einem Worte gesagt, notwendig, und wenn Sie sie ebenso schnell bewilligen, wie die Ausgleichszulagen und die Mehraufwendungen für den Lohnstarif, so wird es uns recht sein. Gewiß: Eile mit Weile! Der Landtag möge sich die Vorlage ansehen und sie prüfen auf ihren sozialen Charakter. In dem Zuschlag zur Vermögenssteuer wollen wir nur die reinen Vermögen über 200 000 M. mit einem Zuschlag belegen. Der volle Abzug der Schulden muß bei dieser Zulage durchgeführt und damit einem Prinzip Rechnung getragen werden, für das früher in diesem hohen Hause vergebens gekämpft worden ist. Jetzt ist der Zeitpunkt da, wo wir bei der außerordentlichen Zulage für das Jahr 1919 diesen Schuldenabzug herbeiführen müssen. Denn es wäre sinnlos, einem Menschen, wenn er Schulden hat, auf die Schulden noch eine besondere Zulage aufzubürden.

Die Vorlage ist notwendig auch aus einem anderen Grunde. Das Reich hat mit den Steuern, die kommen sollen, viel zu lange gezögert (Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses). Wir haben eine völlig verkehrte Finanzpolitik im Kriege geführt (Lebhafte Zustimmung). Die Konstruktionen des Herrn Helfrich haben uns sehr geschadet (Sehr richtig! links). England und Amerika haben der Welt ein anderes Beispiel gegeben. Sie waren nicht nur in der Politik des Krieges und um Meilen voraus, sie waren uns auch in der Finanzgebarung unendlich überlegen (Lebhafte Zustimmung). Die ersten Steigerungen der Preise der Verbrauchsgegenstände waren nicht basiert auf Lohnerhöhungen. Ich erinnere Sie zu Beginn des Krieges, wo durch die völlige Anzulänglichlichkeit der militärischen Vorbereitungen auf wirtschaftlichem Gebiete alle Kriegsschieber das Telefon benützen konnten und die Tintenfüßer der Militärverwaltung benützen konnten und die höchsten Preise vom Militär bekommen haben für Dinge, die das Militär braucht. Dort liegt die Quelle der großen Preistreiberien. Und hernach ist der Fehler begangen worden, daß man nicht durch eine außerordentliche Besteuerung der Kriegsgewinne und der entsprechend hohen Einkommen Einzelner das weggenommen hat, was gedient hat, auf der anderen Seite durch Luxusausgaben und durch die zusätzliche Kaufkraft, die damit gegeben worden ist, die Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände ins Unendliche zu steigern. Das kann nicht mehr nachgeholt werden im ganzen Umfang. Aber auch im einzelnen können wir im Lande Baden durch die neue Steuerzulage dazu noch etwas beitragen, und betrachten Sie bitte diese Vorlage auch von diesem Gesichtspunkte aus! Gewiß, bei der Einkommensteuer werden alle Kreise unseres Volkes unten nur mit einem sehr geringen Zuschlag bedacht. Aber die Staatsregierung war der Ansicht, wie auch in der Kommission die Meinung vorherrschend war, daß alle sehen sollen, daß erhöhten Anforderungen gegenüber auch erhöhte Leistungen stehen müssen. Von diesem Grundsatz wird hoffentlich die Kommission nicht abgehen. Ich weiß nicht, ob wir damit im Lande Baden dem Luxusleben Einhalt gebieten können. Das kann nur geschehen, wenn das Reich durch die große Vermögensabgabe der Mehreinkommen die Kriegsgewinne in anderer Art erfaßt, als es bisher geschehen ist. Es ist heute noch vielfach ein Luxusleben im Lande Baden vorhanden; einer meiner sozialdemokratischen Kollegen hat mir vor einigen Tagen ein Beispiel erzählt, wie ein Kriegsgewinnler sein Geld täglich zum Fenster hinauswirft. Ich kann die Einzelheiten dieses Vorkommnisses hier nicht harlegen. Aber schauen Sie einmal an, was an Wein, an Champagner in den letzten Jahren konsumiert worden ist. Niemals ist soviel Champagner getrunken worden, wie in der Zeit des Krieges (Hört, hört! beim Zentrum). Dieses Luxusleben einzelner Teile des Volkes muß abgebaut werden. Wir können es nur einschränken, wenn die Steuerschraube, die Steuerzange angefaßt wird, wenn die hohen Einkommen reduziert werden.

So ist diese Vorlage eine soziale Notwendigkeit und eine soziale Gerechtigkeit. Prüfen Sie sie daraufhin, und bringen Sie diese Vorlage möglichst bald zur Verabschiedung! Sie werden unserem Lande und Volke damit einen großen Dienst erweisen (Lebhafte Beifall).

Der Präsident gibt hierauf noch den Eingang einer Verhinderungsanzeige der Abg. Kräuter bekannt.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetretten:

Zu Biff. 1 derselben: Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Koenigsberger und Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr., erhalten das Wort:

Abg. Dr. Sölderemann (D. Dem. P.):

Die Ausführungen des Herrn Finanzministers über die furchtbar schwere finanzielle Lage unseres Volkes und Landes haben uns in eine ganz andere Welt geführt, als die ist, welche uns in dem Gegenstand der Interpellation über die Reform der Universitätsverfassung beschäftigt. Und doch stehen diese beiden Welten, so fern sie auch voneinander zu sein scheinen, in einem gewissen Zusammenhange. Wir werden die ungeheure schwere Lage unseres Volkes nur überwinden können, wenn wir auch mit dafür sorgen, daß unser Volk die bestmögliche geistige Ausrüstung erhält.

Und das führt mich auf einen Gegenstand, der in der bisherigen Debatte schon wiederholt angeschnitten worden ist, die Frage der Volkshochschule, aber noch nicht berührt worden ist in seiner Notwendigkeit und Bedeutung auch für unser Landvolk, unsere Landbevölkerung. Auf diesem Gebiet haben die nordischen Länder Großes geleistet, insbesondere das kleine Dänemark. Es war nach dem für dieses Land unglückseligen Krieg des Jahres 1864, als es darnieder lag, zusammengebrochen durch den Kriegsausgang, und wenige Jahre vorher die Stürme der Revolution das Land erschüttert hatten, daß dort eine Bewegung für die Volkshochschule vor allem in der ländlichen Bevölkerung eingeseht hat. Der Urheber und Gründer dieser Bewegung war eine starkreligiöse, man könnte sagen prophetisch gerichtete Persönlichkeit, der evangelische Bischof Grundtvig. Aus dieser Bewegung ist eine große Blüte dieser Sache in diesem kleinen Land hervorgegangen. Über 70 solcher Volkshochschulen bestehen heute dort, und viele tausende Kinder des Landvolkes sind durch diese Schulen hindurchgegangen und habe in ihnen eine treffliche geistige Ausrüstung empfangen.

Es dürfte vielleicht von Interesse sein, den Unterrichtsplan einer dieser Volkshochschulen in Dänemark kennen zu lernen. Es wird da unterrichtet im Landbau, Naturgeschichte, Buchführung, Dänisch — also Muttersprache —, Geschichte, Geographie, Staatsverfassung, Turnen, Gesang, Religion — und zwar Bibelfunde, Ethik und Pädagogik —, Hausarbeiten, fremde Sprachen. Sie sehen, das ist keine hochgeschraubte Bildung, welche diese Volkshochschulen an einfache Menschen vom Land übermitteln wollen; es ist im wesentlichen nicht viel mehr, als etwa eine gute Fortbildungsschule leisten würde. Aber gegenüber der Fortbildungsschule ist das, was diese Volkshochschulen geben, doch von einem wesentlichen Vorzuge und eine treffliche Ergänzung. Einmal dadurch: Der Besuch dieser Volkshochschulen ist freiwillig und erfolgt aus eigenem innersten Antrieb derer, die sie besuchen wollen. Und dann: Er erfolgt in einem schon etwas reiferen Alter, im 18., im 20., ja bis zum 25. Lebensjahre, also in einer Zeit, wo die sogenannten Regeljahre hinter den jungen Leuten liegen, und wo schon mehr Verstand in ihnen ist und das Denken zur Selbstständigkeit mehr angeregt werden kann. Und dann: Die Teilnehmer dieser Volkshochschulen können sich ganz gut der Aufgabe widmen. Sie sind frei von jeder Berufsarbeit, die sie zersplittert und davon abhält. Sie leben in geschlossenen Anstalten zusammen, wo sie Kost, Wohnung, Unterricht und gesellige Unterhaltung miteinander haben. Das ist von starker Einwirkung zugleich auf den Charakter und bildet eine Lebensgemeinschaft heran für die jungen Leute, die in diesen Jahren ihres Lebens dort miteinander zusammengewesen sind. Es sind 5 Monate, die sie da zubringen, die Wintermonate, während die Sommermonate für die weibliche Jugend in diesen Anstalten vorbehalten sind. Der Unterricht ist nicht Fachunterricht — das haben Sie schon aus dem Ihnen mitgeteilten Lehrplan ersähen können —, sondern er ist vor allen Dingen Gesinnungsunterricht. Sein Ziel ist, die jungen Menschen innerlich zu heiligen, sittlich und jeelisch zu heiligen, sie zu sittlich gefestigten und vaterländisch empfindenden Menschen, Bürgern und Bürgerinnen ihres Landes heranzuziehen.

Wenn das kleine Dänemark auf dem Gebiet der Landwirtschaft mit an der ersten Stelle in der ganzen Welt steht und wenn der Stand der geistigen Bildung dort im Landvolk ein außerordentlich hoher ist, so ist das nicht zum geringsten Teil zu verdanken der Tätigkeit der Volkshochschulen, die in diesem Land schon seit Jahrzehnten bestehen. Unsere Zukunft in Deutschland wird — darüber ist gar kein Zweifel —, unsere

nächste Zukunft wird eine agrarische sein. Die Bedeutung der Landwirtschaft wird noch nie so groß gewesen sein, als wie sie für die nächsten Jahre sein wird. Es wird lange brauchen, bis unsere Industrie wieder die Blüte erreichen wird, die sie vor dem Krieg gehabt hat. Es wird zu den vitalsten Interessen unseres Volkes gehören, die die Produktivität des heimatischen Bodens zu steigern, und was dazu beitragen kann, unsere landwirtschaftliche Bevölkerung zu heben — und dazu trägt eben auch bei eine stärkere und bessere geistige Ausrüstung —, das müßte mit herangezogen werden.

Ich möchte mit dem, was ich gesagt habe über die Volkshochschulen für die Landbevölkerung keineswegs verkenne, die außerordentliche Bedeutung dieser Sache für die anderen Schichten unseres Volkes, insbesondere für die Arbeiterbevölkerung. Auch hier möchte ich auf ein ausländisches Beispiel hinweisen; es ist die Universitätsausdehnungsbewegung in England. Nach den schweren sozialen Erschütterungen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat diese Bewegung dort Boden gefunden. Man sagte sich, die ungeheure Kluft, die sich aufgetan hatte, zwischen den gebildeten und besitzenden Schichten des Volkes und den Massen, muß überbrückt werden. Es kam der Gedanke zum Durchbruch: Wenn das Volk nicht zur Universität kommen kann, so muß die Universität zum Volke kommen. Diese Universitätsausdehnungsbewegung ist in England von den Universitäten ausgegangen, von den altberühmten Universitäten des Landes, und ist bis auf den heutigen Tag von ihnen betrieben und unterhalten worden. Wo sich der Wunsch regt, namentlich in den Arbeitergebieten des Landes, da werden Kurse veranstaltet. Und das ist eben das Treffliche und Praktische des englischen Beispiels: Man beschränkt sich dort nicht bloß auf Vorträge, die vielfach nur eine Halb- bildung hervorrufen und in ihrer Wirkung bald wieder verweht werden, sondern es werden eigentliche Kurse veranstaltet, es wird ernstlich gearbeitet, es werden bestimmte Themata mit den Dozenten und den Hörern durchgearbeitet, es werden schriftliche Arbeiten darüber gemacht, es findet eine Diskussion darüber, eine enge, rege persönliche Fühlungnahme zwischen den Dozenten und den Zuhörern statt. Die Universitätsausdehnungsbewegung in England hat sich in verschiedenen Formen verbreitet, am erfolgreichsten in der Universitätsniederlassung in den einzelnen Städten und Gebieten des Landes.

Ich möchte nicht näher auf die Sache eingehen, so interessant sie ist. Ich will nur erwähnen, daß in England und noch viel mehr in Amerika Tausende durch diese Universitätsausdehnungsbewegung Wissen und Bildung gewonnen haben. Wir sind in dieser Beziehung in Deutschland noch weit zurück, es fängt ja eigentlich bei uns erst an. Kürzlich hat in Jena ein Volkshochschulkurs stattgefunden, bei dem 1400 Teilnehmer gewesen sind, ein Zeichen, wie außerordentlich groß das Bedürfnis darnach ist, und es ist dort vorgeesehen worden, daß diese Kurse in verschiedenen Gegenden und Städten des Landes wiederholt werden sollen. Diese Bestrebungen verdienen die wärmste Unterstützung seitens der Volksvertretung und seitens der Regierungen. Aber ich möchte nochmals darauf hinweisen, sie müssen so in die Wege geleitet werden, daß man sich nicht auf bloße Vorträge beschränkt, sondern daß man tatsächliche ernste Arbeit womöglich in Kursen leistet, und die Persönlichkeiten, die das machen, müßten so ausgewählt sein, daß ihnen die Gabe der populären Darstellung verliehen ist, sonst kommt man an die Menschen, an das Volk nicht heran. Dabei möchte ich auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch religiöse Themata in den Volkshochschulkursen und Vorträgen behandelt werden möchten. Es ist mehr denn je ein großes Verlangen und ein großes Bedürfnis in unserem Volke darnach vorhanden. In diesem Zusammenhange möchte ich auch darauf hinweisen, wie wichtig gerade auch von dieser Seite aus die Erhaltung der theologischen Fakultäten in dem Verbands unserer staatlichen Hochschulen ist. Sie wird ja durch die künftige Reichsverfassung garantiert werden. Es ist wohl nur ein Versehen, wenn in dem Wortlaut der Interpellation, wo auf die Bedeutung der Universität als Bildungsstätte hingewiesen ist für künftige höhere Beamte, Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte, der Geistliche nicht erwähnt ist. Die Geistlichen sind die Führer des religiösen Lebens großer Schichten unseres Volkes. Der Geistliche spricht jede Woche in den Versammlungen, die wir Gottesdienste heißen, zu unserem Volk, und diese Versammlungen sind von vollen regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen immer noch trotz aller Kircheneinfremdung die besuchtesten, die es gibt. Es gibt keine politische und keine wirtschaftliche Organisation, die imstande wäre, ich will sagen: so und so viele Menschen einer Dorfgemeinde Woche für Woche wieder im selben Raum, um denselben Redner zu versammeln, wie das der religiösen Organisation möglich ist und wie sie das fertig bringt.

Durch die Hand des Geistlichen geht unsere Jugend im Religionsunterricht und im Konfirmandenunterricht. Als Seelsorger hat der Geistliche einen Passpartout zu allen Häusern der Gemeinde, und an den wichtigsten Stationen des Lebens redet er zu den Menschen, dort, wo das Gemüt am empfänglichsten ist. Wenn für irgend einen Beruf die Univeritätsbildung wichtig ist, wichtig nicht nur für den Beruf, sondern auch im Interesse des Staates und der Gesamtheit des Volkes, so ist es für den Beruf des Geistlichen.

Das studentische Leben ist in der Debatte, die wir in den letzten Tagen gepflogen haben, verschiedentlich schon berührt worden, hauptsächlich in seinen Schattenseiten. Unsere Studenten haben während des Krieges in der Verteidigung des Vaterlandes ihren Mann gestellt; sie sind mit einer unvergleichlichen Begeisterung für das Vaterland ins Feld gezogen, sie haben Blutopfer gebracht in ungeheureren Maße und sind hinter keinem anderen Stande unseres Volkes zurückgeblieben. Man hätte es ihnen gönnen mögen, daß ihre Zukunft sich etwas leichter und etwas sonniger gestalten würde, als es jetzt leider der Fall sein wird. Sie haben, wie ja überhaupt die Jugend unseres Volkes, ihre beste und schönste Zeit, ihre Jugendzeit draußen zugebracht in all dem schweren Erleben und in all dem Ungeheuren, was auf sie eingestürzt ist. Das ist mit eines der größten Opfer, das die Jugend unseres Volkes gebracht hat, daß sie ihre Jugend, ihre schönste Jugendzeit, den Sonnenglanz und die Sorglosigkeit ihrer jungen Jahre hingeben mußte an all das Schwere und Fürchtbare, was sie draußen mitmachen mußte. Aber die Verhältnisse, wie sie sich gestalten, gestaltet haben und gestalten werden, sind sehr schwierig für die akademische Jugend jetzt in den Univeritätsstädten und später auch in den Ausfichten für den Beruf. Die Wohnungsnot in unseren Univeritätsstädten ist eine ganz außerordentliche. Manche Studenten müssen sich nicht nur Tage sondern Wochen vor Semesterbeginn in die Univeritätsstädte begeben, um sich ein Zimmer sichern zu können. An Stelle der glänzenden Verbindungshäuser, die wir in unseren Univeritätsstädten sehen, sollten Studentenheime treten, Studentenheime, die den Studenten möglichst billige Unterkunft gewähren können. Es liegt doch auch ein idealer Wert in diesem Zusammenwohnen, es bildet sich da doch auch eine gewisse Lebensgemeinschaft, und das Beispiel der englischen Univeritäten, die das pflegen, ist nicht ganz zu verwerfen. Der Lebensunterhalt auf unseren Univeritäten ist heute: außerordentlich kostspieliger, er kostet das drei- und vierfache der Friedenszeit. Mancher Student hat nach dem Kriege einfach sein Studium nicht weiterführen können, weil seine Eltern nicht imstande waren, die ungeheuer gewachsenen Kosten dafür aufzubringen. So wie heute wird es wohl nicht immer bleiben, aber es wird noch längere Zeit sehr teuer sein, und so wird die Folge davon sein, daß der Besuch der Univeritäten das Monopol sehr wohlhabender Schichten unseres Volkes sein wird. Es wird garnicht möglich sein, daß ärmere Leute studieren können, auch wenn die Kollegengelder vollständig aufgehoben werden, auch wenn die Bücher vollständig unentgeltlich geliefert würden. Das wäre doch nur ein kleiner Teil von dem, was der außerordentliche teure Lebensunterhalt unseren Studenten kostet. Ich frage mich: Sollen unsere Univeritätsstädte das so völlig gehen lassen, sollen sie das so dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sollen sie nicht durch Einrichtungen von billigen Mittagstischen oder Abendtischen dafür sorgen, daß ihre Studenten, von denen sie doch zum größten Teil leben, auch etwas billiger zu ihrer Nahrung kommen? Es gibt Univeritätsstädte im Reich, die das machen. Soviel ich weiß, ist bei uns in Baden leider bisher nichts derartiges in erheblichem Maß geschehen. Es wird die Studentenschaft der Ausbeutung der Wirte vollständig überlassen.

Auffallend war mir, als ich diesen Winter und dieses Frühjahr dann und wann in eine Univeritätsstadt kam, daß die Formen des studentischen Lebens ganz dieselben waren wie vor dem Kriege. Man erhält ganz dasselbe Bild, wenn man durch die Straßen der Univeritätsstadt kommt, wie in der Friedenszeit. Mehr denn je florieren die Verbindungen, und insbesondere die schlagenden Verbindungen haben einen außerordentlich starken Zulauf bekommen. Wer es nicht wüßte, der würde an dem Bild, das er da sieht, nicht bemerken, daß diese jungen Menschen durch all das Schwere hindurchgegangen sind, daß irgend eine innerliche seelische Veränderung an ihnen vorgegangen ist. Ich bin nun keineswegs ein Gegner des frohen Studentenlebens. Hier stimme ich dem Herrn Kollegen Mayer, der gestern diese Sache berührt hat, vollständig bei. Es liegen da Gemütswerte darin, die wir nicht missen möchten. Ich für meine Person schätze es als die glücklichste Zeit meines Lebens, als ich in Jena studiert habe und dort das Burschenleben mit-

machen durfte, und so wird es wohl jedem gehen, der zurückdenkt an diese schöne, glückliche Zeit seiner Jugendjahre. Ich bin auch keineswegs ein Gegner des Verbindungslebens. Im Gegenteil, wenn der rechte Geist und die rechten Persönlichkeiten in einer Verbindung sind, dann kann eine Verbindung sehr erziehend auf die jungen Menschen wirken.

Selbstverständlich verurteile ich aufs schärfste das Duell in jeder Form. Aber doch möchte ich, so heftig das vielleicht in meinem Munde klingt, nicht das Fechten absolut verurteilen. Wenn es nicht übertrieben wird, wenn es nicht ausartet, so ist es eine Schule zur körperlichen Erziehung, eine Erziehung zur Kaltblütigkeit, zur Gewandtheit, zur Wehrfähigkeit, und es scheint mir für unsere Jugend nicht ganz überflüssig zu sein, daß sie körperlich erüchtigt, daß sie gewandt, daß sie wehrfähig wird und bleibt. Wie die Dinge in der Welt liegen, ist der ewige Friede noch lange nicht nahe. Der Friede, der uns aufgezwungen wird, hat in seinem Schoße den Krieg: denn es ist ein Friede der Erpressung, der Vergewaltigung und eines ungeheuren Unrechtes, das an unserem Volke begangen worden ist. Wird nicht unserem Volke durch politische Ereignisse, die eine Wandlung herbeiführen, durch die besondere Erkenntnis der uns bis jetzt feindlichen Völker sein Recht, dann wird sich unser Volk eben schließlich eines Tages gegen die Gewalt aufbäumen, die ihm angetan worden ist. Wenn es so kommt, ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derer, die uns diesen Gewaltfrieden auferlegt, die diese Vergewaltigung an unserem Volke begangen haben. Alle Gewalt rächt sich eines Tages, und Gewalt ruft auch wieder Gewalt; so ist es von jeher gewesen, das lehrt die Weltgeschichte auf jedem Blatt.

Aber lassen Sie mich zu dem zurückkehren, wovon ich vorhin sprach; ich sprach von gewissen Erscheinungen des studentischen Lebens, die sich völlig gleich geblieben seien. Wenn das dauernd so bliebe, dann wäre es allerdings eine sehr unerfreuliche Erscheinung. Dann wäre es nach alledem, was unsere akademische Jugend doch erlebt hat, ein bedenkliches Zeichen für ihre Mentalität. Aber ich glaube nicht, daß es dauernd so bleiben wird. Heute ist es ja eine sehr begreifliche Reaktion auf die seelischen Erschütterungen, welche diese jungen Menschen draußen im Krieg, durch die fürchtbaren Ereignisse und durch Alles, was auch daheim auf sie eingestürzt ist, in sich erleben mußten, wie sich ja auch bei anderen Schichten unseres Volkes diese Reaktion wieder in anderer Weise bemerkbar macht. Nicht überall verhältnismäßig so harmlos!

Weiter glaube ich, daß auch der Zwang der Verhältnisse, die harte Wirklichkeit des Lebens, die Notwendigkeit der Lage das bald ändern wird. Man wird in Deutschland nicht weniger arbeiten müssen, als man vor dem Kriege gearbeitet hat, sondern man wird im Großen und Ganzen viel mehr arbeiten müssen, wenn wir einigermaßen aus der Schwere unserer Lage herauskommen wollen — und das wird für alle Schichten gelten. Die Arbeit wird eine viel intensivere sein müssen, und das ist schließlich auch wieder gesund und heilsam; die Arbeit ist ein Heilmittel und wird ein Heilmittel für unser Volk sein. Auch der Student wird ganz anders arbeiten müssen, als er früher gearbeitet hat. Selbstverständlich werden auch die Ferien bis zu einem halben Jahr, die jedes Jahr sind, wesentlich verkürzt werden müssen, wenn den Anforderungen der Zeit Rechnung getragen werden soll. Gerade der Student wird ganz anders arbeiten müssen. Wenn man auf unsere Univeritäten kommt und unsere Hörsäle sieht, dann erschräkt man über die Überfüllung, an der heute unsere Univeritäten leiden. Man fragt sich unwillkürlich: Wohin sollen diese jungen Menschen einmal kommen, was soll mit ihnen angefangen werden, wo sollen sie später Existenz und Beruf finden? In Heidelberg sind nicht weniger als 1100 Mediziner! Was das heißt, das fühlen auch die jungen Menschen sehr wohl selbst. Nach allem, was man hört, wird heute an unseren Univeritäten viel mehr gearbeitet als früher, es wird lange nicht mehr so viel gebummelt, auch der Couleurstudent sitzt heute im Kolleg. Am Schluß des letzten Sommersemesters hat ein Heidelberger Dozent, als er seine zahlreichen Hörer zu geselligem Zusammensein um sich versammelt hatte, ihnen das Zeugnis ausgestellt, daß sie sehr fleißig gewesen seien; in dem großen Auditorium, in dem sie Woche für Woche gedrängt Kopf an Kopf saßen, sei es oft „so still und andächtig gewesen, wie in der Kirche“. Das ist doch ein ganz anderes Bild, als es sich früher zeigte, und das wird sich wohl auch weiterhin fortsetzen. Die Not der Verhältnisse, der Zwang der Lage, wird ganz von selbst unsere akademische Jugend dazu bringen, daß sie sich aufs ernsthafteste der Arbeit widmet.

Eines ist gewiß: Unsere Univeritäten dürfen nicht die Sache nur einzelner Klassen und Schichten des Volkes oder gar einzelner Parteien sein; sie müssen der Gesamtheit gehören. Ich

Sie nicht dafür, daß die wissenschaftlichen Anforderungen für den Besuch der Universitäten gemindert werden. Es soll von unten, von den Schulen her, eine strenge Auslese stattfinden, damit wirklich nur Begabte und Befähigte auf die Universität kommen können. Es ist viel Ballast, der heute dort mitgeschleppt wird; aber auch der Sohn des ärmsten Arbeiters soll, wenn er die Begabung hat und dazu befähigt ist, den Weg hinauf zur Universität finden können, die Türe dazu muß ihm geöffnet sein.

Und dann das Andere, was mit der Frage der Volkshochschulen zusammenhängt: In die breiten Schichten unseres Volkes hinein müssen die Universitäten ihre Kräfte, die reichen Ströme ihres Wissens hinausfließen lassen. Nur dann wird unser Volk es verstehen, daß für die Universitäten so gewaltige Opfer gebracht werden, und nur dann werden diese Opfer getragen werden können. Wir haben drei Hochschulen in unserem kleinen Lande. Das ist außerordentlich viel, und bei der Lage, in der wir uns für die Zukunft befinden, wird es noch viel schwerer wiegen. Wenn es irgend möglich ist, muß aber dieser Stand aufrecht erhalten werden; das ist eine Ehrensache unseres Landes. Aber ich sage: Möglich ist es nur dann, wenn die Quellen des Wissens von den Universitäten, von den gelehrten Kreisen aus, hinaus in die breiten Schichten des Volkes fließen, und wenn das Volk spürt und merkt: die Universität ist auch für mich, für jedes aus dem Volk, für alle Kreise des Volkes da. Es besteht im Volke ein Bedürfnis, ein großes Bedürfnis nach Wissen, gerade auch in den unteren Schichten des Volkes und in diesen oft viel mehr, als in den höheren; ich habe das in meinem Leben schon oft beobachten können. Dann dürfen wir auch nicht vergessen, daß der Krieg etwa den zehnten Teil unseres Volkes in fremde Länder hinausgeführt hat; unsere Männer und unsere jungen Leute sind ja von Flandern bis ans Schwarze Meer und wieder von Mazedonien bis nach Sibirien hinauf gestanden; ihr Gesichtskreis hat sich außerordentlich erweitert. Jetzt haben sie das Bedürfnis, zu lernen und ihr Wissen zu bereichern. Nie ist der Boden für solche Arbeit in unserem Volke dankbarer gewesen, als gerade heute.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist die Erweiterung des Wirkungsbereiches unserer Universitäten nötig. Wir leben in einem demokratischen Staat, unser Volk steht freier da, als irgend ein anderes. So große Rechte können nur verantwortet werden und können ihm nur dann von Segen sein, wenn auch der Bildungsstand, der ganze geistige Stand des Volkes, ihnen entspricht und auf eine entsprechende Höhe gebracht wird. Nur ein gebildetes Volk kann ohne Schaden diese großen Rechte auf die Dauer ertragen. Daß noch viel an dieser demokratischen Volksbildung fehlt, daß noch große Arbeit nötig ist, darauf sind wir gestern hingewiesen worden und darauf weisen uns die Ergebnisse alltäglich hin.

Aber ich möchte beifügen: Nicht bloße Kopfes- und Verstandesbildung genügen, sondern nur ein sittlich und religiös gefestigtes Volk wird die großen Rechte, die ihm gegeben worden sind, auf die Dauer ohne Schaden anwenden und ertragen können.

Ich möchte nicht in die Frage der Verfassung der Universitäten, in die inneren Verhältnisse derselben hier näher eingehen. Zweifellos ist hier manches reformbedürftig. Das ist mir aus dem, was ich wußte und aus dem, was ich in unseren Beratungen gehört habe, ohne allen Zweifel hervorgegangen. Es muß abgestellt werden, was reformbedürftig ist, es wird heute nicht mehr beitragen, wenn wirkliche Mißstände bestehen bleiben. Weder politische noch konfessionelle Momente dürfen irgendwie entscheiden bei der Berufung der Dozenten. Auch hier, und hier zu allererst muß die Forderung erhoben werden: Dem Tüchtigen freie Bahn!

Aber ich möchte zwei Bemerkungen beifügen. Leicht entsetzt bei der Kritik, so berechtigt sie ist im einzelnen, doch die Gefahr, daß man von einzelnen Fällen aus generalisiert, und dadurch entsteht dann leicht in der Bevölkerung, im Volke, das nicht so urteilsfähig ist und das die Verhältnisse nicht näher kennt, der Eindruck: Diese Universitäten müssen eigentlich der wahre Augiasstall sein, es muß eine Korruption ohnegleichen da herrschen! Deswegen möchte ich sagen, es ist bei aller Berechtigung der Kritik doch eine gewisse pädagogische Vorsicht nötig mit Rücksicht auf die Wirkung, die diese Kritik ausübt und die unter Umständen der Sache der Universitäten selbst Schaden kann, was wir ja alle nicht möchten.

Dann eine zweite Bemerkung. Jedes System der Universitätsverfassung hat seine Schattenseiten und seine Schäden, wir mögen wählen, welches wir wollen. In Amerika, wo die Stiftungsuniversität im wesentlichen maßgebend ist, sind die

Universitäten beherrscht vom Kapital, vom Geld. In England üben die politischen Parteien einen großen Einfluß auf die Universitäten aus. Die beiden altberühmten Universitäten des Landes sind die eine, die liberale, die andere die konservative. Auch im freien Volksstaat geht es wie in anderen Dingen, so auch hierin menschlich zu und wird menschlich zugehen, auch wenn wir die vollkommenste Universitätsverfassung einführen. Es sind Interessen und Parteien da, die sich durchsetzen wollen, die zur Macht gelangen wollen. Hier liegen Gefahren vor, die wir nicht vertennen können. Zwei Forderungen sind es doch, in denen wir einig sind: Die Wissenschaft darf weder politisiert noch konfessionalisiert werden, denn das wäre ihr Tod, das wäre ihr Untergang. Und die andere: Die freie Selbstverwaltung unserer Universitäten, dieses große Gut, das wir aus der Vergangenheit empfangen haben und durch das sie groß geworden sind, das muß erhalten bleiben. Unsere Universitäten sind eines unserer stolzeiten und größten nationalen Besitztümer, die wir haben. Alle großen Bewegungen des deutschen Geistes, der deutschen Geschichte sind im wesentlichen von den Universitäten ausgegangen oder wenigstens von ihnen mitberührt und veranlaßt worden. Die großen christlichen philosophischen Systeme des Mittelalters, die Reformation, die Zeit des deutschen Idealismus, das Jahr 1848, alle sind sie zu einem ganz wesentlichen Maß von den Universitäten aus getragen oder geführt worden. Wenn aller Glanz der Kriegszustände einmal verblaßt und verbunkelt sein wird, dann werden die Wirkungen und Leistungen des deutschen Geistes und der deutschen Wissenschaft und damit auch des deutschen Gelehrten und des oft viel angefochtenen deutschen Professors doch immer noch bestehen bleiben. Aber eine neue Zeit ist angebrochen, und unsere Universitäten müssen sich einstellen auf diese neue Zeit. Die universitas litterarum muß zur wirklichen universitas werden, für die Gesamtheit des Volkes. Das ist die Aufgabe, die unsere Zeit an unsere Universitäten stellt. Auch für sie gilt das Wort: Was Du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen! (Beifall bei den Demokraten).

Im Verlauf obiger Rede übernimmt II. Vizepräsident Müller die Leitung der Verhandlungen.

#### Abg. Strauß (Zentr.):

Die Stägige Debatte über die Universitätsfragen hat schon so viel grundsätzliches Material von allen Seiten für und Wider an den Tag gefördert, daß ich mir es heute ersparen möchte, zu diesen grundsätzlichen Fragen eine Stellung zu nehmen. Was darüber grundsätzlich von meiner Seite zu sagen ist, das ist bereits von meinem Fraktionsfreunde Dr. Witt und von meinem Fraktionsfreunde Dr. Schofer vorgetragen worden. Was mich insbesondere veranlaßt hat, heute zu der Frage das Wort zu ergreifen, das sind 2 Punkte, die mir besonders nahe gehen. Es sind einmal die letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Gothein und dann ein Vorkommnis aus neuester Zeit, das ein wirkliches praktisches Vorhandeln. Der Herr Kollege Dr. Gothein hat in seinen letzten Ausführungen sich kurz hinweggesetzt über die verschiedenen Beschwerden, die gerade von der linken Seite, aber auch von unserer Seite eingehend begründet und substantiiert worden sind, mit einer sogenannten eleganten Sandbewegung, die ich zwar bei einem Nichtwissenschaftler verstehe, die ich aber nicht habe verstehen können bei einem ordentlichen Universitätsprofessor, dem eine Reihe von substantiierten Beschwerden vorgetragen werden. Er hat sich aber damit nicht begnügt, sondern er hat, offenbar mit einer gewissen Absicht, eine unwahre Bosheit vorgetragen gegen meinen Fraktionsfreund Dr. Schofer, die der Herr Präsident wohl überhört haben wird, die ich aber von meiner Seite aus unter keinen Umständen vorüber gehen lassen kann. Er hat behauptet, Herr Dr. Schofer habe ein Zitat gefälscht und diese Fälschung mit einer Art Taschenspielerkunststück umgeformt. Ich habe mir nach beiden Richtungen die Auskunft geben lassen, und ich habe gesurden, daß Herr Dr. Schofer nahezu wörtlich das zitiert hat, was der Herr Abg. Dr. Gothein hier vorgetragen hat. Er hat nämlich erklärt, welches die Grundsätze der christlichen Metaphysik sind, wo sie ihre Grenze hat, und er hat weiter erklärt, daß noch über diese Grenze hinaus es noch ein großes Gebiet gebe, wo der Begriff des Begreifens nicht gegeben sei. Wenn der Herr Kollege Dr. Gothein kommen und dem Herrn Dr. Schofer vorwerfen will, er habe mit einer Taschenspielergeschicklichkeit diese Ausführungen umgeformt, das verstehe ich nicht. Es hat uns aber auf der anderen Seite gefreut, daß der Herr Abg. Dr. Gothein seine früheren Ausfüh-

rungen, seine Kritik über die metaphysische Denkweise in seinen letzten Ausführungen doch einer Änderung unterzogen hat. Er hat in seinen gestrigen Ausführungen ausdrücklich den Wert der Metaphysik anerkannt u. ihre Erkenntnisberechtigung; und wenn Herr Dr. Gothein das früher anerkannt hätte, dann wären die Ausführungen des Herrn Dr. Schofer nicht notwendig gewesen, und das gestrige Vorkommnis wäre unterblieben und es wäre auch am besten unterblieben.

Im übrigen hat Herr Dr. Gothein mit seinen Ausführungen eine gewisse Harmlosigkeit verbunden. Er hat uns damit zu erkennen geben wollen, als ob seitens der ordentlichen Professoren alles — und auch ausschließlich alles — im Recht sei und daß von Seiten dieser ordentlichen Professoren noch nie ein Wässerlein getrübt worden sei. Er war deswegen sehr enttäuscht, daß man die Professoren zwei Tage lang — wie er sich ausgedrückt hat — auf die Anklagebank gesetzt habe und daß dadurch eine gewisse Verbitterung in deren Reihen gebracht worden sei. Ja, wenn Sie auf der anderen Seite berücksichtigen, wie viele, nicht bloß Tage, sondern Jahre hindurch man gerade auf jener Seite nicht bloß die Katholiken, sondern auch die gläubigen Juden behandelt hat, wie man sie niemals auf eine ordentliche Professur hat kommen lassen, wie man auf der anderen Seite von jeher die Privatdozenten behandelt hat, sie lediglich unter gewissen Voraussetzungen — es ist gestern das Wort „Schwiegermutter“ gefallen — hat hochkommen lassen, dann werden Sie begreifen, daß aus den verschiedensten Seiten des Hauses, die man bisher jahrelang zurückgehalten und vergewaltigt hat, ein offenes Wort herausgeredet wird.

Und, ich sage weiter: Nicht bloß in der eigentlichen Universitätsfrage, in der Beförderungsfrage, hat sich diese Clique der Ordinarien hervorgewagt und bestimmt, wer befördert werden kann und soll, sondern man hat sich auch schon hin und wieder auf dem unpolitischen Gebiete hervorgewagt auf ein Gebiet, das die Herren Professoren von Haus aus gar nichts angeht.

Ich will diese Behauptung nicht substantiiert in die Welt hinausgehen lassen, sondern ich will Ihnen folgendes sagen: Im Mai 1899, als das Landgericht Heidelberg eröffnet wurde, ist es dem Einfluß gewisser Universitätsprofessoren zu verdanken gewesen, daß verschiedene Herren, die bereits für dieses Landgericht bestimmt waren, nicht hin versetzt worden sind (Abg. Dr. Schofer: Hört, hört!), weil nämlich die Heidelberger Herren Professoren den Wunsch ausgesprochen haben, es solle das Landgericht Heidelberg nicht zu einer „schwarzen Anstalt“ ausgestattet werden (Hört, hört! beim Centrum — Abg. Dr. Glöckner: Der Herr Kollege Dr. Zehnter war ja Landgerichtspräsident in Heidelberg!) Herr Kollege Dr. Glöckner, Herr Dr. Zehnter ist erst Präsident geworden, als Ihre Zeiten in Baden sich geändert haben! (Lebhafte Zustimmung beim Centrum). Wenn der Herr Kollege Dr. Glöckner den Herrn Kollegen Dr. Zehnter als Beweis gegen meine Behauptungen anführt, so irrt er. Es ist das nur ein Zeichen dafür, daß man auch auf jener Seite eingesehen hat, daß es unter den Landgerichtspräsidenten Leute gibt, die Tüchtiges leisten, auch wenn sie nicht von der Gunst der Universitätsprofessoren abhängen. Wenn es sich um jene Zeit gehandelt hätte, wo man von Ihrer früheren Richtung her die Allein- und Gewalttherrschaft in Baden ausgeübt hat, dann wäre, das kann ich ruhig sagen, selbst der Herr Kollege Dr. Zehnter nicht Landgerichtspräsident in Heidelberg geworden. (Lebhafte Zustimmung beim Centrum.)

Im übrigen hat der Herr Kollege Dr. Gothein in seinen Ausführungen immer und immer wieder durchblicken lassen, daß zwischen den alten Herren, den Privatdozenten und den Assistenten ein inniges Freundschaftsverhältnis bestehe, das alle umschlingt und aus dem sie immer wieder neue Kraft schöpfen würden. Wenn ich sehe, was in der Vergangenheit in der Richtung getan worden ist und was man gerade in der jetzigen Zeit scheinbar zu tun gedenkt, trotzdem jetzt bereits drei Tage lang von der Allmacht und von der Zwingherrschaft gerade der Institutdirektoren gesprochen worden ist, dann, muß ich sagen, mutet mich dieses „Freundschaftsverhältnis“ sehr sonderbar an.

Zur Zeit ist die Stelle des Chirurgen an der Universität Freiburg, die Stelle des Ordinarius, frei. Der bisherige glänzende Inhaber dieser Stelle, Herr Geh. Rat Dr. Kraske, ist zurückgetreten. Zur Zeit schweben die Verhandlungen darüber, wer Nachfolger des Geh. Rat Dr. Kraske werden soll, und, wie man aus den Zeitungen der letzten Tage gelesen hat, scheint sich die Regierung mit der Berufung des Herrn Geh. Rat Leger von Jena einverstanden zu erklären. Ich habe jeden-

falls eine dahingehende Notiz in den gestrigen Tageszettungen gefunden, wonach Herr Geh. Rat Leger vom 1. Oktober ab die Stelle des ordentlichen Professors der Chirurgie an der Universität Freiburg übernimmt. Das wäre an sich nichts Bemerkenswertes. Aber die Umstände, unter denen diese Berufung zustande kommen soll, sind doch so außerordentlich charakteristisch und beweisen so außerordentlich klar, daß das, was von der Linken und von unserer Seite vorgetragen worden ist, der Wahrheit entspricht, wenn man am besten den Fall ganz einfach objektiv vorträgt. Die Verhandlungen mit Herrn Geh. Rat Leger in Jena werden unter folgenden Gesichtspunkten bisher geführt. Ich bemerke, ich bin darüber von einer Seite orientiert worden, von der ich annehmen kann, daß meine Informationen wohl immer das Richtige treffen werden.

Geh. Rat Leger hat seine Berufung nach Freiburg im wesentlichen von zwei Punkten abhängig gemacht: Er hat verlangt: daß er seine vier Assistenten, darunter zwei Privatdozenten, von Jena nach Freiburg mit übernimmt und daß diese beiden Privatdozenten ohne weiteres in den Lehrkörper der Universität Freiburg eintreten werden. (Abg. Dr. Schofer: Er soll die ganze Universität mitbringen!) Ja, besser wäre es gewesen. Nun würde auch das noch nicht das Schlimmste sein. Aber, Professor Leger verlangt daß für diese Herren — darunter zwei Privatdozenten — vier Assistenten, die jetzt an der chirurgischen Klinik in Freiburg vorhanden sind, auf 1. Oktober d. J. entlassen werden (Hört hört! rechts und beim Centrum), und unter diesen vier Assistenten sind drei oder gar alle vier badische Landesländer. (Abg. Wiedemann: Baden den Badenern!) Ich muß sagen, ich finde ein solches Verlangen geradezu unerhört. Es hat mich außerordentlich sympathisch berührt, daß der bisherige glänzende Vertreter dieses Faches, Herr Rat Kraske in Freiburg, es aus angeborenem Taft abgelehnt hat, die vier Herren auf 1. Oktober dieses Jahres zu entlassen. Ob aber damit die Sache abgetan ist, oder ob die Assistenten nicht etwa doch gemäß dem Wunsche des Herrn Geh. Rat Leger übernommen werden, das soll uns die Zukunft zeigen. (Abg. Spang: Natürlich kommen sie, das ist doch klar!). Wir wollen das Beste hoffen! Ich denke, die Regierung wird aus der heutigen Aussprache — es kommt noch mehr — die nötigen Informationen schon mitnehmen.

Herr Geh. Rat Leger macht die Übernahme des Freiburger Lehrstuhls von der weiteren merkwürdigen Bedingung abhängig, daß seine Operationschwester von Jena, die an ihn gewöhnt sei und die ihm schon eine Reihe von Jahren beim Operieren hilft, nach Freiburg mitübernommen wird. Die Folge dieses Verlangens würde die sein, daß die bisherigen barmherzigen Schwestern, die bei der chirurgischen Klinik in Freiburg schon seit Jahrzehnten assistiert haben, in ihrem Wert und in ihrer Achtung heruntergedrückt und durch eine neu ankommende Laienschwester ersetzt werden würden.

Wenn Sie wissen, welcher Hochachtung, welcher Anerkennung und Wertschätzung sich die barmherzigen Schwestern der chirurgischen Abteilung in Freiburg erfreuen, nicht bloß bei den Patienten, sondern auch bei den Professoren selbst, und wenn ich Ihnen weiter sage, daß diese barmherzigen Schwestern um den Sündenlohn von 120, 140 und höchstens 160 Mark pro Jahr diese Arbeit übernommen haben, (Abg. Dr. Schofer: Hört, hört!), so müssen Sie mir zugeben, es wäre unerhört, wenn unsere badische Regierung einem derartigen Verlangen nachgeben würde (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). Ich muß sagen: Nicht bloß in unseren Reihen, sondern weit über unsere politischen und konfessionellen Kreise hinaus würde man ein derartiges Gebaren einer badischen Regierung nicht verzeihen. (Lebhafte Zustimmung beim Centrum.)

Nun möchte ich noch auf die vier Assistenten zurückkommen. Die tatsächlichen Vorgänge habe ich auseinandergesetzt, und es ist mir bereits entgegengehalten worden, es sei von jeher üblich gewesen, daß Universitätsprofessoren ihre Assistenten mitbringen. Nun mag das richtig sein, ich gebe das ohne weiteres zu, ich habe das nicht nachprüfen können. Wenn aber einmal ein alter Popf sich über Jahrzehnte hinaus hat mitschleppen lassen und wenn nun, wie jetzt, andere Zeiten kommen, dann siehe ich auf dem Standpunkte, zu erklären: Jetzt muß dieser alte Popf aus unserem badischen Universitätswesen einmal verschwinden! (Zustimmung beim Centrum.)

Es ist mir weiter gesagt worden — und ich muß deswegen eine Frage an die Regierung richten — die Verhandlungen zwischen Geh. Rat Dr. Leger und der Regierung seien dem Abschluß nahe, und die Regierung soll dem Herrn Geh. Rat Leger gestattet haben, daß er seine vier Assistenten und daß er diese Operationschwester mit nach Freiburg nimmt. Ich möchte die Regierung ausdrücklich darüber gefragt haben,

ob diese mir von glaubwürdiger Seite zugegangene Mitteilung richtig ist oder wie sich die Sache verhält. Ich muß von vorn herein erklären: Wenn die Regierung eine derartige Zusage gemacht haben sollte, dann müßte ich mein tiefstes Befremden aussprechen. (Lebhafte Zustimmung beim Zentrum.) Denn ich verlange und erwarte von einer Regierung, daß sie hier, wo es sich um badische Landesländer handelt, — die zu verdrängenden vier Assistenten sind badische Landesländer — die Rechte der Badener wahr und nicht etwa einem unberechtigten Verlangen eines Nichtbadeners, der durch das Entgegenkommen der badischen Regierung zu uns hereinkommt, in dieser Weise nachgibt.

Wir haben bisher stets das Universitätsbudget bewilligt; wir haben deswegen auch uns herausgenommen, diese Kritik zu üben. Wir verlangen, daß bei derartigen Verurteilungen solche Vorkommnisse, wie sie mir jetzt glaubwürdig mitgeteilt worden sind, sich nicht wiederholen, und wir verlangen ferner, daß diese Verdrängung der badischen Schwestern, die man auch nicht bloß bei uns, sondern auch bei Andersdenkenden, mit einem ganz anderen Auge betrachtet, nicht zur Wirklichkeit wird (Sehr gut! beim Zentrum). Es ist bedauerlich, daß wir haben darauf zurückkommen müssen. Aber es war dringend notwendig, um der Regierung, einmal zu zeigen, was wir uns in Baden bieten lassen und wie weit wir nicht mehr mitgehen. Es war bedauerlich, daß wir diese Vorgänge haben streifen müssen und daß die Regierung das Entgegenkommen, von dem sie uns bisher gesprochen hat, tatsächlich nicht zeigt. Wenn aber die Regierung diese Vorkommnisse prüft und wenn das Volk in Baden durch die heutige öffentliche Auseinandersetzung hört, wie da unter der Decke gearbeitet wird, erweist sich das Verlangen, das wir von unserer Seite gestellt haben, als dringendes Erfordernis, die Reform der Universitäten so bald wie möglich und mit der nötigen Gründlichkeit vorzunehmen und sie zur Kenntnis und Billigung des Landtags zu bringen (Beifall beim Zentrum).

## II. Vizepräsident Muser:

Der Herr Redner hat vorhin gesagt, der Herr Kollege Dr. Gothein habe dem Herrn Kollegen Dr. Schöpfer gegenüber eine „unwahre Bosheit“ verübt (Abg. Straub: Ja!). Dieser Ausdruck ist geeignet, die subjektive Wahrheitsliebe des Herrn Dr. Gothein in Zweifel zu setzen. (Abg. Straub: Es war objektiv gemeint!). Wenn es objektiv gemeint war, kann ich nichts dagegen sagen, sonst hätte ich den Ausdruck als unzulässig zurückweisen müssen.

## Minister für Kultus und Unterricht Hummel:

Bei der Erwiderung, die ich auf die Ausführungen des Herrn Interpellanten gemacht habe, habe ich mich einer großen Zurückhaltung befleißigt und so schlicht und so einfach, als es möglich war, zu erwidern versucht. Ich war damals der Meinung, daß es nicht zweckmäßig sei, die gesamte Frage der Universitätsreform in diesem Augenblick hier aufzurollen, in einem Augenblick der unübersichtlicher ist als irgend einer, der jemals in der Weltgeschichte vorhanden war. Der Verlauf der Diskussion hat mich von meiner Meinung nicht abgebracht, daß es unmöglich sei, heute über die Reform der Universitäten in irgend einer Weise ein abschließendes Urteil zu fällen.

Die Zukunft unserer Hochschulen ist außerordentlich unsicher, unsicher nicht nur im Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten betrachtet, sondern auch im Zusammenhang mit der Frage, welche Entwicklung unser gesamtes Bildungswesen überhaupt nehmen wird und welche Stellung die Hochschulen im Rahmen des gesamten Bildungswesens einnehmen werden. Ich bin deshalb der Meinung, daß wie in allen Fragen des Bildungswesens, auch in der Frage der Hochschulreform einige zeitliche Zurückhaltung zweckmäßig und der Sache förderlich wäre. Es ist ja nicht so, daß die Reformvorschläge mit dem, was wir in diesem Saale gehört haben, und mit dem, was uns aus Broschüren hier verlesen worden ist, etwa erschöpft wären. Die Reformvorschläge auf dem Gebiete des Hochschulwesens sind zahllos wie der Sand am Meer, und nur ein geringer Bruchteil von dem, was in der Literatur und Öffentlichkeit an solchen Vorschlägen vorhanden ist, ist hier vorgetragen worden. Es ist fast unmöglich, im Augenblick eine vollständige Übersicht über das zu geben, was auf dem Gebiete des Universitätswesens gewünscht wird, was wirklich reformbedürftig ist und nach welcher Richtung hin die Reformen zu gehen haben. Die Vorschläge sind auch zum großen Teil außerordentlich widerspruchsvoll, und es wird schon aus dem Grunde notwendig sein, daß man sich sehr vorsichtig und sehr

zurückhaltend zum einzelnen äußert. Es handelt sich doch auch um ein hohes Gut, das hier zu wahren ist, um das Weiterleben des gesamten deutschen Geisteslebens in seinen Führern. Es handelt sich um Einrichtungen, die zu den ältesten Selbstverwaltungskörpern der Welt gehören und ich stehe nach wie vor trotz dem hier Vorgetragenen auf dem Standpunkte, daß man den Versuch machen muß, Reformen von Selbstverwaltungskörpern mit diesen Selbstverwaltungskörpern selbst im einzelnen durchzuführen.

Ich erkenne es durchaus an, daß eine Reformbedürftigkeit vorhanden ist. Ich bin auch durchaus entschlossen, allen Forderungen der Billigkeit, wie sie hier geäußert worden sind, zur Ausführung zu verhelfen. Ich glaube, daß niemand in diesem Saale ist, der mehr als ich erkannt hat, daß wie an einer Reform unseres gesamten Schulwesens auch an eine Reform unseres Hochschulwesens gegangen werden muß. Aber das Bild, das hier in diesem Saale von unseren Hochschulen gemalt worden ist, war schwarz in schwarz; ich bin nicht der Meinung, daß das Bild, das hier entworfen worden ist, ein gerechtes Abbild der Zustände auf den Universitäten und Hochschulen wäre. Wenn die Dinge, ohne irgend ein Licht wären, wie sie hier gemalt worden sind, dann würden sie in einem jähren Gegensatz stehen, zu den unvergleichlichen wissenschaftlichen und erzieherischen Leistungen, die unsere Universitäten und Hochschulen in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten und bis in die letzten Jahrzehnte hinein in Deutschland erzielt haben.

In den Universitäten sind hier Träger von Namen angegriffen worden ohne irgend welches Licht und irgend welches Lob, die meine Mitarbeiter sind. Ich glaube, so wie die Diskussion sich bis jetzt entwickelt hat, kann sie nicht abschließen, wenn nicht ein Unrecht an diesen Männern geschehen soll. Es geht meines Erachtens nicht an, daß man die Universitäten als Einzelercheinung aus den Einrichtungen des alten Staates hier herausgreift und sie isoliert unter den Verhältnissen der Vergangenheit beleuchtet. Wenn wir die deutschen Universitäten und Hochschulen im Rahmen der übrigen Staatseinrichtungen des alten Systems betrachten, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß sie noch die glänzendsten der Einrichtungen waren, die im alten Staat vorhanden waren. Und wenn man dazu übergeht, um eine Reihe von Einzelfällen herbeizuholen bis aus dem Jahre 1899, um mir einen Nachschuß zu präferieren, den ich wiedergutmachen soll, so muß ich gestehen: Unter diesen Umständen können wir meines Erachtens fruchtbare Arbeit für die Hochschulreform und für die Weiterbildung der Universitäten nicht leisten. Die Tatsache der gewaltigen wissenschaftlichen und erzieherischen Leistungen, die unsere Universitäten erzielt haben, ist meines Erachtens nicht verträglich mit der Verallgemeinerung von Mängeln, wie sie hier in diesem hohen Hause geschehen ist. Was sich hier abgespielt hat, das war ein Autodafé der Universitäten und Hochschulen, und ich kann in vollem Umfang das hier Vorgetragene nicht unwidersprochen hinausgehen lassen. Meine Begriffe von Ritterlichkeit würden sich nicht damit vertragen, daß ich alles unwidersprochen ließe, was hier vorgetragen worden ist. Die badischen Hochschulen würden es mir nicht verzeihen, wenn ich diese Verallgemeinerungen, wie sie hier vorgetragen worden sind, zulassen würde (Zuruf beim Zentrum: Das glaube ich!).

Es sind eine ganze Zahl von rückliegenden Einzelfällen bei Verurteilungen hier im hohen Hause erwähnt worden; sie sind z. T. mit Namen genannt worden. Ich will diese rückliegenden Fälle, für die ich ja selbstverständlich die Verantwortung nicht zu tragen habe, hier des weiteren nicht erörtern, weil das zu außerordentlich fruchtlosen Erörterungen führen würde. Ich möchte aber doch bitten, von der Gelegenheit, die ich gern gewähre, Akteneinsicht in diese Fälle zu nehmen, Gebrauch zu machen. Ich glaube, daß, wenn die Herren an der Hand der Akten die Fälle eingehend betrachten würden, sie zu einer erheblichen Milderung des Urteils in dem und jenem Fall gelangen würden. Ich meine, die Bereitwilligkeit, mit der ich die Möglichkeit, die Akten einzusehen, darzulegen, daß doch alles nicht so sehr im Argen liegt, wie es nach den Reden hier scheinen möchte. Fälle, die mir besonders nicht genannt worden sind, kann ich naturgemäß auch nicht durchprüfen. Aber ein allgemeines Urteil über die Praxis bei den Verurteilungen kann man doch haben, wenn man sich einen Überblick über diese Praxis an der Hand der Akten zu verschaffen sucht, und ich glaube, es war ganz interessant, das Urteil des Herrn Abg. und früheren Unterrichtsministers Stockinger über die Praxis bei Verurteilungen hier in diesem hohen Hause zu hören. Er, der wie ich Gelegenheit gehabt hat, in die Praxis

wirklich objektiv hinzuzusehen, hat sich doch entschlossen, es hier auszusprechen, daß mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit im wesentlichen bei diesen Berufungen vorgegangen wird. Aus Gründen der Gerechtigkeit bin ich genötigt, mich dem Urteil des Herrn Kollegen Stöckinger im vollen Umfange anzuschließen. Ich bin sehr gerne bereit, und wiederhole das hier noch einmal, in jedem Falle, in dem Bedenken auf diesem Gebiete bestehen, durch Gelegenheit, die wirklichen Vorgänge einzusehen, die Möglichkeit zu verschaffen, ein objektives Urteil zu bilden. Man kann auf dem Standpunkt stehen, den ich einnehme in Bezug auf das Gesamturteil über unsere Universitäten und Hochschulen und kann doch zugeben, was ich durchaus zugebe, daß in der Vergangenheit Fälle vorgekommen sind, in denen politische und religiöse Richtungen in Deutschland nicht im erwünschten Maße zur Geltung gelangt sind. Diese Tatsache ist durchaus offenbar und wird auch von mir empfunden. Aber ich möchte es doch nicht billigen, daß allgemeine Erscheinungen der Vergangenheit zum Gegenstand heftiger Angriffe in der Gegenwart gemacht werden. Ich habe die Pflicht, mit den Hochschulen und Universitäten und ihren Professoren zusammen zu arbeiten, und ich leite daraus auch die Pflicht ab, sie zu schützen gegen Verallgemeinerungen von Einzelercheinungen, wie sie vorgetragen worden sind. Ich halte es auch nicht für zweckmäßig, daß wir, wenn wir an die Reform des Hochschulwesens herantreten wollen, uns allzusehr mit der Vergangenheit beschäftigen. Ich bin der Meinung, das wesentliche ist doch die Zukunft (Sehr gut! bei den Demokraten). Wir lesen in unserer Presse und hören in den Versammlungen täglich, man solle es unterlassen, in Bezug auf die Ursache des Kriegs und die vergangene deutsche Politik in der Vergangenheit herumzugraben, und man solle in die Zukunft blicken und vorwärtsschreiten. Ich möchte diese durchaus berechtigte Mahnung auch anwenden auf den Fall, der hier bei uns zur Diskussion steht. Das eine kann ich zugeben, daß, solange ich die Ehre haben werde, an dieser Stelle zu stehen, Dinge, wie sie hier vorgetragen worden sind in Bezug auf die Zurücksetzung von Weltanschauungen und von Schulen, von politischer Gesinnung sich nicht ereignen werden (Bravo! beim Zentrum). Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, der der Auffassung entspricht, wie sie in dem Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck kommen soll, der Auffassung, daß die Weltanschauungen und die politischen Richtungen paritätisch zu behandeln sind bei der Besetzung der akademischen Lehrstühle. Zudem ich diesen Grundsatz ausspreche und zusagen kann, daß ich alles tun werde, um ihn in der Zukunft durchzusetzen, kann ich aber auch das Bedenken nicht verhehlen, daß die Fassung des sozialdemokratischen Antrags dem Gedanken eine Auslegung gibt, die ich nicht akzeptieren kann, wie ich in meiner ersten Rede schon gesagt habe. Ich kann den Standpunkt nicht akzeptieren, daß grundsätzlich die Pflicht geschaffen werden soll, jeden Lehrstuhl zahlenmäßig mehrfach nach Anzahl der vorhandenen Weltanschauungen zu besetzen, und so lange mir der sozialdemokratische Antrag diese Deutung enthält, kann ich mich ihm seinem Wortlaut nach nicht anschließen, wenn ich auch zugeben kann, daß das was er will, eine paritätische Behandlung der Weltanschauungen bei der Besetzung der Lehrstühle von mir durchaus gebilligt wird. Wenn mir in einem Einzelfalle gezeigt würde, daß die Gefahr droht, daß jemand wegen seiner Weltanschauung oder seiner politischen Gesinnung zurückgesetzt wird oder daß er in der Tat zurückgesetzt worden ist, so würde ich nicht anstehen, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß hier Abhilfe getroffen wird.

Aber nicht alle Fälle liegen so einfach, wie sie in dem Augenblick, in dem sie erwähnt werden, zu liegen scheinen. Nicht alle Fälle politischer Maßregelung liegen so, wie der, welcher behauptet, gemahregelt worden zu sein, sie schildert. Ich will, da keine Namen genannt worden sind, auf die Besprechung der Einzelfälle, die bezeichnet worden sind, nicht weiterhin eingehen. Ich will nur erklären, daß einer der Fälle mir von neuem vorgelegt worden ist und daß ich ihn prüfen werde. Aber das kann ich jetzt schon sagen, so flagrant ist die politische Maßregelung bei der Vorlage der Alten doch nicht, daß ich ohne weiteres und ohne nähere Prüfung zu dem Urteil kommen würde, das hier auch über diesen Fall ausgesprochen worden ist. Ich meine also, politische Maßregelungen können auch an Universitäten vorgekommen sein, so wie sie in allen Einrichtungen des alten Staates vorgekommen sind und so, wie ich fürchte, wie sich auch in Zukunft der und jener Fall in der Welt und in Deutschland ereignen kann. Es ist nur dafür zu sorgen, daß dort, wo die Möglichkeit besteht, Abhilfe im Einzelfalle getroffen wird, und daß allgemeine Garantien dafür geschaffen werden, daß nur unier

mißbräuchlicher Benutzung der staatlichen Einrichtungen ver-artigtes passieren kann.

Ich bin genötigt, auch noch auf eine Reihe von einzelnen Forderungen einzugehen, die im Laufe der Diskussion hier erhoben worden sind. Es ist von einer Seite angeregt worden, um die wirtschaftliche Lage der Extraordinarien zu heben, an eine Erhöhung der Lehrauftrags-honorare heranzutreten. Es ist von einer anderen Seite gesagt worden, es sei nichts bisher geschehen. Es ist wie in dieser Frage so auch in einer ganz großen Zahl von anderen Fällen eben trotzdem von uns schon längst etwas geschehen. Wir sind auch schon an die Erhöhung der Lehrauftrags-honorare herangetreten, und es war eine der ersten Maßnahmen, die ich nach Antritt meines Amtes getroffen habe, die Erhöhung der Lehrauftrags-honorare an den Universitäten etwa gleichzeitig mit der Erhöhung der Überstundengebühren für die Lehrer an den Gewerbeschulen und an den höheren Lehranstalten durchzuführen. Also etwas geschieht immer, und was diese Frage betrifft, so ist sie praktisch inzwischen schon durchgeführt. Es ist aber der drängenden Ungeduld der Zeit in diesen Tagen außerordentlich schwer Rechnung zu tragen. Alles geht nicht rasch genug.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auf eine Erscheinung hinweisen, die die Universitätsdebatte nicht unmittelbar betrifft. Ich habe vorhin von der Erhöhung der Überstundenvergütung für die Lehrer an höheren Lehranstalten und Gewerbeschulen gesprochen. Eine gleichzeitige Erhöhung der Überstundenvergütung für die Volksschullehrer hat nicht stattgefunden. Es ist nun sehr bezeichnend für die psychologische Verfassung der Menschen unserer Zeit, daß, statt den Fall zu untersuchen, sofort die in der letzten Zeit so oft herbegehobene allgemeine Entrüstung durch den Volksschullehrerstand ging, daß für sie nichts geschehen sei. Man hat sich nicht die Mühe genommen, die rechtliche Lage zu untersuchen. Man hat sich nicht die Mühe genommen, festzustellen, daß die Erhöhung der Überstundenvergütung für die Lehrer an höheren Lehranstalten und Gewerbeschulen zwar durch Verordnung geschehen kann, daß aber die Erhöhung der Überstundenvergütung für die Volksschullehrer nur durch eine Änderung des Schulgesetzes geschehen kann. Wir haben im selben Augenblick, in dem wir die Überstundenvergütung der anderen erhöht haben, auch sofort eine Gesetzesnovelle zum Schulgesetz vorbereitet, und sie wird dieser Tage unterbreitet werden, um den Volksschullehrern auf diesem Gebiete gerecht zu werden. Aber die kurze Zwischenzeit, die notwendig war, um das zu erreichen, was erreicht werden muß, hat schon genügt, um gegen die Unterrichtsverwaltung die lebhaftesten Angriffe in der Öffentlichkeit zu erheben. Es bedarf also eines ziemlich dicken Felles und der Ruhe des alten Kriegers, um in diesen schweren Zeiten auch als Unterrichtsminister nicht nervös zu werden (Abg. Dr. Schöfer: Sehr richtig!).

Einer der Herren Diskussionsredner hat dann den Vorschlag gemacht, die Studienhonorare nach der Steuerleistung der Eltern in Baden zu erheben, ein Vorschlag, der aus der Literatur mir auch schon seit längerer Zeit bekannt ist, der aber natürlich nur durchgeführt werden kann, wenn er nicht nur gleichmäßig für Deutschland durchgeführt wird, sondern wenn auch die steuerlichen Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gleich liegen. Nur dann, kann natürlich die Erhebung der Studienhonorare nach der Steuerleistung eine gleichmäßige Verteilung der Lasten bilden, womit ich für meine Person aber nicht gesagt haben will, daß ich der Ansicht bin, daß man zu diesem Verfahren schreiten sollte.

Derselbe Herr Diskussionsredner war dann der Meinung, daß durch unsere Maßnahmen, für einen gewissen Ausgleich der Bezüge der Universitätsprofessoren dadurch zu sorgen sei, daß wir aus dem Überschuß der Kollegelder einen Fonds anlegen, etwa die Zustände entstehen könnten, wie sie unter dem Althoff'schen Dispositionsfonds in Preußen bestanden haben. Die Gefahr wird zunächst nicht drohen, denn die Maßnahme ist noch zu jung, um hier erhebliche Summen anzusammeln. Wir denken aber auch nicht daran, diese Summe in der Weise zu verwalten, wie das durch Althoff geschehen ist, sondern sie im Gegenteil einmal dazu zu verwenden die Aueren der Institute zu erhöhen und dann die Bezüge der minderbezahlten Universitätsdozenten zu bessern und nicht etwa sie zu benutzen, um damit große Universitätsstars herbeizuholen.

Auch ein anderer Vorschlag, der hier gemacht worden ist, daß Ordinarien die Einnahmen aus Vorlesungen, an denen die Assistenten in hervorragendem Maße beteiligt sind mit diesen Assistenten teilen, ist zum Teil in Einzelfällen schon

in die Praxis umgesetzt und ich stehe nicht an, es für eine außerordentlich zweckmäßige und billige Maßnahme zu erklären.

Ich muß aber im Zusammenhang mit diesen Fragen nochmals auf die mehrfach genannten 100 000 Mark-Gehälter hier zurückkommen, und ich kann mich immer noch nicht zu dem Standpunkt aufschwingen, daß es eine billige Maßnahme wäre, einem Minister an den Universitäten, der ein ausgezeichnete Arzt ist, die Einnahmen aus seiner Privatpraxis zu beschneiden in einem Augenblick, in dem die Direktoren großer städtischer Krankenhäuser und großer Privatkrankehäuser, Fabrikdirektoren beratende Einnahmen aus ihrer halb privaten und halb amtlichen Tätigkeit erzielen. Ich halte es auch nicht für angebracht diese 100 000 Mark-Bezüge, die manche Universitätsprofessoren, aber nicht aus Gehältern und Kollegialgebern, sondern aus privater Tätigkeit haben, im Zusammenhang mit den Gehältern der Universitätsprofessoren in ganzen zu nennen. Es gibt auch Universitätsprofessoren mit 100 000 M. Gehalt, die einen außerordentlich erwünschten Gebrauch von diesen hohen Bezügen machen. Ich erinnere mich an einen Fall, in dem einer dieser Minister nicht nur auf seinen regulären Professorengelalt verzichtet hat, sondern in dem er auch einige 100 000 M. seiner Bezüge dazu verwendet hat, eine großzügige Stiftung für Universitätszwecke zu machen. Es ist gerecht und billig, wenn man neben dem, was hier gesagt worden ist auch solche Einzelfälle auführt, um ein Bild der Wirklichkeit zu erzielen, und nicht ein Bild, das rein schwarz in schwarz gefärbt ist. Ich glaube man macht sich überhaupt ein falsches Bild von den Gehältern der Universitätsprofessoren. Die festen Gehälter, die bezahlt werden, schwanken zwischen außerordentlich nahe beieinander stehenden Grenzen. Ich habe im Augenblick hier nur eine Zusammenstellung in Händen, in welcher die Durchschnittsgehälter der Professoren an den badischen Hochschulen aufgeführt sind. Demnach waren im Jahre 1900 die Durchschnittsgehälter der ordentlichen Professoren in Baden 5685 M., der etatmäßigen außerordentlichen 3035 M., im Jahre 1910 die der ordentlichen Professoren 6341 M., die der etatmäßigen außerordentlichen 3317 M., im Jahre 1919 die der ordentlichen 6612 M. und die der außerordentlichen 3334 M. wobei meiner Erinnerung nach die Gehälter schwanken in Beträgen von 3000 bis 9000 M. Es läßt sich also, glaube ich, die Behauptung nicht rechtfertigen, daß die Universitätsprofessoren, auch die Zahlen absolut genommen, aus Gehältern allzu hohe Einnahmen beziehen.

Es ist dann von einem der Diskussionsredner meine Mitteilung, daß an den Universitäten Maßnahmen in der Durchführung begriffen seien, durch welche auch die Extranarrarien zu den Promotionen beigezogen werden, in Zweifel gezogen worden. Ich kann mir wiederholen, daß sowohl in Heidelberg als in Freiburg im Rahmen der Universitäten derartige Verhandlungen entweder kurz vor dem Abschluß stehen oder schon zum Abschluß gelangt sind.

Es ist auch durchaus zweckmäßig und durchführbar, daß man in höherem Maße, als das bisher der Fall war, etatmäßige Assistentenstellen schafft. Aber ich möchte doch zu erwägen geben, ob es nicht auch im finanziellen Interesse liegt, das nur in Einzelfällen zu machen. Aber auch hier liegt wieder eine Frage vor, die mit der finanziellen Lage des Staates zusammenhängt.

Die Universitätsinstitute sind wiederholt hier einer scharfen Kritik unterzogen und es sind Vorschläge gemacht worden, nach welcher Richtung sich eine Reform der Universitätsinstitutionsordnung zu vollziehen habe. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß Garantien dafür geschaffen werden müssen, daß die Benutzung der Einrichtungen und Institute der Universitäten jungen Forschern möglich gemacht wird, und ich bin dankbar dafür, wenn mir Einzelfälle mitgeteilt werden, in welchen Leiter von Universitätsinstituten den jungen Forschern, den Assistenten und Privatdozenten, die Benutzung nicht möglich machten. Ich glaube, es werden sich Mittel und Wege finden, um das abzustellen. Aber ich kann doch nicht dazu übergehen, nun die gesamten Einrichtungen der Universitätsinstitute zu jeder beliebigen freien Benutzung freizugeben. Schließlich muß natürlich Einer für das Institut, für seine Einrichtung und für das Inventar verantwortlich sein, und daß das in letzter Linie der Direktor, der Leiter des Instituts sein muß, das scheint mir doch selbstverständlich zu sein, — so selbstverständlich es mir dann auf der anderen Seite wieder zu sein scheint, daß dafür gesorgt werden muß, die freie Forscher- und Lehrertätigkeit der Privat-

dozenten und der außerordentlichen Professoren im Rahmen des Instituts zu sichern.

In wie weit sich bei den Beamten und bei der Arbeiterschaft der Universitäten der Achtstunden tag vollkommen zur Durchführung bringen läßt, vermag ich im Augenblick nicht zu übersehen. Aber bei der ganzen Art des Universitätsbetriebs, bei der Art und Weise des Vorlesungsbetriebs und des Betriebes in den Kliniken und in den Instituten wird es doch mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein.

Nun bin ich aber doch durch eine andere Mäße, die hier vorgetragen worden ist, in eine geradezu groteske Lage geraten und das war die Mäße, die ich auch als gegen die badischen Hochschulen gerichtet angesehen habe, als ob an ihnen der Antisemitismus in einem Maße vorhanden sei, das nicht gebilligt werden könne. Ich bin deshalb, wie ich vorhin sagte, dadurch in eine groteske Lage geraten, weil ich nach der gegenteiligen Richtung hin in der letzten Zeit außerordentlich scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen bin. Man hat sich bei mir von einer Universität her lebhaft gegen eine zu starke Berücksichtigung der Juden beklagt. So sehe ich mich nun in der Lage, mich gegen zwei Seiten hin zu wehren (Abg. Dr. Leser: Ich habe keinen Angriff gegen die badischen Hochschulen gerichtet!). Ja, wenn der Herr Abg. Dr. Leser die Unterbringung der Straßburger Professoren und die Unmöglichkeit, sie unterzubringen, mit antisemitischen Tendenzen in Zusammenhang gebracht hat, sehe ich mich genötigt, das auch als einen Vorwurf auf die badischen Hochschulen zu beziehen, denn auch sie sind mit dieser Frage befaßt. Und ich kann nur erklären, daß ich diesen Vorwurf aufs schärfste zurückweisen muß (Sehr richtig! Sehr gut!), daß wir in irgend einer Weise bei der Unterbringung der Straßburger Universitätsprofessoren uns von anderen als sachlichen Gesichtspunkten und von dem Wunsche haben leiten lassen, diese verfolgten Männer unterzubringen, die für ihr Vaterland zu leiden hatten (Abg. Dr. Leser: Andererseits ist das nicht geschehen!). Ich habe für Universitäten und technische Hochschulen anderer Staaten als des badischen hier die Verantwortung nicht zu tragen. Wenn aber ein derartiger Vorwurf im Zusammenhang mit einer Universitätsdebatte, welche die badischen Hochschulen betrifft, erhoben wird, so muß ich ihn auf sie beziehen und habe die Pflicht, ihn auch zurückzuweisen, wenn gar keinerlei Grundlage oder nicht mehr dafür gegeben wird, als das hier geschehen ist. Ich kann nur erklären, daß, was dann den Vorwurf antisemitischer Bestrebungen an den Universitäten im Ganzen betrifft, soweit die Berufungsfrage in Betracht kommt, jedenfalls an badischen Hochschulen kein Grund zu einer Klage auf diesem Gebiete vorhanden ist, wie die Praxis der allerjüngsten Zeit ergeben hat.

Eine gewisse Rolle in der Diskussion hier hat auch die Frage des Studentenlebens gespielt. Ich bin geneigt, das studentische Leben mit außerordentlicher Nachsicht zu betrachten und ich steige gern in die eigene Brust, wenn ich an das akademische Leben denke, und bin dann noch nachsichtiger, als ich von Hause aus veranlagt bin (Sehr gut!). Ich habe viel Verständnis für die Ausführungen, die hier der Herr Abg. Dr. Soldermann gemacht hat, und ich habe auch viel Verständnis für das, was hier der Herr Abg. Dr. Schofer ausgesprochen hat; ich glaube, auch er ist geneigt, die akademische Frömmlichkeit mit großer Nachsicht zu betrachten (Abg. Dr. Schofer: Oh ja, für die akademische Frömmlichkeit volle Freiheit!). Es sind aber dann bestimmte Seiten des studentischen Lebens hier einer scharfen Kritik unterzogen worden: Das Farbentragen und das Mensurwesen (Abg. Dr. Schofer: Das Farbentragen von mir nicht scharf!). Der Herr Abg. Dr. Schofer — ich konstatiere das, ich habe das auch wohl beobachtet — hat das Farbentragen aus dem Rahmen derjenigen Seiten des akademischen Lebens ausgeschieden, die einer Kritik zu unterziehen sind; von anderer Seite ist aber auch das Farbentragen einer scharfen Kritik unterzogen worden und von mehreren Seiten das Mensurwesen.

Der Zweikampf ist nach unseren Strafgesetzen untersagt, und wenn auf diesem Gebiete nicht genügend geschieht, so ist zunächst nicht der Unterrichtsminister in der Lage, Abhilfe zu treffen, sondern der Herr Justizminister, und wenn nach der Seite hin irgend welche Wünsche nach einer schärferen Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, so stehe ich, falls dieser Wunsch hier im hohen Hause zum Ausdruck kommt, nicht an, ihn meinem Kollegen, dem Herrn Justizminister, zu übermitteln. Gewiß kann man verschiedener Meinung über das Mensurwesen sein; man kann auch verschiedener Meinung über das Couleurwesen sein. Aber ich habe es doch als eine gewisse Unbilligkeit betrachtet, daß man bei den vielen tadelnswerten Seiten des heutigen akademischen

Lebens gerade diese beiden alten Formen des studentischen Zusammenlebens in Deutschland herangezogen und daß man die übrigen üblen Erscheinungen, die sich zeigen, hier nicht erwähnt hat.

Wenn wir den Wunsch haben, daß das Couleurleben und das Mensurwesen der deutschen Studentenschaft durch etwas anderes ersetzt werden soll und wenn wir uns dann in anderen Ländern umsehen, was dort an der Stelle des Couleurlebens und Mensurwesens ist, — ich erinnere an das französische Studentenleben, — dann kann man geteilter Meinung sein, ob es zweckmäßig wäre, hier mit allzu scharfen Reformen vorzugehen. Ich will aber gerne anerkennen, daß das Couleurleben und Mensurwesen in einem Gegensatz zu dem Ernst der Zeit in der wir uns befinden, steht. Aber, ist es die betrübendste Erscheinung in dem Studentenleben? Ich bin der Meinung, daß die snobistische Lebensweise vieler reicher, nichtinkorporierter Studenten viel gefährlicher ist als das Couleurleben und das Mensurwesen; und ich bin der Meinung, daß die spartanische Pose gewisser akademischer Kreise viel gefährlicher für unser Volk ist, als was sich in dem Couleurleben der Studenten an unseren Universitäten abspielt (Unruhe links — Zustimmung rechts). Und wenn man schon an die kritische Betrachtung des Universitätslebens herangeht, sollte man auch nicht verkümmern, auf jene zwei außerordentlich bedauerlichen und gefährlichen Seiten in dem Leben unserer Studentenschaft mit Ernst hinzuweisen.

Gewiß sind Maßnahmen nötig, um die Studentenschaft in unseren Tagen zu Fleiß und zu Ernst anzuspornen. Sie sind nötig. Es wird aber auch der wirtschaftliche Zwang schon in der allernächsten Zeit die Studentenschaft dazu führen, die Zeit, die sie auf den Universitäten zubringt, häuslicher auszunützen. Ich glaube, es tanh einmal der Zeitpunkt kommen, in dem wir froh wären, wenn wir noch in der wirtschaftlichen Lage wären unserer Studentenschaft die harmlose Fröhllichkeit und die Formen des Zusammenlebens zu gönnen, die sie heute noch besitzt.

Im Zusammenhang mit der Lage der Studentenschaft ist dann wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, es möge etwas mehr geschehen, um der Studentenschaft zu ermöglichen sich billiger zu betätigen und es möge auf dem Gebiet der Wohnungsfrage für die Studentenschaft mehr geschehen. Ich habe in meiner ersten Antwort schon hingewiesen, daß in den letzten Jahren und besonders in der allerletzten Zeit bereits etwas geschehen ist. An den 3 Hochschulen ist zum Teil schon vor 3 Jahren, zum Teil erst im letzten Sommersemester eine Kriegersüche eingerichtet worden, eine mensa academica. Man denkt sogar in Heidelberg daran, ein besonderes Haus dafür zu kaufen, um der Studentenschaft noch mehr die Möglichkeit zu geben, sich billig zu betätigen. Man wolle daraus ersehen, daß auch auf diesem Gebiet schon einiges geschehen ist. In Freiburg, ist es, höre ich, noch nicht so weit. Aber die Bestrebung, eine solche Küche einzurichten ist auch dort im Gange. Ich höre durch den Herrn Präsidenten, daß auch in Freiburg in dieser Sache schon etwas geschehen ist.

Es ist dann im Zusammenhang der Frage der Weiterbildung der Studenten von einem der Herren Diskussionsredner die Frage nach stärkerer Betonung der Pädagogik auf unseren Universitäten gestellt worden. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die Pädagogik für unsere Zeit eine erhöhte Bedeutung besitzt, und daß wir zu einem Ausbau der Pädagogik an unseren Universitäten und Hochschulen schreiten müssen. Ob sich eine Errichtung von Fakultäten dafür empfiehlt, will ich nicht entscheiden. Notwendig aber scheint mir zu sein, daß pädagogische Institute an den Hochschulen errichtet werden, und insbesondere in einem Augenblick, wo wir dazu übergehen wollen, der Volksschullehrerschaft den Weg zur Universität zu weisen. Da müssen der Pädagogik dann in höherem Umfang als es bisher der Fall war, Pflegestätten geschaffen werden. In Heidelberg und Freiburg ist in den letzten Jahren schon verschiedenes darin geschehen und auch in Karlsruhe ist verschiedenes geplant. Ich bin fest überzeugt, daß das wichtigste an der Ausbildung unserer Lehrer, hauptsächlich der höheren Lehrer eine stärkere Betonung der Pädagogischen sein wird. In diesem Zusammenhange kann ich das Grundsätzliche der Ausführungen des Herrn Abg. Mayer nur begrüßen.

In den Erörterungen, die sich an die Besprechung der Lage der Lehramtspraktikanten geknüpft hat, ist der Wunsch ausgesprochen worden, für eine bessere Anstellungsmöglichkeit der Lehramtspraktikanten zu sorgen. Ich darf hinweisen, daß im vorliegenden Nachtrag zum Staatsvoranschlag zunächst 30 Stellen für Lehramtspraktikanten angefordert sind und wenn es die finanzielle Lage im Hauptvoranschlag er-

laubt, so werde ich dort mit einer erheblich größeren Anforderung kommen, um ein erträgliches Verhältnis zwischen den eintätigen und nichtetätigen Lehrern an höheren Anstalten herbeizuführen.

Ich glaube, Sie werden meinen Ausführungen entnommen haben, daß ich mich dem Gedanken nicht verschließe, daß noch weitergehende Reformen auf den Universitäten und den Hochschulen getroffen werden müssen. Ich glaube aber, auch die Hochschulen selbst sind dieser Überzeugung, und die Tatsache der Existenz von Reformausschüssen an den Universitäten und Hochschulen zeigt, daß man zum Mindesten diesen Gedanken nicht begraben hat. Ich erkenne die Bedeutung dieser Fragen vollkommen an und ich bin auch vollkommen entschlossen im Wesentlichen in der Richtung vorzuschreiten, wie es hier im einzelnen vorgeschlagen und gewünscht worden ist. Aber, wenn der Wunsch ausgesprochen worden ist, sehr bald auch Praktisches auf diesem Gebiet zu sehen, so muß ich demgegenüber sagen, daß ich Gründe zu einiger zeitlicher Zurückhaltung auf diesem Gebiete habe. Ich meine, wir können nicht vollkommen einseitig in Baden auf dem Gebiet der Universitätsreform vorgehen, wir müssen schon im Interesse der Konkurrenzfähigkeit mit den übrigen Bundesstaaten und ihren Universitäten für eine gewisse Gleichmäßigkeit der Einrichtungen an den Universitäten und Hochschulen besorgt sein. Ich will auf der anderen Seite auch nicht völlig über den Kopf der Hochschulen u. Universitäten hinweg solche Reformen durchführen. Es ist also notwendig, einmal mit den anderen Bundesstaaten und dem Reich eine Erörterung dieser Fragen herbeizuführen. Es ist auch abzuwarten, welche Wirkung die Neueinrichtung des Volksschulwesens und die Neueinrichtung der höheren Schulen auf das Leben der Universitäten haben wird, bevor wir hier Endgültiges und Durchgreifendes beschließen. Es wird aber wohl in der allernächsten Zeit eine Hochschulkonferenz der deutschen Staaten zusammentreten, und ich glaube, daß dort der gegebene Platz zu einer Vorbesprechung über die wichtigsten Fragen der Hochschulreform sein wird. Auf der anderen Seite, und das entspricht ja dem einmütig vorgetragenen Wunsch hier in diesem hohen Hause, müssen auch die parlamentarischen Körperschaften über diese Dinge gehört werden, ich glaube, Sie werden alle mit mir selbst der Meinung sein, daß das, was in den letzten 3 Tagen geäußert worden ist, vielleicht doch nicht abschließend ist, und daß darüber hinaus vielleicht doch noch mancher Wunsch im Parlament bestehen wird in Bezug auf unsere Hochschulen u. unsere Universitäten. Ich bin, u. das ist die grundsätzliche Antwort auf die Frage des Herrn Interpellanten, durchaus entschlossen, auf diesem Gebiet in enger Fühlung mit dem Parlament, dem Landtag vorzugehen. Ich glaube, ich habe auch gar keine andere Wahl, denn ich wüßte keinen Weg, wie der Minister heute verhindern kann, daß das Parlament denjenigen Einfluß auf die Maßnahmen der Universitäten nehmen kann, den es für notwendig hält. Ich als alter Vertreter des parlamentarischen Systems habe auch kein Interesse daran, die Einflussnahme des Parlaments zu verhindern auf alle Fragen, wo es sie wünscht, und die im Interesse der Weiterentwicklung liegt.

Das gleiche, was für eine Reform der Universitätsverfassung gilt, gilt auch für die Änderung der Institutsverfassung.

Ich darf noch in Kürze auf eine Frage zurückkommen, die in der Diskussion gestreift worden ist, das ist die Frage der Nachprüfung der *venia legendi* für die Privatdozenten. Ich halte das für eine durchaus nützliche und zweckmäßige Maßnahme, und ich glaube, man wird in der Zukunft dazu übergehen. Ob damit eine allgemeine Zufriedenheit bei den Privatdozenten geschaffen wird, das ist eine andere Frage, die ich heute noch nicht entscheiden möchte. Bei ordentlichen Professoren ist eine derartige Einrichtung nicht möglich, weil sie im Gegensatz zu den beamtenrechtlichen Verhältnissen der Ordinarien steht. Ich glaube, es wäre auch nicht wünschenswert.

Nun ist im Zusammenhang mit dem akademischen Leben und mit dem Studieneifer der Studentenschaft hier die Forderung nach neuen *Zwischengammas* auf den Universitäten und Hochschulen gestellt worden. Ich bin jetzt doch immerhin schon ein alter Schulmann und habe manches an *Gamma* erlebt. Ich kann Ihnen aber sagen, durch meine Tätigkeit als Schulmann bin ich kein größerer Freund vom *Gamma* geworden (Zustimmung bei den Demokraten). Ich bin kein Freund der *Gamma*, und wenn ich es zu tun hätte, dann würde ich manches *Gamma* abschaffen. Ich habe auch meine eigene Meinung über das Abiturientenexamen und derartige *Gamma*. Ich würde mich also nur sehr schwer dazu entschließen, neue *Gamma* einzuführen. Ich könnte mich aber damit einverstanden erklären, daß bei einer erhöhten

**Seminaritätigkeit der Studierenden, die ja durchaus wünschenswert ist, die Dozenten Gelegenheit nehmen, von Zeit zu Zeit sich durch Colloquien über den Wissensstand ihrer Schüler zu unterrichten. Das scheint mir eine zweckmäßige Maßnahme zu sein (Abg. Dr. Kraus: So war das auch gemeint, das war auch meine Anregung!).** Aber diese Frage steht ja doch auch im Zusammenhang mit der Frage der Qualität unserer wissenschaftlichen Bildung. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß wir alles tun, um die Qualität unserer wissenschaftlichen Bildung zu steigern. Und wenn einer der Herren Diskussionsredner auf die erhöhte Bedeutung des philosophischen Studiums hingewiesen hat, so kann ich nur Wort für Wort unterschreiben, was er dazu gesagt hat. Ich bin fest davon überzeugt, daß das Bedürfnis nach allgemeiner Bildung, das in unserer Zeit so dringend geworden ist, sich nicht anders erfüllen läßt als dadurch, daß man dem philosophischen Studium in allen Fakultäten eine erhöhte Bedeutung zuweist (Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!), weil ich auf dem dieser Überzeugung aus einem Besuch der Kriegsteilnehmer, die die Lehramtspraktikantenprüfung machen wollen, ihnen die allgemeine philosophische Prüfung zu erlassen, nicht stattgegeben (Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!), weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß das vielleicht der wichtigste Teil der Prüfung sein wird, angesichts der Unmöglichkeit, sich auf den einzelnen Fachgebieten während des Krieges so zu informieren, wie es notwendig gewesen wäre. Aber ich bin damit im Gegensatz zu den allgemeinen Tendenzen unserer Zeit gelangt, Tendenzen, die hin und wieder doch auch von manchem Abgeordneten unterstützt werden. Die Eltern und die Schüler und die Studenten schreiben heute nach Erleichterungen, und nur der, der Gelegenheit gehabt hat, eine Zeit lang Unterrichtsminister oder Mitglied eines Unterrichtsministeriums zu sein, kann sich ein Bild machen von der Zahl derjenigen, die heute Erleichterungen in allen möglichen Examinas, Erleichterungen in allen möglichen Schularten haben wollen (Abg. Dr. Schofer: Ein Zeichen von Niedergang!). Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte des Herrn Abg. Dr. Schofer, daß das ein Zeichen von Dekadenz ist — man kann das ganz ruhig sagen —, und daß wir auf der anderen Seite kein Interesse daran haben, uns gegenüber diesem Erlahmen der Willenskraft und der Energie entgegenkommend zu verhalten (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!).

Diese Qualitätsfrage steht aber im Zusammenhang mit der Zahl. In der Tat steht als Problem hinter all den Fragen, die hier verhandelt worden sind, ob sie die Assistenten, die Privatdozenten, die Studierenden oder irgend welche andere Gruppen von Menschen betrafen, die Tatsache der Überfüllung der gelehrten Berufe. Fast alle Einzelermittlungen, die hier auftraten, hängen in letzter Linie mit der Tatsache dieser Überfüllung zusammen, und ich habe gestern zwei sehr interessante Unterhaltungen mit alten Parlamentariern dieses hohen Hauses gehabt, in denen ich eine weitgehende Übereinstimmung unserer Meinungen über diese Frage zu meiner Freude festzustellen Gelegenheit hatte. Dabei habe ich einmal den Standpunkt vertreten gefunden, den ich durchaus billige, daß nicht eine Vermehrung der Examina notwendig ist, aber eine Verschärfung der Examina (Abg. Dr. Schofer: Bravo!). Wenn wir die Erscheinungen erfassen wollen, die hier zu so lebhaften Klagen geführt haben, müssen wir überall an der Wurzel zupacken, dürfen wir die Dinge gar nicht so weit kommen lassen, wie sie jetzt stehen, dann müssen wir, die rage de nombre abbauen, die die Leiter der Schulen, die Bürgermeister der Gemeinden und Städte und die Städte, an denen Universitäten sind, in Bezug auf den Besuch ihrer Anstalten heute noch haben, dann müssen wir den Zustrom der ungeeigneten Elemente zu den höheren Schulen verhindern und vermindern. Wir müssen dazu übergehen, schon an der Wurzel anzufangen, zu verhindern, daß in die unterste Klasse der höheren Schulen so viele Menschen sich hineindrängen, wie das jetzt der Fall ist, dadurch verhindern, daß wir eine scharfe wissenschaftliche Siebung dort unten schon stattfinden lassen. Dann wird den Privatdozenten und Assistenten das Übel erspart, erst als Privatdozent gefiebt zu werden.

Und diese Fragen stehen auch im Zusammenhang mit einer Maßnahme sozialer Art, es handelt sich gleichzeitig auch um ein soziales Problem, die anderen Berufsarten und die Bildungsweise, die zu den anderen Berufsarten führen, auch für geistig hochstehende Menschen begehrenswert zu machen. Ich habe schon einige Male dem Herrn Abg. Dr. Schofer das Beispiel seines Freundes, des verstorbenen Abg. Schüler, hier anführen hören. Ich bin mit ihm vollständig darüber einig,

daß es für unser wirtschaftliches und kulturelles Leben nur außerordentlich nützlich sein könnte, wenn mehr geistig hochstehende Menschen sich auch anderen als den gelehrten Berufen zuwenden würden und wenn wir Einrichtungen treffen könnten, die dazu führen, die Intelligenz gleichmäßig über die Berufe in Deutschland zu verbreiten. Wie außerordentlich Not würde es unserem gewerblich-kaufmännischen Mittelstande, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft tun, wenn ein Teil der Intelligenz, die oft in Amtsstuben vollkommen versauert, weil sie das akademische Studium durchgemacht hat, in den übrigen Berufsarten sich für das Volksganze nutzbar machen könnte (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut!). Hier müssen wir ansetzen, wenn wir dem Übel steuern wollen. Wenn es uns gelingt, auf diesem Gebiete weiterzuschreiten, dann wird von selbst eine Reihe von Klagen verstummen, die jetzt an den Universitäten infolge der Tatsache der Überfüllung vorhanden sind. Ich möchte nur wünschen, daß das Hohe Haus mich dabei in dem Augenblick unterstützt, wo ich hart werde bei der Durchführung der Examina (Abg. Dr. Schofer: Ich habe keine große Hoffnung!). Ich bin aber noch nicht so ganz sicher, ob nicht in dem Augenblick, wo die scharfe Siebung kommt, dann auch auf der anderen Seite im Parlament und in der Öffentlichkeit Bestrebungen auftreten werden, die damit nicht ganz einverstanden sind und aus Rücksichten der Menschlichkeit Schwierigkeiten bereiten werden, das Prinzip in der Schärfe durchzuführen, wie ich es für notwendig betrachten würde.

Wenn wir die Notwendigkeit erkennen, die gelehrten Berufe zahlenmäßig zu entlasten, dann müssen wir naturgemäß auch dafür sorgen, daß eine geistige Hebung der nichtgelernten Berufe durch die Einrichtung der Volkshochschule ermöglicht wird.

Im Zusammenhang mit der Frage der Volkshochschule hat einer der Herren Diskussionsredner die Debatte in einer Kommission des Ministeriums für Kultus und Unterricht gestreift. Ich glaube, daß er dasjenige, was dort ausgeführt worden ist, vielleicht dort nicht so aufgefaßt hat, wie es gemeint war. Ich glaube, es wird gelegentlich der Lektüre des Protokolls Gelegenheit sein, sich zu überzeugen, daß dasjenige, was dort ausgeführt worden ist, vielleicht doch verträglich ist mit den Gedanken, die wir über die Volkshochschule haben. Ich darf aber doch erklären, daß der Lauf der Diskussion in dieser Kommission im Ministerium für Kultus und Unterricht über die Volkshochschule ein außerordentlich fruchtbarer und erfreulicher war, und ich freue mich, daß auch Herr Abg. Dr. Kraus den Eindruck gewonnen hat, daß nach dem, was die Diskussion ergeben hat sich wohl eine Linie finden wird, auf der die verschiedenen Richtungen, die auf dem Gebiete der Volkshochschule bestehen, in gemeinsamer Arbeit zusammengehen können. Auch auf diesem Gebiete ist ein genaues Programm vermißt worden. Ich hätte schon so eine Art wie Programm über diese Dinge im Kopf. Ich gehe aber auch an diese Frage mit der mir angeborenen Ruhe und Gründlichkeit heran, und ich möchte doch, ehe ich abschließend und bestimmend über diese Frage mich äußere und verfüge, auch noch andere hören. Es war mir deshalb ganz nützlich, daß ich auch die Ansichten des Landtags über diese Frage in den letzten Tagen zu hören Gelegenheit hatte. Ich kann sagen, daß ich mich entschlossen habe, mir verschiedenes daraus zu merken, was darüber hier vorgetragen worden ist.

Ich glaube, insbesondere diese Frage erfordert es aber, daß sie in der Ruhe und in der Gewissenhaftigkeit durchgearbeitet wird, die erforderlich ist, um eine so außerordentlich weittragende Frage in befriedigender Weise zu erledigen.

Ich hatte dann eine 2. Unterhaltung gestern, die auch im Zusammenhang mit den Fragen stand, die ich hier berührt habe, eine Unterhaltung über die Frage, wie viele finanzielle Mittel uns in absehbarer Zeit noch zur Verfügung stehen werden, um alles dasjenige durchzuführen, was auf den verschiedenen Gebieten unseres Staatslebens gefordert wird, und insbesondere, um das durchzuführen, was auf dem Gebiete der Schule und auf dem Gebiet der Hochschule von uns gefordert wird. Es war für mich sehr interessant in dieser Unterhaltung mit einem alten erfahrenen Parlamentarier auch zu dem gemeinsamen Schlusse zu kommen, daß wir darauf gefaßt sein müssen, uns einzuschränken und sparsamer zu wirtschaften auf dem Gebiete des Schulwesens, als es bisher geschehen ist. Daß aber eine solche Rücksichtnahme auf finanzielle Gesichtspunkte den Unterrichtsminister in seiner Initiative zeitlich lähmt, das ist, glaube ich, für Sie alle verständlich, und es wäre meines Erachtens nicht zu verantworten, wenn ich jetzt

organisatorische Maßnahmen treffen würde, die ich dann, nachdem sich ergeben hat, daß sie finanziell nicht durchzuführen sind, in ihrem Keim wieder ersticken müßte. Ich glaube, es wird aus wirtschaftlichen Gründen heraus schon nützlich sein, wenn wir uns einige zeitliche Zurückhaltung auf diesem Gebiete auferlegen. Denn darüber dürften Sie sich nicht im Zweifel befinden: fast keine der Reformmaßnahmen, die hier vorgeschlagen worden sind, läßt sich ohne Kosten durchführen. Ich habe bei meinen Unterhaltungen gestern für diese Seite der Frage ein außerordentliches Verständnis gefunden, und das bringt mich auch auf meinen nächsten Verbündeten in dieser Frage, auf meinen Kollegen, den Herrn Finanzminister. Ich möchte nur wünschen, daß er mit demselben Temperament, mit dem er gestern den Standpunkt seiner Fraktion hier vertreten hat, auch dann bereit sein wird, für die Mittel zu sorgen, wenn die Stunde der Reform ruft (Beifall).

Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich das Wort noch einmal ergreifen muß. Ich habe ganz versäumt, auf den Fall einzugehen, den der Herr Abg. Straub hier vorgetragen hat, und es wäre eine unbegreifliche Unterlassungssünde, wenn ich an diesem Falle ganz schweigend vorbeigehen wollte. Herr Abg. Straub hat mit seiner Kritik eingeseht an den Berufsverhandlungen, die zwischen Herrn Professor Leger und der Unterrichtsverwaltung geschwebt haben. Es handelte sich darum, als Nachfolger des Herrn Geh. Hofrats Kraske einen neuen Mann zu erhalten. Unter den Vorschlägen der Fakultät und nach seinem Ansehen, das er in Deutschland besitzt, erschien uns als der bedeutendste und begehrenswerteste Mann Herr Geh. Medizinalrat Professor Leger, und wir sind mit ihm in Berufsverhandlungen eingetreten. Es ist nun nicht richtig, daß Herr Geh. Medizinalrat Professor Leger nur die Bedingungen gestellt hat, die hier genannt worden sind (Abg. Straub: Nur?) für seine Berufung. Es war nicht sehr leicht, ihn dazu zu veranlassen, seine schätzenswerte und nach jeder Richtung hin begehrenswerte Kraft für die Universität in Freiburg zu erlangen. Er hat in einem Schreiben an mich eine Reihe von einzelnen Fällen zur Bedingung gemacht, die im wesentlichen in 12 Abschnitten formuliert sind und die eine vernichtende Kritik der Zustände enthalten, wie sie jetzt an der chirurgischen Klinik in Freiburg herrschen, und ich kann an den Herrn Abg. Straub nur das Erstaunen stellen, von dem Schreiben des Herrn Geh. Medizinalrats Professor Leger Einsicht zu nehmen, das er über die Zustände und Einrichtungen an der chirurgischen Klinik in Freiburg an mich gerichtet hat. Ich glaube, jeder, der die Verhältnisse an der chirurgischen Klinik in Freiburg näher betrachten wird, wird zugeben, daß hier Zustände herrschen, die im Interesse der Kranken und im Interesse der Universität und der Stadt einfach auf die Dauer unerträglich sind, und kein Chirurg von hohem Verantwortlichkeitsgefühl wird die weitere Verantwortung für die Aufrechterhaltung dieses Betriebes in der chirurgischen Klinik in Freiburg tragen können. Ich will des Näheren hier nichts weiter mitteilen. Herr Geh. Hofrat Kraske ist für diese Zustände nicht verantwortlich zu machen, die ohne sein Verschulden sich entwickelt haben. Es wäre Pflicht des Staates und derjenigen wirtschaftlichen Gruppen, die für Neubauten und Neueinrichtungen verantwortlich sind, gewesen, hier im entscheidenden Augenblick das Nötige zu tun.

Herr Geh. Medizinalrat Leger hat dann weiterhin als Bedingung seiner Übernahme nach Freiburg gestellt. Ich will das wörtlich vorlesen: „Ein moderner Chirurg würde ohne bisher gewohnte Hilfskräfte zu große Schwierigkeiten finden, von Anfang an erspriehlich zu arbeiten. Die Umgewöhnung des wichtigsten Personals würde zum Schaden der Patienten sehr lange Zeit erfordern. Nicht nur die Technik, sondern auch das gewohnte Instrumentarium sind bei einzelnen Chirurgen ganz verschieden. Um rasch den ganzen Betrieb in die gewohnten Bahnen zu lenken, habe ich vor, meinen ausgezeichneten Bestrahlungs-Assistenten für die Röntgenbestrahlungsabteilungen und meine 3 ältesten Assistenten mit übersiedeln zu lassen. Unter den letzteren ist der und der und der.“ Weiter heißt es: „Aus gleichen Gründen wünsche ich die Anstellung meiner durch lange Jahre bewährten persönlichen Operations-Schwester als Operationsgehilfin. Sie hat mit dem klinischen Betrieb nichts zu tun, würde also in keiner Weise dem anwesenden Schwesternpersonal zu nahe treten. Ihre Aufgabe besteht darin, meine Privat-Patienten vorzubereiten, bei Privatoperationen Dienst zu leisten, mich in der Sprechstunde zu unterstützen, meine Privatbücher zu führen, mein großes persönliches Instrumentarium instand zu halten.“

Im Zusammenhang mit der Tatsache, nun, daß das bisher in Deutschland üblich war, daß Chirurgen, wenn sie von einer Klinik zur andern übersiedeln, ihre Assistenten mitbringen, ist, glaube ich, die Bezeichnung als Popf nicht vollkommen gerechtfertigt, wenn man die Begründung liest, unter der die Chirurgen und auch Herr Geh. Medizinalrat Professor Leger das verlangen. Verständlich ist es, glaube ich, wenn ein Chirurg den Wunsch hat, sobald er in eine andere Klinik kommt, ein Personal um sich zu haben, das seine Arbeitsweise kennt, das mit den nötigen Handreichungen vertraut ist und das ihm seine Arbeit erleichtert. Es ist eine andere Frage, ob es sich in jedem einzelnen Falle durchführen läßt, aber daß es eine berechnete Forderung ist, das sollte man nicht verkennen. Und nun ist die Angelegenheit aber zu betrachten im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Assistenten, die zu erziehen sind, einmal Nichtbadener sind, sodas also ein Teil der Vorwürfe, die der Herr Abg. Straub hier erhoben hat, ohne weiteres wegfällt; und das andere Mal sind sie aber auch schon so lange an der Universität in Freiburg... (Abg. Straub: Drei sind Badner von den vieren!) — zwei Nichtbadener und ein Badner (Abg. Straub: Und der vierie!). Es handelt sich nur um drei, da z. Bt. Verhandlungen schweben, ob vier übernommen werden sollen. Es sind also zwei Nichtbadener in Frage und ein Badener, Herren, die schon seit 1913 und 1914 an der Universität sind. Es entspricht einer alten Forderung der Assistenten, aber natürlich auch der Studierenden, einen Wechsel der Assistenten überhaupt stattfinden zu lassen, dafür zu sorgen, daß kein Assistent zu lange auf seiner Stelle bleibt. Es wäre also bei diesen Herren ohnehin die Notwendigkeit entstanden, baldigst ihre Stellen zu wechseln, um diesem allgemeinen anerkannten Bedürfnis, sowohl dem Interesse der nachwachsenden Kräfte, als auch dem Interesse ihrer eigenen tatsächlichen Ausbildung folgend, zu entsprechen. (Abg. Straub: Und die, die von Jena hinkommen, können doch auch einmal wechseln!) — Dafür wird selbstverständlich auch gesorgt werden. Es handelt sich doch meine ich, nur darum, ob ich in einem Augenblick, in dem ich mit einem Mann, auf dessen Kommen ich den allergrößten Wert lege, verhandle, seinen Forderungen nachgeben kann, ob in ihnen eine Unbilligkeit gegen den Einzelnen vorhanden ist. Und eine Unbilligkeit kann ich darin nicht erblicken, wenn eine Reihe von Nichtbadenern, darunter auch ein Badener, die schon 5, zum Teil 6 Jahre in Assistentenstellen sind, gekündigt werden muß, wenn es auf der anderen Seite gelingt, damit eine erstklassige, hervorragende Kraft an unsere Universität zu gewinnen. Ich glaube das Interesse der Universität, auch das Interesse der Stadt Freiburg selbst steht in engem Zusammenhang mit der Qualität der Lehrkräfte, die wir für die Lehrstühle gewinnen. Ich weiß nicht, welchen Erfolg die Debatte des gestrigen und heutigen Tages auf die Gewinnung dieser enormen, bedeutenden Lehrkraft hat. Ebenso erscheint meines Erachtens die Darstellung über die Operationsgehilfin in einem etwas anderen Licht, als es der Herr Abg. Straub nach seinen Berichten hier darstellen mußte. So sind die Dinge also nicht da, in die Stellung der barmherzigen Schwestern in irgend einer Weise eingegriffen werden sollte. Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß die Tätigkeit dieser barmherzigen Schwestern in Freiburg eine so selbstlose und eine, so dankenswerte ist, daß wir uns aller Mühe geben, ihnen den liebhaftesten Dank für ihre Tätigkeit dort auszusprechen und den Wunsch zu äußern, daß ihre Tätigkeit auch in der Zukunft in gar keiner Weise gehindert werden solle (Zuruf beim Zentrum). Im übrigen kann ich auch erklären, daß z. Bt. die Frage geprüft wird, ob es nicht möglich sein wird, den Herrn Professor Leger dazu zu bewegen, auch auf diesen Wunsch, seine Privatoperations-Schwester mitzubringen, zu verzichten. Sie sehen, daß wir uns alle Mühe geben, hier für einen Ausgleich zu sorgen, weil wir es für außerordentlich wichtig halten würden, diese erstklassige und bewährte Kraft für die Universität Freiburg zu gewinnen. Im übrigen kann ich nur zusagen, daß wenn eine wiederholte Prüfung ergibt, daß dennoch irgend welche Unbilligkeiten bei dieser Berufung vorkommen sollten, ich natürlich gerne bereit bin, für eine Abstellung besorgt zu sein.

Präsident Kopp, welcher im Verlaufe obiger Ausführungen den Vorsitz wieder übernommen hat, gibt den Eingang eines Antrags der Abgg. Dr. Leger und Gen., folgenden Wortlauts bekannt:

Abänderungsantrag zu dem Antrag Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitäten betr:

In dem Antrag ist zwischen die Worte: „paritätische“ und „Besetzung“ die Worte „Behandlung bei der“ einzuschalten.

Das Wort erhalten weiter:

Abg. **Seherle** (Zentr.):

Ich bin mit größtem Interesse gestern der Debatte über die Universitäten gefolgt, und es war insbesondere der Gedanke der Volkshochschulkurse, der mich veranlaßte, mich dann alsbald zum Wort zu melden. Ehe ich aber auf denselben eingehe, möchte ich zur Dozentenfrage doch noch wenigstens bemerken, und ich glaube, die gegnerischen Parteien des Hauses werden es mir als Frau nachfühlen können, wenn ich neben den Mängeln, die auch mir nicht ganz unbekannt sind, auch noch einen Ausblick in etwas hellerem Lichte wage.

Zwei meiner Brüder sind Dozenten, Sie stehen beide auf religiös und politisch durchaus verschiedenem Standpunkt; Sie haben sich unterstützt und gefördert von ihren Lehrern, nicht aber bei ihren Lehrern habilitiert. Mit ihren Ordinarien sind sie, so viel ich weiß, stets nur im besten Einvernehmen gestanden, solange sie Privatdozenten und Extraordinarii waren. Bei ihren Berufungen hat keine Schwiegermutter im Hintergrund irgendwie die geringste Rolle gespielt. Ich freue mich . . . (Zuruf aus dem Zentrum: Darum sind sie auch nach Heidelberg gekommen! — Heiterkeit.) Und wenn auch der Ältere der Beiden, nachdem er politisch öffentlich hervorgetreten war, in Baden den Boden verloren hat, so gab es doch andere Fakultäten, die sich durch solche Erwägungen nicht hemmen ließen, und ich glaube, diese sachlichen und kollegialen Beziehungen, die ich aus den Erfahrungen meiner Brüder kenne, wird man nicht allein unter die Ausnahmebedingungen zählen dürfen.

Und nun zurück zu den Volkshochschulkursen! Ich möchte anknüpfen an den Gedanken des Herrn Kollegen Dr. **Wirth**, der dieselben in den Dienst der Volksbildung hineinsetzt und von ihrer Wirkung erwartet, daß der Geist der Demokratie, dem leider die Form der Demokratie vorausgeeilt ist, nun in unser Volk hineingetragen werde.

Wenn man von Volksbildung, von Volkserziehung spricht, von Volkshochschulkursen, dann muß man ohne Weiteres auch zugeben und einsehen, daß zu der großen Masse derer, denen die vertiefte Bildung nicht möglich ist, so wie unsere Universitäten sie bieten, die große und weitaus größte Zahl der Frauen zugehört. Wenn wir uns aber sagen, daß der Geist der Demokratie unserem Volke gebracht werden soll, so heißt das ja doch nichts anderes, als daß an Stelle der Autorität der Gewalt die Autorität des Rechts und die Autorität der sittlichen Werte für unser Volk in seinem Gewissen bindend werden soll. Und wenn der Herr Kollege Dr. **Wirth** nun weiter sagt, daß dies geschehen soll, indem unser Volk wiederum die Bedeutung und der Sinn des Lebens nahegebracht wird, so kann das nur geschehen, indem das Volk es lernt, das Leben wieder unter den wahren, objektiven Werten, nicht unter denen seiner subjektiven Bedingung zu betrachten. Was unserem Volke nottut, ist zweifellos wertbezogenes Wissen. Aber das selbe darf nicht im Verstandesleben allein verankert werden, sondern die Werte müssen hineingepflanzt werden in die Persönlichkeit, in die Kräfte des Willens und Gemüts. Und das ist die nationale Erziehung zum deutschen Idealismus, die wir leisten müssen, um unser Volk zu seinem wahren Wesen, das es verloren hat, wieder zu erwecken.

Ein theoretischer philosophischer Idealismus wird das nicht vermögen. Aber in Heimatlauten wird der gewaltige Strom deutschen Idealismus, jener Strom von Begeisterung und Hingabe, wie er aus den Tiefen der deutschen Volksseele in Religion, Kunst und Geschichte durch die Jahrhunderte deutscher Kultur sich hingießt, zum Herzen unseres Volkes sprechen. Heute tanzt es noch um das goldene Kalb, denn diejenigen, die es führen, die es tranken sollten an den reinen Wassern geistiger Werte, waren selbst in den Fluch dieses goldenen Kalbes gebannt. Wenn das Volk aber lernt, zurückzublicken in die alte Heimat seiner Tradition, dann wird es sehen, wie Kunst und Wissen hineingebaut war in die Dome unserer Vergangenheit. Wenn man im Dom von Ulm im Chor die Rassenköpfe Jürgen Schyllins betrachtet, dann steigt lebendiger als aus alten Papieren ein vergangenes Geschlecht herauf, die stolzen Bürger freier Städte, die es verstanden, ihre Geschichte zu meistern, die es verstanden, zu leben und zu sterben. In jener Zeit, da wollten ganze Menschen ganze Arbeit tun, da wurde

Bildung nicht als Duwendware feilgeboten. Mühe und Arbeit sollte jeder es sich kosten lassen an seinem Platz, der Gelehrte, der Ratsherr, der Meister in seiner Kunst. Nicht als Duwendware darf die Bildung, die dem Volke dargeboten werden soll, hinausgegeben werden. Der Gedanke, daß die Qualität vor der Quantität steht, gilt nicht nur für die Menschen, die der höheren Bildung zugeführt werden sollen, er gilt auch von der Bildung selbst, die ihnen dargeboten werden muß, und diese Qualität ist Wert. Zurück zu jenen Werten, die in unserm alten deutschen Volksleben wurzeln, so wie sie hineingebaut waren, nicht nur in die steinernen Münster, in den gewaltigen Dom des deutschen Geisteslebens, überhaupt kraftvollen deutschen Geistes, in jener Zeit, in der noch der Gottesglaube durch seine weiten Hallen lebte. Zu diesen Quellen mühten wir unser deutsches Volk zurückzuführen. Werte sollen im Gemüt und Willen wurzeln, und damit ist auch klar, daß zweifellos nirgends tiefer diese Werte vermittelt werden, als in der Familie. Wenn auch vor einigen Tagen ein Praktiker gemeint hat, daß der Gatte nicht den Geist in der Frau suche, so bleibt es doch andererseits zweifellos wahr, daß das Beste für die Manneseele der Sohn von seiner Mutter empfängt aus jenen feinen Linien weiblicher Geistesart, deren Charakter der Ethos ist, denn das weibliche Gemüt steht mehr als das des Mannes gerade den sittlichen Kräften offen, und ich glaube, wenn die Frauen unserer Nation nicht ganz imstande waren, ihre Aufgabe in der Vergangenheit zu erfüllen, dann trägt ein falsch verstandenes Ideal der deutschen Hausfrau daran auch seine Schuld (Beifall); denn mit dem Ideal vom Schlüssel, von der Nabel u. vom Besen wird jenes andere tiefere Ideal verdrängt, das der Gattin und das der Mutter, und wenn die Frau der heranwachsenden Jugend Führerin, dem Gatten Gefährtin sein soll, dann genügt es nicht, daß sie aus der instinktiven Kraft ihrer Seele die sittlichen Werte sich aneignet und verwirklicht. Sie muß auch aus dem Lauf der Geschichte dieselben hineinstellen in ein Geistesganzes, sie muß als geistig Freie aus der Kenntnis der Rangordnung der Werte, die allein die Kultur bedingt, die allein die Kultur vermittelt u. bindet, den Gefahren, denen die Jugend im außerhäuslichen Verkehr gegenübersteht, folgen können, um die Führerin auch in späteren Jahren, in den gefährlichen Jahren zu bleiben. Wie dem Volk überhaupt, so tut zweifellos der Frau zu allermeist die innere Befreiung not, jene innere Befreiung, die sie hinaushebt aus einer inneren Abhängigkeit vom Mann, so daß sie es lernt, sich auf sich selbst zu besinnen, daß sie es lernt, auf eigenem Boden und in eigenen Werten zu wurzeln. Uns Frauen von der rechten Seite des Hauses, und ich glaube wohl auch, daß ich hier im Namen aller Frauen dieses Hauses spreche, uns steht jene innere geistige Emanzipation vor der politischen, denn es gilt auch hier, daß der Geist es ist, der lebendig macht und daß die Form nichts nützt. Nach jener aber seufzen wir, und wir sehen sie gefährdet durch den Fluch des Materialismus und durch den Fluch der Leidenschaften, der ebenso wie die Volksseele überhaupt auch heute noch die Frauenseele weiter Kreise bannt.

Darum möchte ich wünschen und die Regierung bitten, daß, wenn der Gedanke der Volkshochschulkurse sich verwirklicht, wenn er näherrückt, sie dann Beziehung nimmt mit den großen Frauenorganisationen und ihren Führerinnen, damit auch wir mitarbeitend für unsere Schwestern, für die Frauenwelt sorgen, denn an der Erneuerung des deutschen Volkes hat die Frau ihren weitgehendsten Anteil. Es sind nur relativ wenige Frauen, die den Zugang zur Alma mater haben. Ich wünsche, wie das von der rechten Seite auch der Herr Kollege **Mayer** getan hat, daß pädagogische Fakultäten oder pädagogische Veranstaltungen in Kursen — es ist ja schließlich nicht nötig, daß da eine besondere Fakultät sich aufbaut — an den Universitäten eingebürgert werden. Dann ist zweifellos zu erhoffen, daß den Volkshochschulkursen Veranstaltungen für Erziehungskunde und Individualpsychologie angegliedert werden. Heute kennt sich die Frau vielfach nicht in ihrer eigenen Psyche aus, und wenn sie das nicht kann, ist sie auch nicht imstande, der Entwicklung der Psyche ihrer Kinder zu folgen. Ich glaube, daß die Individualpsychologie der Frauen allerdings nur von Frauen selbst ganz erarbeitet werden kann. Da möchte ich dann wünschen, daß die begünstigten Töchter der Alma mater sich in den Dienst des Volkes stellen und auch für die Frauen des Volkes ihr Wissen fruchtbar machen. Von den Herren Professoren aber, und da knüpfe ich an ein Wort des Herrn Kollegen Dr. **Gothlein**, möchte ich erhoffen, daß die väterliche Günst nicht so weit geht, daß die Anforderungen an den

Ernst der Arbeit darunter leiden möchten (Abg. Dr. Gothein: Geschicht auch nicht!). Denn so wie wir beim Manne die Forderung der Tüchtigkeit und Würdigkeit stets stellen wollen, so müssen wir fast in erhöhtem Maße auch von der Frau das Gleiche fordern. Denn mehr noch als beim Mann sind jene Wenigen berufen, Führerinnen ihres Geschlechtes zu werden. Das können sie nur, wenn sie nicht spielend und tändelnd sich das Wissen erwerben konnten, sondern ihre Kraft aus der Tiefe der Persönlichkeit daransetzten und in ganzem Ernst die Geisteskräfte entwickelten.

Und so möchte ich hoffen, daß in der Anstalt der Volkshochschulkurse zu dem großen Ziele, dem sie untergeordnet sind, auch die reiche Kraft des deutschen Frauengemütes mit einmünden soll in die Erneuerung des deutschen Volkes (Beifall).

Abg. Ihrig (D. Dem. P.):

Nur wenige Worte! Wir haben einen Abänderungsantrag zum Antrag des Herrn Abg. Dr. Koenigsberger eingebracht, weil wir damit einer vielleicht falschen Auffassung des Antrages vorbeugen möchten. Der Herr Minister hat vorhin schon in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß nach dieser Richtung wohl ein Irrtum möglich wäre. Wir haben also damit den Antrag nur richtig stellen wollen und bitten Sie, dem von uns so abgeänderten Antrag Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Dann aber möchte ich dem Gefühl der Freude Ausdruck geben, daß nun endlich einmal hinsichtlich des Lehrstuhles für Pädagogik an den Universitäten ein Umschwung eingetreten ist und daß zu dieser Frage eine andere Stellung eingenommen wird, als das früher der Fall war. Als ich vor etwa 1 1/2 Jahrzehnten erstmals und zwar damals nur ganz bescheiden hier in diesem Saale die Forderung aussprach, nur einen einzigen derartigen Lehrstuhl an einer badischen Hochschule errichten zu wollen, fand ich bei den Parteien des Hauses keinen Anhang und auch die Regierung verhielt sich durchaus ablehnend dagegen. Sie machte geltend, daß ja nur an ganz vereinzelten Hochschulen des Reiches bis jetzt solche Lehrstühle errichtet seien und daß man sich auch fernerhin mit Behauptung behelfen wolle; sie fand das durchaus genügend, sie legte der ganzen Sache keine besondere Wichtigkeit bei.

In der Zwischenzeit hat nun auch auf diesem Gebiete ein Umschwung stattgefunden. Allmählich ist in der wissenschaftlichen Welt nun die Erkenntnis zum Durchbruch gekommen, wie bedeutend eben die Wissenschaft der Pädagogik für das Staatsganze und für die Entwicklung des Volkes ist und wie sehr sie eine höhere Pflege verdient, als ihr bis jetzt zuteil geworden ist. Wir sehen auch, daß nun überall zur Gründung solcher Lehrstühle für Pädagogik geschritten wird. Auch im Badischen haben wir seit kurzer Zeit einen solchen Lehrstuhl: die Stadt Mannheim hat an ihrer Handelshochschule einen Lehrstuhl errichtet, dem sie den Namen ihres Ehrenbürgers Wilhelm Wundt gegeben hat und auf dem nun seit einigen Wochen, seit Ostern erst, ein hervorragender Gelehrter über Psychologie und Pädagogik lehrte. Aber an unseren Landeshochschulen haben wir bis jetzt einen solchen Lehrstuhl noch nicht. Nun wird er jedoch kommen — oder sie werden kommen.

In mir sehr erfreulicher Weise hat aus dem Zentrum heraus schon vor einiger Zeit Kollegin Fräulein Beherle die Forderung nach pädagogischen Lehrstühlen erhoben; es hat sich sodann der Interpellant, Herr Dr. Koenigsberger, auf den gleichen Boden gestellt und zu meiner Freude hat gestern auch der Herr Kollege Maher-Karlsruhe in die gleiche Kerbe gehauen und Lehrstühle für Pädagogik gefordert. Er ist sogar soweit gegangen, für die Zukunft uns Fakultäten für Pädagogik zu wünschen: Ein Gedanke, dem ich sehr sympathisch gegenüberstehe, hinsichtlich dessen ich aber allerdings, wie wohl der Herr Kollege Maher selbst, annehme, daß noch mancher Tropfen Wassers den Rhein hinunterfließen wird, bis es zu seiner Verwirklichung kommt. Dann hat aber, um den Ring vollends zu schließen, heute auch der Herr Minister sich freundlich zu dem Gedanken gestellt, und nun dürfen wir erwarten, daß in dem nächsten Budget die entsprechenden Summen angefordert werden, damit wir auch für diese wichtige Disziplin ordentliche Lehrstühle an den badischen Hochschulen bekommen. Ich freue mich darüber, daß nun endlich dieser Forderung Genüge getan wird, und ich hoffe von ihrer Verwirklichung das Beste.

Weniger erfreut bin ich über manches andere, was während der Debatte zutage getreten ist. Wenn man so, als ein Mensch, der nicht das Glück gehabt hat, seine Bildung auf einer Hochschule zu beziehen, und der diesen Dingen doch etwas fremder

gegenübersteht, die Debatte hat an sich vorübergehen hören, dann hat man eigentümliche Eindrücke davon bekommen. Manches war mir unverständlich. Ich bin Mitglied des Kuratoriums der Handelshochschule in Mannheim und habe dort auch schon bei Besetzungen mitgewirkt. Da ging's riesig sachlich zu — und es wird wahrscheinlich bei den anderen Besetzungen auch so sein. Und wenn da und dort einmal einzelne Fehler vorkommen — ja wo kommen denn nicht einmal Mißbräuche vor? Aber wenn man jetzt so die Debatte nach einander angehört hat und dabei nur diese Klagen und Wiederklagen hörte, als ob das Universitätswesen bei uns so verrottet wäre, als ob das Lehrerkollegium dieser Anstalten ein Klügel, nur ein durchweg trauriges Kollegium bilde, wie sich's unfernein ausdrängen müßte —, so kam man doch zu dem anderen Gedanken: Sicher, so kann es nicht sein und es ist auch nicht so. Ich glaube nicht, daß diese Übertreibungen berechtigt sind. Es mögen gewiß Fehler vorgekommen sein. Aber im allgemeinen ist man doch stolz auf unser Hochschulwesen, wir Fernstehenden ebenso wie diejenigen, die das Bergrühen gehabt haben, zum Studium dorthin zu kommen, und ich glaube, man tut den Hochschulen und auch dem Volke keinen Gefallen, wenn man ihm die Freude an diesen Hochschulen nimmt. Wäre man wirklich so überzeugt, daß es da und dort so schlimm wäre, dann hätte man auch die Konsequenz daraus ziehen und gegen das Budget der Hochschulen stimmen müssen. Wenn man aber die Konsequenz nicht zieht, und sich beschränken will, das Eine oder Andere zu rügen — gewiß dazu ist der Landtag da, und das sollen wir auch tun —, aber man wird eine gewisse Grenze nicht überschreiten dürfen, sonst wird man ungerecht und schadet der Sache (Abg. Dr. Schofer: Jetzt haben Sie übertrieben!).

Mit Zustimmung des Hauses erhält zum drittenmal das Wort:

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Wenn irgend jemand gestern verjöhnlich gesprochen hat, bin ich es gewesen. Ich habe ausdrücklich den hohen Wert der metaphysischen Weltanschauungen, wie sie im Laufe der Zeit hervorgetreten sind, anerkannt; ich habe ausdrücklich erklärt, daß hier sogar ein unbedingtes Bedürfnis des menschlichen Geistes vorliegt, der unablässig über die ihm durch seine Erkenntnisgrenzen gezogenen Grenzen hinauszudringen bestrebt ist. Demgegenüber habe ich nur immer wieder das Eine betont: daß für den wissenschaftlichen Denker allerdings die andere, die kantische Auffassung der Erkenntnis-Kritik die berechnete ist — und das dürfte man doch wohl erklären!

Im übrigen habe ich nun gegen Herrn Dr. Schofer eine kurze Bemerkung, die ich als ein Mißverständnis von Herrn Dr. Schofer bezeichnet habe, einfließen lassen; ich habe nämlich gesagt:

„Ein weiteres Mißverständnis — ich kann es doch nur ein Mißverständnis nennen — von Herrn Abg. Dr. Schofer ist eigentlich schon im wesentlichen von Herrn Abg. Dr. Wirth klargestellt worden. Herr Dr. Schofer hat mit einer außerordentlichen, ja ich möchte sagen, einer Art Taschenspielergeschicklichkeit, meine Erklärung dahin umzuwandeln gewußt, daß heutzutage die philosophische Weltanschauung, wie sie in Professorenkreisen vorherrscht, die Resignation, eine materialistische Weltanschauung sei. Diese beiden haben gar nichts miteinander zu tun.“

Das war alles, was ich gesagt habe, und darauf habe ich mich in philosophischer Beziehung im wesentlichen auf den Standpunkt von Herrn Dr. Wirth gestellt. Was hat nun Herr Strauß daraus gemacht? „Herr Gothein hat sich nicht begnügt. . .“ mit anderen Dingen, . . . „sondern er hat offenbar mit einer gewissen Absicht eine unwahre Bosheit vorgetragen gegen meinen Fraktionsfreund Dr. Schofer, die der Herr Präsident wohl überhört haben wird, die ich aber von meiner Seite aus unter keinen Umständen vorübergehen lassen kann. Er hat behauptet, der Herr Dr. Schofer habe ein Zitat gefälscht und diese Fälschung mit einer Art Taschenspielerkunststück umgeformt.“ Nun, ich brauche nichts weiter vorzulesen, ich brauche bloß die beiden Erklärungen nebeneinander zu stellen. Ich will noch einmal betonen, Herr Dr. Schofer hat in der Tat, wie ich sagte, ein „Mißverständnis“ mit einer einem Parlamentarier sehr wohl anstehenden Geschicklichkeit der Umwandlung meiner Rede entgegengestellt. In der Tat, was Herr Dr. Schofer gesagt hat, ist nichts anderes gewesen, als daß er eine Weltanschauung der Resignation als eine materialistische hingestellt hat, die nichts kennt, als was sich messen und wägen läßt. Dagegen habe ich pro-

testiert und gesagt: Die beiden Weltanschauungen haben gar nichts miteinander zu tun; im Gegenteil, der Materialismus ist selbst eine Art von Metaphysik. Jemand eine Beleidigung, irgend eine Fälschung kann kein Mensch aus diesen Worten, die ich gegen Herrn Dr. Schofer ausgesprochen habe, herauslesen. Ich habe vielmehr gestern eigens Gelegenheit genommen, unter den großen metaphysischen Weltanschauungen ganz besonders, ich kann sagen mit Ehrfurcht, auch die des Mittelalters zu nennen. So liegen die Tatsachen.

Herr Straub hat nun, wie mir berichtet wird, — ich war nicht anwesend — erklärt, seine Bezeichnung als „unwahre Bosheit“ sei durchaus „objektiv“ gemeint. Nun, er sagt das; ich habe also gar keinen Grund es zu bezweifeln. Aber hier möchte ich auch einmal objektiv die Sache beleuchten. „Bosheit“ ist wirklich eine subjektive Eigenschaft, und „unwahr“ ist auch etwas Subjektives; denn wenn man es objektiv ausdrücken will, sagt man, es sei unrichtig. Ich kann es auch nur als eine Entgleisung des Herrn Kollegen Straub betrachten, wenn er von einer unwarren Bosheit gesprochen hat, und wenn er eine parlamentarisch recht harmlose Bemerkung, die ich gegenüber dem Mißverständnis des Herrn Dr. Schofer gemacht habe, in solch beleidigender Weise ausdeutet.

Gegenüber diesen Anklagen des Zentrums möchte ich eines klar stellen, da Herr Straub mir weiter vorgeworfen hat, ich wäre mit einer eleganten Handbewegung hinweggegangen über verschiedene Beschwerden, die eingehend begründet und substantiiert worden seien; er müsse sich von einem ordentlichen Universitätsprofessor wundern, daß dieser nicht auf alle Einzelheiten eingegangen sei. Ich bin auf alle Einzelheiten eingegangen, die Dozentenfrage, die Assistentenfrage, auch auf die leidige Kollegiengelehrtenfrage, und nur zu ausführlich. Herr Straub hat allerdings nicht gelernt, auf die Schwiegermutterfrage nicht mehr zurückzukommen. Ich freue mich sehr, daß Fräulein Vehlerle aus ihrer Kenntnis als Schwester zweier Kollegen die Sache richtiggestellt hat. Auf zwei Punkte aber bin ich nicht eingegangen, nämlich nicht auf die Berufsfrage in Bezug auf die Konfession und das ist den Herren vom Zentrum das Wichtigste. Gehen wir der Sache auf den Grund. Sie wollen mehr Professuren haben rein katholischer Art. Sie haben das unumwunden gesagt, und ich nehme es Ihnen auch nicht im Geringsten übel. Sie haben uns den Vorwurf gemacht, das wir die glaubenstreuen Katholiken zurückgesetzt hätten. Da will ich konstatieren wie die Sache liegt. Bis zum Jahre 1870 wird kein Mensch behaupten können, daß das geschehen ist. Damals aber, nach der Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas, ist fast der ganze Generalstab der katholischen Professoren ins altkatholische Lager übergegangen, alle die stolzen katholischen Namen wie Döllinger, Rensch, Loffen, Druffel, die als hervorragende Gelehrte anerkannt waren. Damals ist dann der Kulturkampf ausgebrochen, gewiß. Ich kann zugeben, daß unter den Liberalen es kaum einen gibt, der das nicht bedauert, nicht weil wir in diesem Kampfe unterlegen sind, sondern weil wir uns damals durch den gewaltigen Titanen Bismarck von der liberalen Linie haben abdrängen lassen. Damals war eine Lücke geschaffen für eine Reihe von Jahren, und damals hat die Regierung im Kampf mit dem Zentrum offene Zentrumsleute nicht angestellt. Wir bedauern das. Aber nachdem der Friede geschlossen war, und das ist doch schon etwa 1878 der Fall gewesen, da haben wir die Streitart begraben. Neue Kandidaten für katholische Professuren gab es aber damals wenige. Das ist auch anerkannt worden von einem katholischen Führer Ehrhardt in seiner Schrift über die Paganisierung des Katholizismus. Es fehlte den Katholiken an Häuptern der Wissenschaft; es mußte erst wieder ein Nachwuchs kommen. Sie sind dann gekommen und von dem Augenblick an, wo sie gekommen sind, das scheint mir Fräulein Vehlerle anerkannt zu haben für einzelne Fälle, da haben wir keinerlei Rücksichten konfessioneller Art irgend wie genommen. Es ist auch ganz vergeblich gewesen, irgend welche Beispiele anzuführen. Wenn ich wieder von meiner Universität spreche, — ich kann das aber auch von meiner früheren Universität Bonn sagen — muß ich geradezu lächeln über die Beispiele, die Sie angeführt haben. Mein alter verehrter Kollege Loffen soll verstimmt gewesen sein, daß er nicht Ordinarius geworden ist! Es kann nicht jeder Ordinarius sein. Er hat es aber niemals schwer empfunden, daß er nicht Ordinarius war. Und der Ordinarius, der neben ihm stand, Czerny war auch Katholik (Zuruf rechts: Altkatholik!). Juracz, den hat Herr Dr. Schofer neulich angeführt, hat als erste Autorität aber ein Fach vertreten, das in ganz Deutschland kein Ordinariat gehabt hat. Es gibt oder gab bis vor kurzer Zeit nirgends ein Ordinariat für Halsleiden. Juracz war ein leibenschaftlicher Pole und hat daraus nie das geringste Hehl ge-

macht. Nie aber ist ihm das, und noch weniger sein Katholizismus, an der Universität nachgetragen worden. Wir haben ihn als bedeutenden Forscher und geistreichen Gesellschafter geschätzt. Da kann ich nur immer wieder betonen: Niemals haben wir an den Universitäten, die ich kenne, auch nicht in Bonn, wo wir Schrörs zum Rektor gewählt haben, nach der Konfession gefragt. Ich wiederhole, was ich neulich ausgesprochen habe. Ich halte es für unanständig sich um die Konfession eines Kollegen zu bekümmern (Abg. Dr. Wittig: Wir wollen hoffen, daß es so bleibt!)

Abg. Marum (Soz.):

Ich will mich nicht in diesen Streit mischen, sondern nur eine Erklärung abgeben zum Antrag des Herrn Abg. Dr. Leser und Genossen. Der Antrag Dr. Koenigsberger besagt:

„Die Regierung wird ersucht, an den Hochschulen für eine paritätische Besetzung derjenigen Lehrfächer, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, baldmöglichst zu sorgen.“

Die Herren Dr. Leser und Genossen beantragen den Antrag so zu fassen:

„Die Regierung wird ersucht an den Hochschulen für eine paritätische Behandlung bei der Besetzung derjenigen Lehrfächer, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, baldmöglichst zu sorgen.“

Wir werden gegen diesen Antrag stimmen und zwar aus folgendem Grund. Entweder nämlich bedeutet der Antrag sachlich dasselbe, wie unser Antrag; dann ist er überflüssig. Oder aber, die Antragsteller wollen mit diesem Antrag tatsächlich etwas Positives erreichen, nämlich eben in der Richtung, daß das Ministerium nicht genötigt sein soll, dem Antrag der Sozialdemokraten statt zu geben, dann sind wir gegen den Antrag. Wir sind der Meinung, daß der Antrag, wie wir ihn gestellt haben, tatsächlich durchgeführt werden soll, daß nicht wieder eine Hintertür geschaffen wird, durch die eine wohlwollende Behandlung in Aussicht gestellt, tatsächlich aber nichts getan wird. Wir stimmen daher gegen den Antrag.

Minister des Kultus und Unterrichts S u m m e l:

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion enthält meines Erachtens mehr, als der Herr Abg. Marum sehen verlangt hat. Wenn er nur den Wortlaut des Antrages betrachtet, so verlangt dieser eine paritätische Besetzung. Ich darf vielleicht den Wortlaut des Antrages nochmals verlesen:

„Die Regierung wird ersucht, an den Hochschulen für eine paritätische Besetzung derjenigen Lehrfächer, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, baldmöglichst zu sorgen.“

Ich kann das, dem Wortlaut entsprechend, nicht anders verstehen, als daß ich dafür sorgen soll, daß jeder Lehrstuhl, der nach der Weltanschauung verschieden besetzt werden kann, mit ebenso vielen Professoren besetzt wird, wie berechtigige Weltanschauungen in unserem Lande vorhanden sind. Ich erblicke, dem Wortlaut nach, in diesem Antrage die Forderung, jeden Lehrstuhl der Geschichte in Baden sowohl evangelisch wie katholisch wie unter Umständen sozialistisch, d. h. dreifach, zu besetzen. Anders kann ich den Wortlaut nicht verstehen. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich diesem Wortlaut des Antrages entsprechend verfahren kann. Ich kann zusagen, daß ich dem Sinne des Antrages entsprechend verfahren will, wenn die Absicht die sein sollte, daß die Weltanschauungen kein Hindernis bei der Besetzung bilden sollen (Abg. Marum: Es heißt „möglichst“!). Es heißt nicht „möglichst“, sondern „baldmöglichst“, das ist etwas anderes, als „möglichst“, es ist sogar eine Verschärfung des Wortlauts, wenn das Wort „baldmöglichst“ noch eingefügt wird. Dieser Antrag wird in Deutschland das lebhafteste Aufsehen erregen, wenn er in diesem Wortlaut angenommen wird, und wenn Sie noch so oft sagen, daß Sie ihm einen andern Sinn unterlegen wollen, als den, den der Wortlaut enthält. Ich kann nur erklären, daß ich dem Wortlaut dieses Antrages nicht zustimmen kann, daß ich meinerseits aber bereit bin, so zu verfahren, wie der Antrag der demokratischen Fraktion es will, daß ich dafür sorgen werde, daß, wenn Lehrstühle zu besetzen, keiner ausgeschlossen werden darf, deshalb, weil er Sozialdemokrat oder Zentrumsmann ist, daß auf der anderen Seite auch dafür zu sorgen ist, daß Lehrstühle der Nationalökonomie unter Umständen mit Anhängern der Marxistischen Schule zu besetzen sind, Lehrstühle der Geschichte

mit katholischen Forschern. Das sind alles Forderungen, die ich positiv zu erfüllen bereit bin, dem Wortlaut des sozialdemokratischen Antrags aber kann ich nicht stattgeben.

Abg. Dr. Schäfer (Zentr.):

Zu meinem tiefen Bedauern muß ich mich noch einmal zu dem Fall äußern, den der Herr Abg. Dr. Gothein hier nochmals zum Gegenstande der Besprechung gemacht hat; ich darf die Herren Kollegen noch einmal daran erinnern, wie die Sache gegangen ist. Der Herr Abg. Dr. Gothein ist es gewesen, der in seiner ersten Rede Angriffe auf meinen Fraktionskollegen Wittenmann gemacht hat, er hat selbst, glaube ich, die Empfindung gehabt, daß er sich bei diesen Angriffen etwas vergriffen hat (Abg. Dr. Wirth: Entgleisung!). Daraufhin ist die Sache natürlich weitergegangen, und es hat der Herr Abg. Dr. Gothein in seiner zweiten Rede dann geglaubt, die Sache dadurch wieder gutmachen zu können, daß er erhebliche Angriffe auf mich gemacht hat (Abg. Dr. Gothein: Keine Spur!). Im empfinde es als einen heftigen Angriff, wenn mir persönlich „Taschenspielergeschicklichkeit“ vorgeworfen wird. Es kann vorkommen, daß man bei Aufnahme einer Rede Mißverständnisse in Kauf nehmen muß, wenn man z. B. einfach etwas überhört hat. Ich habe mich aber bis jetzt nicht überzeugen können, daß mir tatsächlich ein Mißverständnis unterlaufen ist. Ich müßte, um das festzustellen, auch jetzt noch das Stenogramm genau nachprüfen. Einstweilen habe ich, auch nach den Darlegungen des Herrn Abg. Dr. Gothein, noch die Überzeugung, daß ich richtig gehört habe. Der Herr Abg. Dr. Gothein hat ausdrücklich mit einer gewissen Verächtlichkeit von der Metaphysik gesprochen, die „alles weiß“ oder „die alles wissen will“. Ich glaube, darin liegt ein Stück hämischer Kritik (Abg. Spang: Ganz richtig!), darüber kommt man gar nicht hinweg. Und gegen diese Metaphysik hat er die Philosophie der Resignation gestellt. Dagegen habe ich dann auch meine Polemik gerichtet. Ich glaube, der Herr Kollege Dr. Wirth hat gestern die Sache näher ausgeführt, so daß das gar keine hinreichende Ursache war, mir deswegen Taschenspielergeschicklichkeit vorzuwerfen. In diesem Vorwurf sehe ich eine Beleidigung! (Abg. Dr. Gothein: Sie haben aus „Resignation“: „Materialismus“ gemacht!). Die Philosophie der Resignation, ja, die ist der Pessimismus, und der Pessimismus ist nichts anderes in der Geschichte der Philosophie als letzten Endes ein Ausfluß des Materialismus! So viel Kenntnis der Geschichte der Philosophie habe ich auch noch. Ich bin kein Kind in philosophischen Dingen, ich weiß darin auch Bescheid! Wenn Sie das auch nicht „Materialismus“ genannt haben, weiß man doch, wie die Sachen innerlich zusammenhängen. Deswegen ist das nicht ein Taschenspielerkunststück, das ich hier gemacht habe, sondern es ist der Hinweis auf die Lage der Dinge, wie die philosophischen Zusammenhänge sind, ich weise sohin den Ausdruck als eine Beleidigung zurück.

Deswegen hat der Herr Kollege Dr. Gothein gar keinen Grund gehabt, sich durch die Kritik gekränkt zu fühlen, die der Herr Kollege Straub in der Verteidigung meiner Person hier geübt hat. Wenn er da vielleicht die Grenze dessen, was die Geschäftsordnung zuläßt, überschritten hat, so hat er das Beispiel nachgeahmt, das Herr Dr. Gothein ihm gegeben hat.

Nun könnte ich ja den Vorwurf mit dem zurückgeben, was wir eben von Herrn Abg. Dr. Gothein gehört haben hinsichtlich der Erklärung der tatsächlichen Erscheinung über die geringe Berücksichtigung der Dozenten, die politisch und der Konfession nach uns nahe stehen. Der Herr Abg. Dr. Gothein hat ausgeführt, bis 1870 sei ja alles in Ordnung gewesen. Das ist nicht richtig. Ich erinnere ihn an das Wort, das Rotted, der Katholik, aber politisch liberal war, seinerzeit ausgesprochen hat. Als ein hervorragender Dozent der Freiburger Universität hat er gesagt: Jetzt haben wir aus einem gewissen Liberalismus heraus auch andere Konfessionen aufgenommen, aber die Stunde sehe ich kommen, wo man uns Katholiken zur Universität hinauswirft! — Das ist vor 1870 gewesen. Ich bin leider momentan nicht in der Lage, den Text wörtlich zu bringen, aber dem Sinne nach ist es so gesagt worden, und wenn der Beweis verlangt werden sollte, wird es unschwer in den Schriften Rotteds nachzusehen sein. Also auch vor 1870 schon war die Sache nicht, wie sie hätte sein können und hätte sein sollen.

Nun aber seit 1870! Da wurde von Herrn Abg. Dr. Gothein einfach diese Erscheinung der Unterdrückung von

uns Katholiken damit erklärt: Alles was katholisch war und einen wissenschaftlichen Namen hatte, ist damals ins altkatholische Lager abgewandert, und die Katholiken hatten niemand mehr, deswegen konnten sie auch nicht berücksichtigt werden. Herr Kollege Dr. Gothein, da sind Sie aber wirklich schlecht unterrichtet über die damaligen Zustände! Ich habe nicht viel Zeit gehabt, mich jetzt weiter umzusehen, aber ich will Sie nur an Hergenröther erinnern. Hergenröther ist ein erstklassiger Historiker und Kononist, das muß ihm Freund und Feind zugestehen, und Hergenröther ist ein treuer Sohn seiner Kirche gewesen, er ist nachher Kardinal geworden. Ich erinnere Sie an die zweite Bierde der Universität in Würzburg, und das ist Hettinger, ein ebenso glänzender Geist wie Hergenröther. Ich erinnere Sie an unseren seligen Alzog, ein glänzender Historiker; ich erinnere Sie an Janssen; Sie mögen ihn ablehnen, er ist doch einer der ersten Historiker, der neue Bahnen gegangen ist; ich erinnere Sie an v. Buz, ein glänzender Geist und ein universaler Mensch; ich erinnere Sie an Hertling, einen Historiker erster Größe, ich erinnere Sie an Hertling, und Sie werden nicht behaupten wollen, daß er nicht ein glänzender Philosoph war. Aber Sie werden wissen, daß gerade dieser Mann unter der Ungunst der Zeit, will ich es einmal nennen, seine ganze Karriere verdorben sah. Der Herr war so und so lange Privatdozent und dann hat er endlich den Titel als Ordinarius bekommen. Er wäre in Preußen nie Privatdozent geworden, wenn ihn nicht die Bayern geholt hätten. Dann erinnere ich Sie an Weherstraf und Heß, die beiden Mathematiker, die doch auch eine Nummer haben. Das sind nur Namen, die ich rasch im Handumdrehen niederschreiben konnte. Es ist deswegen nicht wahr, daß mit dem Auftreten des Altkatholizismus mit Singang und Gloria alle Vertreter der Wissenschaft aus dem katholischen ins altkatholische Lager abgewandert sein sollten. Es ist der weitaus geringere Teil, der gegangen ist. Der weitaus größere Teil blieb seiner Kirche treu. Aber das ist Tatsache: Von dem Augenblick, wo der Kampf eröffnet worden ist, und da brauchen Sie nur die Memoiren des Herrn Blunzli zu lesen, ich habe sie gelesen, dann bekommen Sie Bescheid genug über die wahren Gründe, warum man uns Katholiken bedrückt hat und nicht aufkommen ließ. Dort können Sie es nachlesen. Ich habe die 3 Bände im Besitz und wiederholt gelesen und ich empfehle sie der Lektüre des Herrn Abg. Dr. Gothein (Abg. Dr. Gothein: Ich kenne sie!). Sie kennen sie! Wenn Sie das sagen und trotzdem mit diesen Ausführungen kommen, dann weiß ich nicht, welche Erinnerungen Sie aus dieser Lektüre mitgenommen haben, um nicht mehr zu sagen.

Wenn dann Herr Abg. Dr. Gothein gemeint hat, in der Gegenwart und in der jüngsten Vergangenheit sei die Sache wieder in Ordnung gewesen, so ist das einfach nicht richtig. Ich habe Ihnen den Namen Hertling genannt, ich habe Ihnen den Namen Baumgartner genannt, ich habe Ihnen den Namen Jurasz genannt. Da mögen Sie sagen, was Sie wollen, in dem Augenblick, wo Jurasz ging, hat man Geld für seine Sache gehabt; solange er da war, war kein Geld dazu da. Das hat nicht dem Mangel an Geld gegolten, das hat dem treu überzeugten Katholiken gegolten. Er hat es nicht empfunden — Sie sprechen heute sehr freundlich von ihm —, aber wir haben es empfunden, daß der Mann nie einen Ruf bekommen hat, daß man immer an ihm vorbeigegangen ist. Es ist ferner Tatsache, daß Herr von Besow in Freiburg es alatt gesagt hat — mein Kollege Herr Abg. Dr. Wirth hat das Wort ja gestern zitiert, und ich kann mich auch noch an das Diktum erinnern: Wenn nicht diese konfessionellen Lehrstühle da wären, hätte eine ganze Reihe katholischer Forscher keinen Lehrstuhl bekommen. Wenn das von dieser Seite zugegeben wird, dann, Herr Abg. Dr. Gothein, sollten Sie etwas zurückhaltender sein mit der Behauptung. Es ist eine Tatsache: Wir sind zurückgesetzt bis zur Stunde, und wir lassen uns das auf die Dauer nicht mehr gefallen! (Sehr gut! beim Zentrum).

Nun noch ein Wort zu dem, was der Herr Abg. Jhrig vielleicht in Anlehnung an den Herrn Minister, gesagt hat. Herr Jhrig meinte in seiner kurzen Rede, die er gehalten hat, es gehe bei der Berufung der Professoren doch riesig sachlich zu, sowohl in Heidelberg als auch auf den übrigen Universitäten und wir hätten durch unsere Kritik die Freude an den Hochschulen verdorben. Aber die Sachlichkeit, mit der es zugeht, glaube ich nichts mehr sagen zu brauchen. Ich will über den Fall Leyer 2 Bemerkungen machen, die mir wichtig erscheinen. Einmal möchte ich doch bemerken: Wie lange sollen denn die kommenden Assistenten hier bleiben?

Wenn sie jetzt kommen, so sollen sie scheint's sehr lange bleiben. Das scheint mir ein Mißbrauch zu sein, der sich einzunehmen versucht, daß ein Professor gleich einen ganzen Stab seiner Umgebung mitbringt. Das ist ein Mißbrauch, dem wir unter keinen Umständen Vorschub leisten können, vollends wenn es geschehen soll auf Kosten von Landeskindern. Es sind meines Wissens unter den Assistenten Landeskindern, die weichen sollten, die auch draußen im Felde gestanden haben. Wenn ich mich nicht täusche, bin ich einem der Assistenten selbst im Felde begegnet, wie er draußen in der Feuerstellung seiner Batterie seinen schweren Dienst getan hat.

Nun die Schwester, die kommen soll, die soll nach Ausführungen des Herrn Ministers nur die Privatarbeiten des Berufenen bedienen und nur seine Privateinrichtungen in Stand halten. Da frage ich den Herrn Minister: Ist er der Meinung, daß wir Gelder bewilligen sollen für Dienste, die rein privaten Charakters sind. Das ist durchaus neu, und dieses Novum sind wir im gegenwärtigen Augenblick ins Budget einzuführen meines Erachtens nicht in der Lage. Wenn der Professor, der berufen werden soll, für seine Privatarbeiten eine Assistentin wünscht und die Assistentin, die er bis jetzt gehabt hat, mitbringen will, so ist ihm das absolut unbenommen. Aber für uns ist es ebenso absolut Pflicht, Mittel für diese Assistentin nicht zur Verfügung zu stellen, um so mehr, als die Schwester, die jetzt dort dient und seit 40 Jahren dort dient (Hört, hört! im Zentrum) 160 M. im Jahre hat, 160 M., also ungefähr so viel als heute ein halbwegs qualifizierter Arbeiter in einer Woche verdient. Das kann man nicht miteinander vereinigen. Ich möchte wirklich hoffen, den Herrn, wenn er die erstklassige Qualität darstellt, als die er ausgegeben wird, — und es wird so sein, ich nehme das an, unter solchen Umständen ist auch seine Person eine begehrenswerte in Freiburg —, daß es gelingt, ihn auch ohne diese Beigabe zur Übersiedelung nach Freiburg zu bestimmen. Wenn diese Beigabe unerlässlich ist, so müßte nach meinem Dafürhalten schon aus Rücksicht auf unser Budget und schon aus Rücksicht auf unsere Landeskindern die Frage aufgeworfen werden, ob nicht füglich besser verzichtet werden sollte.

Das sind die beiden Bemerkungen, die ich zum Falle Leyer noch zu machen hatte.

Dann hat der Herr Minister noch gemeint, ein Autodafé sei hier über die Universitäten abgehalten worden. Das ist nach meinem Dafürhalten nicht richtig. Ich glaube, sagen zu können, aus allen Reihen, auch aus denen der Herren, die Kritik geübt haben an den Hochschulen, sprach ein hohes Maß von Wertschätzung der Hochschulen (Sehr richtig!) und um ja Übertreibungen in der Kritik fernzuhalten, habe ich noch in meiner Rede extra auf die Grenzen hingewiesen, die jede Reform an den Hochschulen hat. Ich habe darauf hingewiesen, daß hier schon die Geschichte der Hochschulen und ihre Aufgabe bestimme, der Reform Grenzen zu ziehen. Überall, wo hier das Wort der Kritik geliebt worden ist, ist zu erkennen gegeben worden, daß man Kritik geübt hat, um zu bessern, um der Universität zu nützen, und etwas anderes ist weder auf dieser Seite, noch auf einer anderen Seite nach meinem Dafürhalten intendiert worden, sondern wir wollten helfen, wir wollten aber auch in aller Offenheit und Ehrlichkeit, das, was wir zu bessern hatten, sagen, damit es gebessert wird. Daß aber manches zu bessern ist, ich glaube, dafür hat der Herr Minister uns selbst das herrlichste Beispiel gegeben, indem er von Zuständen an der chirurgischen Klinik sprach, die zur schwersten Kritik herausforderten.

Da möchte ich nun gerade an diese Charakterisierung der Zustände in der Klinik ein Wort der Gegenkritik anknüpfen. Ich glaube, wenn solche Verurteilungen vorkommen, und dann Forderungen gestellt werden, dann müssen sie natürlich begründet werden, und zur Begründung muß man Dinge sagen, vielleicht etwas schärfer, vielleicht auch umfangreicher, als gerade die objektive Sachlage es fordert, um das Ziel zu erreichen. Es ist eben der alte Satz: Will man treffen, dann muß man höher zielen, dann trifft man wohl. So wird offenbar auch hier verfahren worden sein. Ich glaube nämlich nicht, daß der hochverdiente bisherige Inhaber des Lehrstuhles tatsächlich diese bedenklichen Verhältnisse zurückläßt. Ich glaube wohl, daß manches infolge des Krieges liegen geblieben ist. Ich glaube auch, daß vielleicht gerade die modernsten Einrichtungen noch nicht eingeführt sind. Man wird weiter sagen dürfen, daß vielleicht die Meinung hier, die Meinung dort verschieden sein können über Zweckmäßigkeit von Einrichtungen. Ich glaube aber nicht, daß die Dinge so vorsintflutlich sind, wie sie tatsächlich vorhin offenbar von dem neuen Herrn, von der neu-aufgehenden Sonne dargestellt worden sind (Sehr richtig! beim

Zentrum). Ich glaube vielmehr, daß manches zu bessern ist, daß aber, wie der Chirurg, der bisher seinen Dienst getan hat, Hervorragendes und Glänzendes geleistet hat, auch im großen und ganzen die Sachen im Stand sind. Soweit sie nicht im Stand sind, werden wir natürlich bereit sein müssen, sie in Stand zu setzen, denn solches liegt im Interesse der Kranken, im Interesse der Wissenschaft, die im Dienste der Kranken stehen; hier soll nichts, was in unseren Kräften steht, versäumt werden.

Wenn ich das Fazit der ganzen Debatte noch einmal ziehe, so kann es dahin zusammengefaßt werden: Wir sind einig in der Wertschätzung unserer Hochschulen (Sehr richtig! beim Zentrum); wir sind bereit, so viel es in unserer Macht steht, die Mittel zur Verfügung zu stellen; wir verlangen aber auch, daß, wo Besserung zu erstreben ist und gefordert werden muß, die Besserung auch durchgeführt wird, und daß nicht Salt gemacht werden darf, vor den Göttern, die da bröckeln sitzen (Beifall beim Zentrum).

#### Präsident Kopp:

Persönlich will ich bemerken, daß mir in der Tat der Ausdruck mit der Taschenspielerkunst entgangen ist, wie der Herr Abg. Dr. Gothe in sprach. Wenn ich ihn gehört hätte, hätte ich ihn beäugelt. Jetzt kann ich eine disziplinäre Erklärung nach der Richtung nicht mehr abgeben, weil es spätestens in der nächstfolgenden Sitzung hätte geschehen sollen. Es wird aber auch nicht von irgend einer Seite beantragt werden. Das wollte ich persönlich feststellen.

#### Minister für Kultus und Unterricht Gummel:

Ich will nur ganz kurz auf die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schofer zurückkommen.

Die Kritik an den Zuständen in der chirurgischen Klinik in Freiburg, die ich geübt habe, ist meines Erachtens durchaus berechtigt, und wenn der Herr Abg. Dr. Schofer Anlaß nimmt, die Ansichten des Herrn Dr. Leyer darüber zu lesen, so wird er das zugeben, was im übrigen in Freiburg sonst in weiten Kreisen bekannt ist und was der sehr verdiente Herr Geheimrat Kraße auch weiß. Es hat kein Mensch davon gesprochen, daß die Tätigkeit des Herrn Geheimrats Kraße etwa schuld an diesen Zuständen ist. Ich habe die Schuldfrage ausführlich erörtert. Die Hauptschuld daran, daß es nun so weit gekommen ist, trägt der Krieg. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, dann wären ja alle die Neubauten unternommen worden, die notwendig waren. Daß aber die Verhältnisse absolut unhaltbar sind, daran ändert auch die Vermutung des Herrn Abg. Dr. Schofer nichts, daß etwa in dem Schreiben des Herrn Dr. Leyer zu dem Zweck etwas schärfer gemalt worden wäre, um wenigstens das zu erreichen, was er erreichen wollte. Denn die Zustände sind in der Tat einfach unhaltbar und widersprechen in vielen Fällen elementaren Forderungen der Asepsis und der Antisepsis. Auch die ganze Art und Weise der Belegung hat außerordentlich schwere Bedenken für die Patienten, und es wäre wirklich begrüßenswert, wenn nach der Richtung etwas geschehen würde. Daß man aber erstklassigen Kräften Konzessionen machen muß, wenn man sie haben will, daß ist selbstverständlich, und daß man unter Umständen auch Konzessionen auf persönlichem Gebiet machte, das ist so und so oft vorgekommen und das wird in Einzelfällen immer wieder verlangt werden, und es ist auch verständlich, daß es in diesem Falle verlangt worden ist. Und wenn die Erfüllung solcher persönlicher Forderungen möglich ist, ohne daß ein Unrecht geschieht, dann sehe ich keine Notwendigkeit, sich gegen die Erfüllung solcher Forderungen zu erklären. Wie gesagt, ich habe den Eindruck gehabt, daß ein Unrecht hier nicht passieren soll, weil es sich um Assistenten handelt, für die ein Wechsel ohnehin notwendig und wünschenswert wäre, und weil außerdem auch unter drei zwei Nichtbadener sind, sodaß auch die Rücksicht auf die badische Staatsangehörigkeit hier verschwindet. Aber in der Tat findet das, was nun hier als ein Nachteil für die badische Universität empfunden werden kann, auch wieder die entgegengesetzte Wendung, wenn ein badischer Professor wegggeht, und er in seine neue Stelle Assistenten mitnimmt. Das ist ein dauernder Wechsel, der stattfindet, und in dem irgend eine persönliche Benachteiligung natürlich nicht erblickt werden soll. Ich bin im übrigen bereit, nochmals über die Angelegenheit zu verhandeln, und bin auch bereit die Frage der Operationschwester nochmals durchzusprechen.

Das sind aber eigentlich die einzigen Konzessionen, die ich dem Herrn Geheimrat Leyer machen konnte; denn alle übrigen Konzessionen konnte ich nur in Form eines recht vagen Versprechens machen. Ich habe ihm nämlich zugesagt, seine Wünsche in Bezug auf die Umgestaltung der Kliniken im Staatsministerium zu vertreten und dafür besorgt zu sein, daß sie, wenn die finanzielle Lage des Staates es erlaubt, durchgeführt werden. Ich habe ihm Steine statt Brot bieten müssen in Bezug auf alle übrigen Versprechungen, und das Einzige, was ihm tatsächlich an seinen Forderungen bewilligt werden konnte, das waren diese persönlichen Forderungen, abgesehen von einem ganz mäßigen Gehalt. Und wenn er nun die Stellung einer Schwester für seine Privatklinik verlangt, so verlangt er da nicht mehr, als was alle anderen Klinikdirektoren auch haben. Ich muß ihnen ja an allen Kliniken eine Klinik für ihre Privatpatienten zur Verfügung stellen, und ich muß ihnen auch an allen Kliniken das nötige Personal dazu zur Verfügung stellen, und sie erhalten es auch, wenn sie die Operationschwester nicht mitbringen, aus unseren Mitteln gestellt. Das ist etwas, was überall und allerorts passiert, ganz und gäbe ist. So kann man auch in diesem Fall nicht davon sprechen, daß es sich um eine horrende Unbilligkeit handelt (Abg. Straub: Es war aber doch alles da!). — Herr Abg. Straub, ich habe vorhin gesagt, unter Umständen verlangt ein Mann eben auch Konzessionen, wenn er kommen soll. Und wenn ich Wert darauf lege — und ich sage ausdrücklich: ich lege den allerhöchsten Wert darauf, den Herrn Prof. Leyer zu bekommen, nachdem ich auch den Vorzug gehabt habe ihn persönlich kennen zu lernen. Ich muß ihm insfolgedessen Konzessionen machen, wenn ich ihn gewinnen will, und ich bin fest überzeugt, daß es im Interesse des wissenschaftlichen Rufes der Universität, aber auch im Interesse der Stadt Freiburg, im Interesse der Patienten unseres ganzen Oberlandes liegt, wenn diese erstklassige Kraft Deutschlands bei so minimalen Gehaltsforderungen auf diesen Lehrstuhl berufen werden kann. Und ich glaube, das was nun auf die Privatschwester trifft, steht in keinem Verhältnis mehr zu den übrigen finanziellen Aufwendungen, wenn man sich überlegt, daß diese Kapazität wirklich bereit ist, mit einem so niederen Grundgehalt an unsere Universität zu gehen. Er hat im übrigen Verufen, die er nach anderen Universitäten, nach Würzburg erhalten hat, abgelehnt. Sie sehen also, daß es sich wirklich um einen Mann handelt, der begehrenswert auch für andere Hochschulen erscheint.

Ich will aber abschließend bemerken: Ich bin bereit die Sache nochmals zu prüfen, und werde, ehe ich zum Resultat komme, ja auch Gelegenheit haben, mich noch einmal endgültig mit denen zu besprechen, die Bedenken nach der einen oder anderen Richtung haben.

Abg. König (D. Dem. P.):

Ich will mich nur äußern zu den Anträgen, die vorliegen. Es scheint noch keine völlige Klarheit darüber zu bestehen, ob der Antrag, den wir gestellt haben, und der Antrag der Sozialdemokratie dasselbe oder verschiedenes wollen. Unser Antrag will, daß bei Besetzungen von Professoren, wo von verschiedenen Weltanschauungen gesprochen werden kann, paritätisch verfahren wird, d. h. wir wollen, daß keine Weltanschauung ausgeschlossen sein soll, jede soll berücksichtigt werden können. Wir wollen aber nicht — weil es unmöglich wäre — daß, wenn zwei oder drei Weltanschauungen in Betracht kämen, dann zwei oder drei Professuren errichtet werden müssen. Das wollen wir nicht (Abg. Stodinger: Das wollen wir auch nicht!). Es scheint der andere Antrag das auch nicht zu wollen. Wenn Sie dasselbe wollen wie wir, dann stimmen ja unsere Anträge inhaltlich vollständig überein. Aber unser Antrag hat den Vorzug: er schließt das Mißverständnis aus, das Ihr Antrag in sich schließt. Also wenn wir sachlich übereinstimmen, wie es nach Ihrer Erklärung jetzt der Fall zu sein scheint, scheint die Form, die wir gewählt haben für die Ausführung geeigneter zu sein, denn sie schließt das Mißverständnis aus, das Ihr Antrag tatsächlich hervorgerufen hat. Ich glaube deshalb: Weil wir dasselbe wollen, könnten wir uns auch auf dieselbe Form verständigen, und die Form, die wir gewählt haben, drückt diesen Gedanken, den wir wollen, so aus, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen ist.

Zur Geschäftsordnung erhalten das Wort:

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht, nachdem die Sache in dieses Stadium getreten ist, die Führer aus allen Fraktionen

zusammentreten könnten, um sich über den Wortlaut gut einigen: Die Abstimmung könnte dann bei Beginn der nächsten Sitzung vor sich gehen, so daß wir heute Schluß machen könnten.

Präsident Kopf:

Wenn der Antrag geändert wird, hat das natürlich die Wirkung, daß die Beratung nicht erledigt ist, sondern wieder eröffnet werden muß. Das ist nicht wünschenswert. Es könnte sich auch jetzt jeder ein Urteil gebildet haben. Wir sollten wenigstens soweit kommen, daß die Beratung jetzt geschlossen wird.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Ich nehme an, daß die Beratung geschlossen ist. Die beiden Antragsteller erklären ja, daß sie materiell einig sind. Es handelt sich nur noch darum, eine andere Fassung zu finden. Wenn ich richtig höre, daß die beiden Antragsteller materiell einig sind, dann gibt es keine Debatte mehr.

Abg. König (D. Dem. P.):

Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden.

Abg. Stodinger (Soz.):

Wir sind nicht der Meinung, daß morgen die Beratung noch einmal eröffnet werden muß. Man kann ruhig dem Vorschlage des Herrn Abg. Dr. Schöfer nachkommen. Es wäre die Debatte erledigt, und es wird die Abstimmung erfolgen, nachdem Herr Dr. Koenigsberger das Schlußwort gehabt hat. So denken wir uns morgen die Entwicklung der Verhandlung. Wir sind also jedenfalls bereit, mit den anderen Herrn in Unterhandlungen wegen der Formulierung des Antrages einzutreten.

Präsident Kopf:

Ich erblicke also in den Erklärungen, die von beiden Seiten gemacht worden sind, von vornherein einen Verzicht auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Minister für Kultus und Unterricht Summel:

Ich kann natürlich diesen Verzicht nicht von vornherein blanko aussprechen, weil ich nicht weiß, welche Formulierung dieser Antrag findet, weil ich nicht weiß, wie die Fraktionen sich über den Wortlaut verständigen.

Präsident Kopf:

Meine Feststellung bezieht sich nur auf die Mitglieder des Hauses, nicht auf die Regierung. Die Regierung kann, wenn der Antrag in anderer Form erscheint, jederzeit das Wort ergreifen. Damit ist dann auch die Beratung wieder eröffnet. Aber wenn von der Regierungsseite nicht mehr das Wort ergreifen werden sollte, ist die Beratung geschlossen. Das Schlußwort hätte noch der Interpellant. Er erklärt mir nun, daß er  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Stunde sprechen wolle. Das wird den Herren wahrscheinlich zu lange gehen. Sie wollen eine Pause haben.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort:

Abg. Dr. Leyer (D. Dem. P.):

Der Herr Unterrichtsminister hat einen Vorwurf zurückgewiesen, den ich mit keinem Worte erhoben habe. Ich habe gegen keine gegenwärtige badische Fakultät den Vorwurf des Antisemitismus erhoben. Die Beispiele, die ich anführte, waren älteren Datums und bezogen sich überdies ausschließlich auf Preußen. Ich habe auch keinen Vorwurf gegen eine badische Universität um dessenwillen erhoben, weil sie nicht die Angehörigen der Universität Straßburg jüdischen Glaubens bei sich aufnehme; ich weiß aber wohl, daß das zwei einzelnen Universitäten allein garnicht möglich wäre. Am allerwenigsten ist es mir eingefallen, irgendwelchen Vorwurf gegen den Herrn Unterrichtsminister selbst zu erheben. Niemand im Hause weiß besser als ich, daß es keinen zuverlässigeren Mitstreiter im Kampfe gegen den Antisemitismus gibt als ihn.

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Es hat mir nichts ferner gelegen, als den Herrn Kollegen Dr. Schofer zu beleidigen. Ich habe von seiner außerordentlichen Geschicklichkeit in der Auslegung meiner Ansichten, die dann allerdings einer Umwandlung gleichkommt, gesprochen, und habe dabei beiläufig, ich kann schon sagen, in fast scherzhafter Weise bemerkt: „ich möchte beinahe Taschenspielergeschicklichkeit“ sagen. Ich habe in diesem Ausdruck „Taschenspielergeschicklichkeit“ nur einen Ausdruck außerordentlicher Gewandtheit gesehen u. begreife auch bis zum Augenblick absolut nicht, wie man darin etwas Beleidigendes finden kann. Ich könnte also auch hier sagen: der subjektive Wille hat gefehlt. Der Herr Präsident hat gesagt, objektiv ist „Taschenspieler“ nicht zulässig. Selbstverständlich füge ich mich. Im übrigen hat mir die Debatte doch heute gezeigt, wie es in Zukunft bei Berufungen zugehen wird, vor allem die Art,

wie jetzt die Berufung von Leger behandelt worden ist. Ich danke für die Art von Öffentlichkeit, wie sie hier gehandhabt worden ist. Damit werden Sie in Zukunft keinen Professor, der etwas auf sich hält, noch nach Baden bekommen (Zurufe aus dem Zentrum).

Der Präsident gibt noch den Eingang eines Antrags der Abg. Karl u. Gen., die Verwendung der Kriegsanleihepapiere zur Bezahlung der künftigen Vermögensabgabe betr., bekannt.

Der Antrag wird an die Budgetkommission überwiesen.

Schluß der Sitzung nach 1/2 Uhr.

### Rednerverzeichnis:

Anzeige neuer Eingänge:	Spalte
Präsident Kopf	1286, 1326, 1328
II. Vizepräsident Musser	1305
Vor Eintritt in die Tagesordnung zur Übergabe eines Gesetzentwurfs, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr.:	
Finanzminister Dr. Wirth	1286
Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abg. Dr. Koenigsberger und Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr.:	
Abg. D. Holbermann (D. Dem. P.)	1297
Abg. Straub (Zentr.)	1302
Minister für Kultus und Unterricht Hummel	1305, 1322 1326, 1328
Abg. Beherle (Zentr.)	1317
Abg. Zhrig (D. Dem. P.)	1319
Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.)	1320, 1329
Abg. Marum (Soz.)	1322
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	1323, 1327, 1328
Abg. König (D. Dem. P.)	1327
Abg. Dr. Leger (D. Dem. P.)	1328